



Statistisches Landesamt

RHEINLAND-PFALZ


06 | 2006

Statistische Monatshefte

Aus dem Inhalt:
Repräsentative Wahlstatistik
Ungültigwähler



Statistik nutzen



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Achim Steinhäuser

Auswertungen aus der repräsentativen Wahlstatistik geben einen Einblick in das Wahlverhalten der Wähler und Wählerinnen.

A u t o r e n f o t o s : Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

B e i l a g e : Faltblätter Wirtschaft, Landwirtschaft, Weinbau

06 | 2006

Statistische Monatshefte

59. Jahrgang

Inhalt

kurz + aktuell	331
Landtagswahl 2006: Der Einfluss von Geschlecht und Alter auf das Wahlverhalten	339
Landtagswahl 2006: Der Ungültigwähler	349
Daten zur Konjunktur	357
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	379
Neuerscheinungen	389

Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
56128 Bad Ems
Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150
E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de
Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2006

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50-100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Hohe Bedeutung des Mittelstandes in Rheinland-Pfalz

92% der Unternehmen haben weniger als 10 Beschäftigte

Fast 92% der rund 172 600 rheinland-pfälzischen Unternehmen hatten im Jahr 2005 weniger als 10 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, gehörten also nach den Definitionen der Europäischen Union zu den Kleinstunternehmen. Das hat die aktuelle Auswertung des Unternehmensregisters ergeben. 6,6% der Unternehmen zählten zu den kleinen (10 bis 49 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) sowie 1,4% zu den mittleren Unternehmen (50 bis 249 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte). Damit gehören 99,8% aller rheinland-pfälzischen Unternehmen in die auch unter dem Oberbegriff „Mittelstand“ zusammengefassten Kategorien „Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU)“.

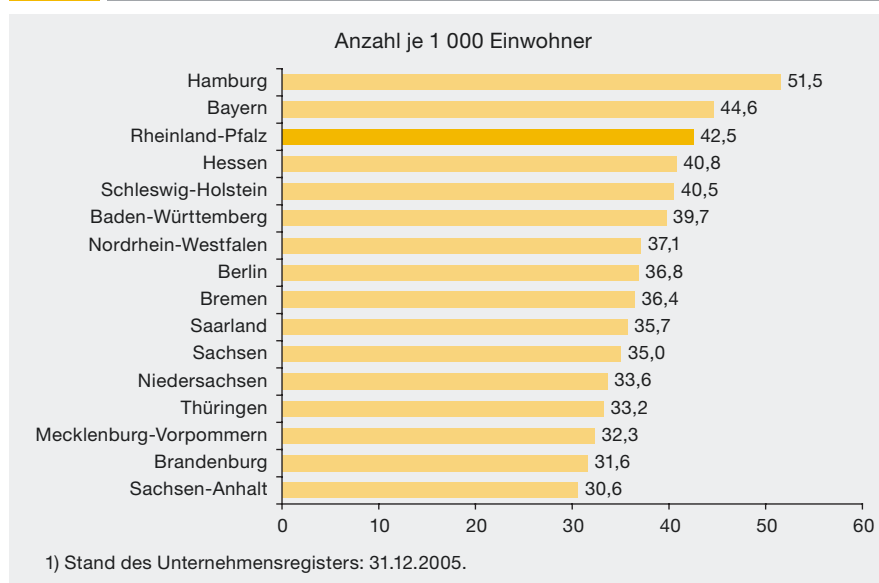
Bei diesen insgesamt 172 192 KMU standen knapp 70% der im Unternehmenssektor tätigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten unter Vertrag; das waren 647 578 Personen, welche die hohe Bedeutung des Mittelstands in Rheinland-Pfalz unterstreicht. Der Anteil der großen Unternehmen mit 250 und mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Gesamtbestand der Unternehmen betrug nur 0,2%, jedoch entfielen auf sie 30,6% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Diese Struktur der Unternehmenspopulation in Rheinland-Pfalz entspricht in etwa dem bundesweiten Gesamtbild.

Knapp ein Viertel der Unternehmen mit 14,9% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gehörten dem Wirtschaftsabschnitt „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchs-

Das Unternehmensregister

ist eine regelmäßig aktualisierte Datenbank mit wirtschaftlich aktiven sowie inaktiv gewordenen Unternehmen und Betrieben aus nahezu allen Wirtschaftsbereichen mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Unternehmen ohne Umsatzsteuerpflicht und ohne sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bleiben unberücksichtigt. Nicht enthalten sind die Wirtschaftsabschnitte „Land- und Forstwirtschaft“, „Fischerei und Fischzucht“, „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“, „Private Haushalte mit Hauspersonal“ sowie „Exterritoriale Organisationen und Körperschaften“. Quellen zur Pflege des Registers sind zum einen Dateien aus Verwaltungen, wie der Bundesagentur für Arbeit und der Finanzbehörden, zum anderen Angaben aus einzelnen Bereichsstatistiken, wie z. B. aus Erhebungen des produzierenden Gewerbes, des Handels, des Dienstleistungsbereichs usw. Die nebenstehenden Angaben in diesem Text beziehen sich auf Unternehmen, die im Jahr 2005 aktiv waren und die im Jahr 2003 umsatzsteuerpflichtig waren und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigte hatten. Das Unternehmensregister wird von den statistischen Ämtern der einzelnen Bundesländer geführt. Das Statistische Bundesamt verfügt über zusammengespielte Kopien der Länderregister. Das Register ermöglicht eigenständige Auswertungen und dient als wichtiges Instrument zur rationellen Unterstützung statistischer Erhebungen. Es trägt dadurch zur Entlastung der Wirtschaft bei.

Unternehmen¹⁾ 2005 nach Bundesländern



gütern“ an. Es folgte der Abschnitt „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen“, zu dem beispielsweise Fahrzeugvermieter, Softwarehäuser,

Unternehmensberater, Ingenieure und Gebäudereiniger gehören, mit 21,4% der Unternehmen und 9,3% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Den dritthöchsten Anteil an den Unternehmen hatte das „Verarbeitende Gewerbe“ mit 11,1%; hier waren 30,6% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten tätig. Auf diesen Wirtschaftsabschnitt entfielen mit 39% die meisten der großen Unternehmen mit insgesamt 140 852 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

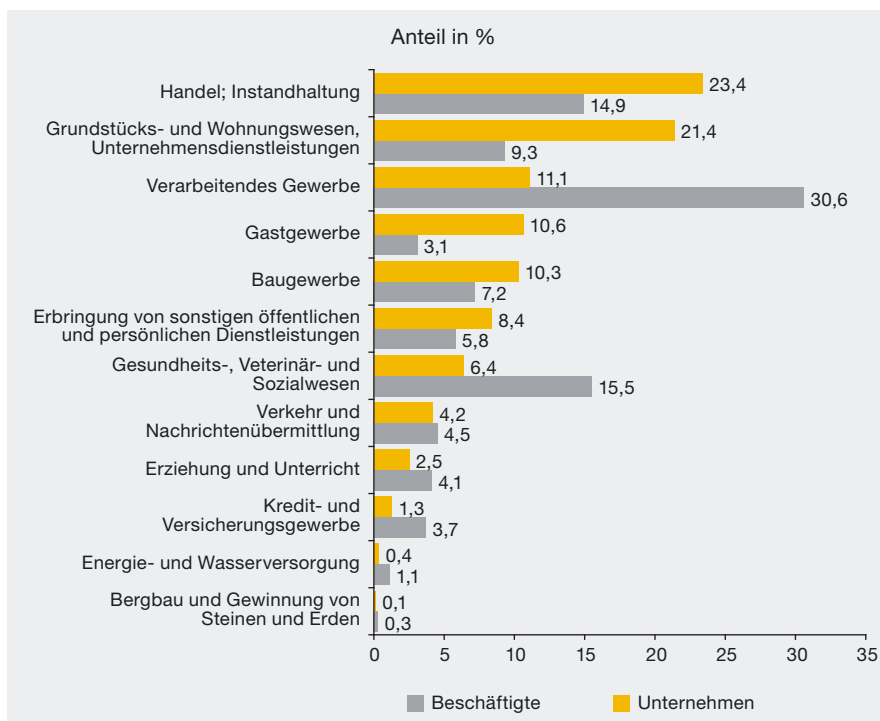
Mit einer Unternehmensdichte von 42,5 Unternehmen je 1 000 Einwohner nahm Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr im Vergleich der Bundesländer den dritten Platz hinter Hamburg und Bayern ein.

Für immer mehr Beschäftigte sind Arbeitszeiten von 40 und mehr Stunden normal

Rund 45% der 1,8 Mill. Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz arbeiteten im vergangenen Jahr 40 Stunden und mehr in der Woche. Dieser Anteil lag zehn Jahre zuvor noch bei knapp 32%. Im Jahr 1995 hatten bei den Männern nur rund 40%, im Jahr 2005 schon mehr als 60% eine Wochenarbeitszeit von 40 und mehr Stunden. Jede fünfte erwerbstätige Frau arbeitete 1995 so lange. Heute ist es jede Vierte.

Während viele Vollzeitbeschäftigte immer länger arbeiten, nimmt ein wachsender Teil der Erwerbstätigen eine Tätigkeit mit deutlich reduzierter Arbeitszeit wahr. So gingen im Jahr

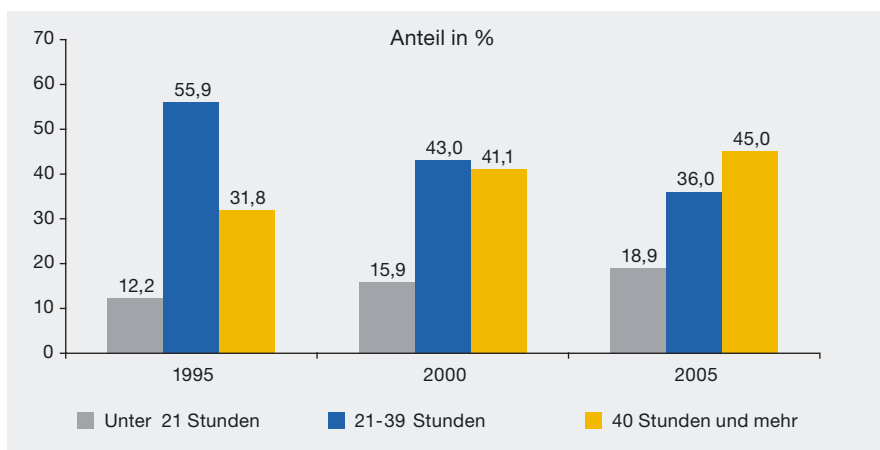
Unternehmen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2005 nach Wirtschaftsabschnitten



2005 rund 19% aller Erwerbstätigen einer Teilzeitbeschäftigung mit weniger als 21 Stunden in der Woche nach. 1995 waren es etwas mehr als 12%. Während sich bei den Männern der Anteil in den vergangenen zehn

Jahren von knapp 2% auf fast 6% erhöhte, gewinnt die Teilzeitarbeit für Frauen eine noch größere Bedeutung; der Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen lag im Jahr 2005 bei 36%, 1995 waren es 28%.

Erwerbstätige 1995–2005 nach ihrer Wochenarbeitszeit



Einzelhandel mit positiver Tendenz im 1. Quartal 2006

Der rheinland-pfälzische Einzelhandel – ohne Kraftfahrzeughandel und ohne Tankstellen – registrierte im ersten Quartal des Jahres 2006 ein Umsatzplus. Die Umsätze stiegen gegenüber den ersten drei Monaten 2005 nominal, also zu jeweiligen Preisen, um 1,5%. Real, d. h. um Preisveränderungen bereinigt, lag das Umsatzplus bei 0,7%. Bundesweit nahmen die Umsätze des Einzelhandels nominal um 1,2% und real ebenfalls um 0,7% zu.

Wie schon im vergangenen Jahr verzeichneten die Apotheken und

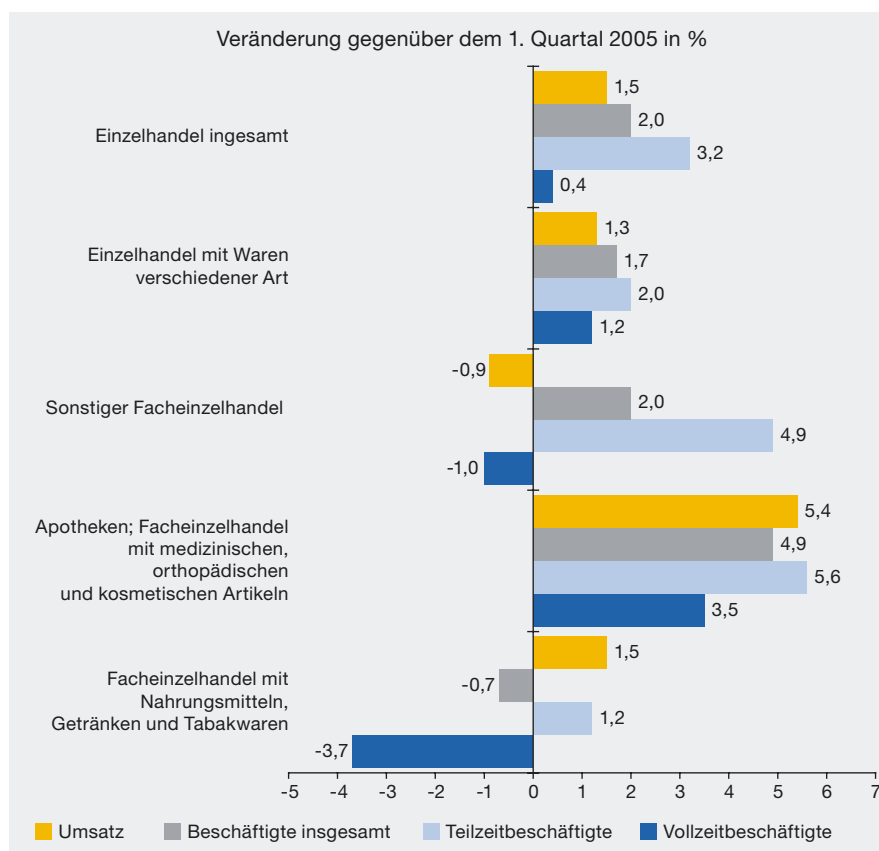
der Fachhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln weiterhin deutliche Umsatzsteigerungen. Der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art – hierzu zählen Verbrauchermärkte, SB-Warenhäuser, Supermärkte und sonstige Lebensmittelmärkte – verbuchte ebenfalls ein Umsatzplus. Nach rückläufigen Zahlen im Jahr 2005 zeigte sich im 1. Quartal auch für die Fachhändler von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ein positives Ergebnis. Die Umsätze des sonstigen Facheinzelhandels, der u. a. den Handel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren, Möbeln und Einrichtungsgegenständen

umfasst, sind hingegen leicht zurückgegangen.

Die Beschäftigtenentwicklung war in den ersten drei Monaten ebenfalls positiv, wobei die Zahl der Teilzeitkräfte überdurchschnittlich anstieg. Demgegenüber blieb die Zahl der Vollzeitbeschäftigten nahezu konstant.

Die Daten stammen aus der monatlichen Stichprobenerhebung bei etwa 1 800 Einzelhandelsunternehmen in Rheinland-Pfalz. Das sind rund 9% aller Einzelhändler. Die Angaben für Filialbetriebe von Einzelhandelsketten mit Sitz in einem anderen Bundesland sind in den Ergebnissen enthalten.

Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Einzelhandel im 1. Quartal 2006



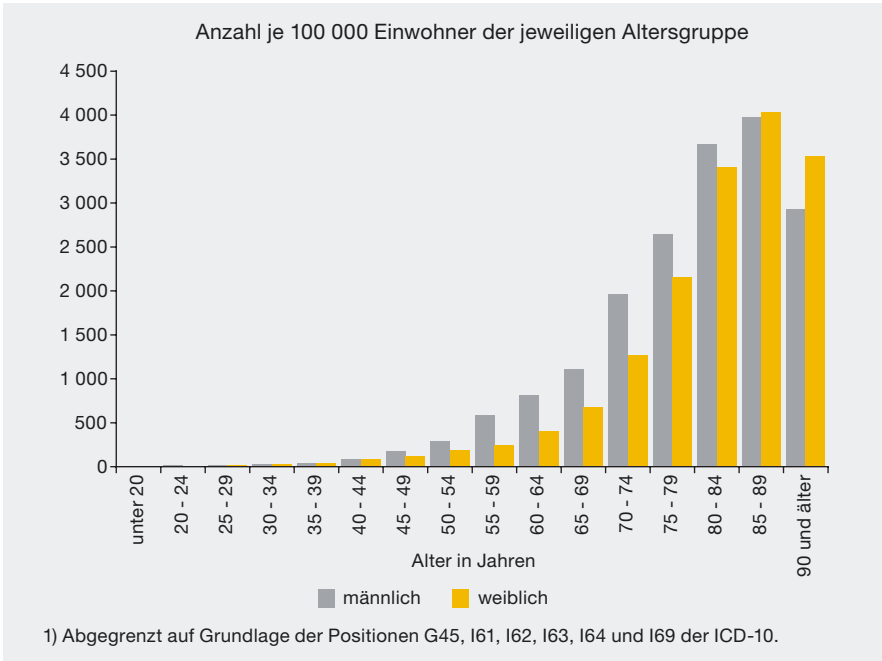
Der Schlag trifft überwiegend Ältere

3 337 Rheinland-Pfälzer starben an den Folgen von Schlaganfällen

In rheinland-pfälzischen Krankenhäusern wurden im Jahr 2004 mehr als 19 300 Schlaganfallpatientinnen und -patienten vollstationär behandelt. Betroffen waren knapp 10 250 Frauen und 9 100 Männer. 1 435 Menschen starben während ihres Krankenhausaufenthaltes.

Im Jahr 2004 erlagen insgesamt 3 337 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer den Folgen eines Schlaganfalls. Das spezifische Sterberisiko ist in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen. So lag die altersstandardisierte Sterberate Ende der 1990er-Jahre noch bei rund 55 Sterbefällen je 100 000 Ein-

In rheinland-pfälzischen Krankenhäusern vollstationär versorgte Schlaganfallpatientinnen und -patienten¹⁾ 2004



wohner. Inzwischen werden Werte von etwa 44 Schlaganfalltoten je 100 000 Einwohner registriert. Zu diesem deutlichen Absinken des Sterberisikos dürfte beigetragen haben, dass in den vergangenen Jahren die Akutversorgung von Schlaganfallpatientinnen und -patienten in Rheinland-Pfalz deutlich verbessert wurde.

Ein Schlaganfall wird durch eine Durchblutungsstörung des Gehirns verursacht, in deren Folge die Nervenzellen des Gehirns nicht mehr ausreichend mit Sauerstoff und Nährstoffen versorgt werden. Die häufigste Ursache hierfür ist, dass ein zum Gehirn führendes Blutgefäß durch eine Arteriosklerose oder durch kleine Blutgerinnsel verstopft wird.

Untersuchungen von Kraftfahrzeugen 2005 nach Fahrzeugarten und Schwere der Mängel

Schwere der Mängel	Fahrzeuge insgesamt (einschl. Kfz-Anhänger)		Darunter					
			Personenkraftwagen		Kraft-räder		Kraftomnibusse, Lastkraftwagen und sonstige Kraftfahrzeuge	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Ohne festgestellte Mängel	690 001	51,4	469 662	48,5	67 719	78,1	37 930	41,1
Geringe Mängel	411 294	30,6	308 493	31,9	12 883	14,9	31 682	34,3
Erhebliche Mängel	239 949	17,9	189 686	19,6	6 089	7,0	22 610	24,5
Verkehrsunsicher	851	0,1	525	0,1	28	0,0	139	0,2
Insgesamt	1 342 095	100	968 366	100	86 719	100	92 361	100

Wie aus Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hervorgeht, verursachten zerebrovaskuläre Krankheiten (Erkrankungen der Hirngefäße) im Jahr 2002 bundesweit Kosten von mehr als 7,8 Mrd. Euro, das waren rund 90 Euro je Einwohner. Mit rund 6,4 Mrd. Euro wurden mehr als 80% dieser Gesamtsumme für 65-Jährige und Ältere ausgegeben. Das Risiko, einen Schlaganfall zu erleiden, steigt mit zunehmendem Alter kontinuierlich an.

Fahrzeuguntersuchungen 2005

1,3 Mill. Kraftfahrzeuge auf dem Prüfstand

Im Rahmen der vorgeschriebenen Hauptuntersuchung führten die Überwachungsinstitutionen im Jahr 2005 rund 1,3 Mill. Prüfungen an Kraftfahrzeugen und Anhängern auf Verkehrssicherheit und vorschriftsmäßigen Zustand durch. Das waren 2,5% mehr als im Vorjahr.

Bei den untersuchten Fahrzeugen handelte es sich überwiegend um Personenkraftwagen (72%). Von den insgesamt 968 366 Personenkraftwagen erhielt etwas mehr als die Hälfte einen Mängelbericht, allein 525 wurden aufgrund der Prüfung sogar aus dem Verkehr gezogen. Die höchste Mängelquote verzeichneten Busse, Lastkraftwagen und sonstige Kraftfahrzeuge, von denen knapp 59% beanstandet wurden. Wie auch in den Vorjahren schnitten die Krafträder am besten ab. Rund vier von fünf Krafträdern waren ohne Mängel; damit wies

diese Kraftfahrzeugsparte weiterhin die höchste Verkehrssicherheit auf.

Weniger Verkehrsoffer im ersten Quartal 2006

Bei Verkehrsunfällen kamen in Rheinland-Pfalz in den ersten drei Monaten dieses Jahres 47 Menschen ums Leben; das waren 16 weniger als im ersten Quartal 2005. Die Zahl der Schwerverletzten sank um 4,3% auf 730, die der Leichtverletzten um 11% auf 3 235. Die Zahl der Unfälle nahm dagegen um knapp 5% auf rund 30 100 zu.

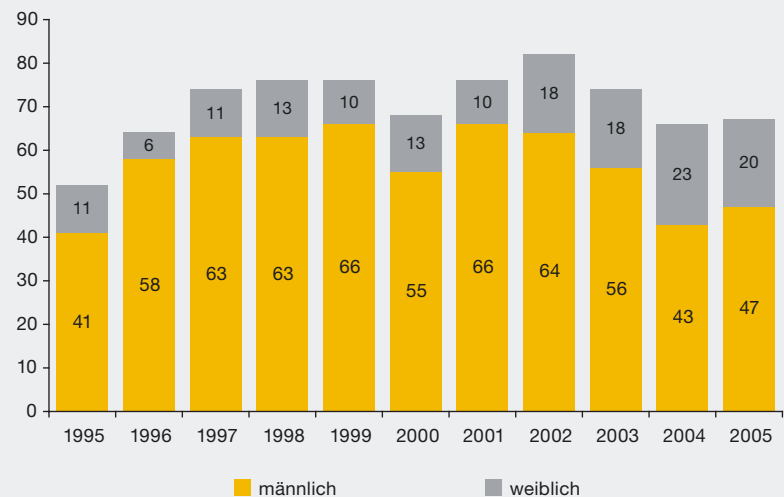
Im Monat März verloren 21 Menschen durch Verkehrsunfälle ihr Leben, so viele wie im gleichen Vorjahresmonat. 268 Menschen wurden schwer verletzt, das waren 6,9% weniger als ein Jahr zuvor. Leichte Verletzungen erlitten 1 203 Verkehrsteilnehmer, 5,2% weniger als im Vorjahresmonat. Insgesamt zählte die Polizei 10 885 Unfälle, 11,4% mehr als im März 2005.

67 Wissenschaftler erlangen Lehrberechtigung an Hochschulen

Sechs von zehn Habilitationsverfahren an der Universität Mainz

An den wissenschaftlichen Hochschulen in Rheinland-Pfalz habilitierten sich im vergangenen Jahr insgesamt 20 Frauen und 47 Männer. Sie erbrachten mit dieser akademischen Prüfung den Nachweis ihrer wissenschaftlichen Lehrbefähigung, dürfen künftig den Titel „Privatdozentin“ bzw. „Privatdozent“ führen und können sich mit dieser Qualifikation nunmehr um eine Hochschulprofessur bewerben.

Neuhabilitierte 1995–2005 nach Geschlecht



Das durchschnittliche Habilitationsalter lag mit 40,9 Jahren um 1,4 Jahre höher als 2004. Knapp die Hälfte der Neuhabilitierten hatte bereits das 40. Lebensjahr vollendet. Der älteste Kandidat war 53, der jüngste 31 Jahre alt.

Die meisten Habilitationsarbeiten (42) wurden an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz eingereicht. Es folgten die Technische Universität Kaiserslautern sowie die Universität Trier mit jeweils acht Habilitationsschriften. An der Universität Koblenz-Landau habilitierten sich sieben und an der Wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung Vallendar zwei Wissenschaftler.

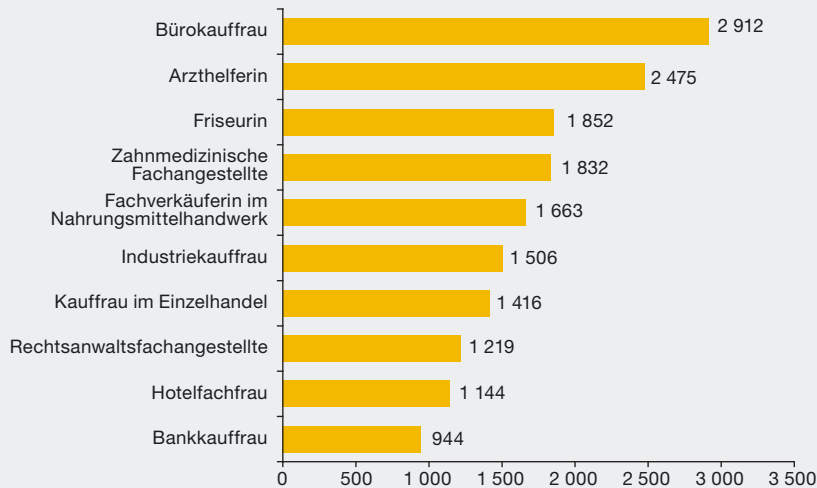
Von den 67 Lehrbefähigungen entfallen 20 auf humanmedizinisch/gesundheitswissenschaftliche und 19 auf sprach- und kulturwissenschaftliche Fächer. 13 Habilitationsschriften befassen sich mit mathematisch-

naturwissenschaftlichen Fachgebieten, 11 Schriften behandeln rechts-, wirtschafts- bzw. sozialwissenschaftliche Fragestellungen.

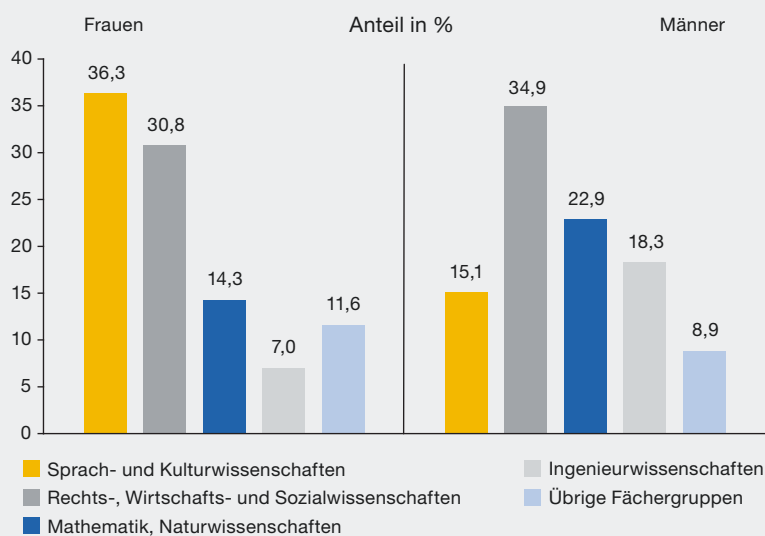
49 Neuhabilitierte (73%) standen zum Zeitpunkt der Habilitation in einem Beschäftigungsverhältnis zur Hochschule, 20 von ihnen in einer Dauerstellung und 29 in einem befristeten Arbeitsverhältnis.

Junge Frauen bevorzugen nach wie vor „klassische“ Frauenberufe

Junge Frauen in Rheinland-Pfalz verfügen über eine gute Schulbildung. Bei der Berufswahl konzentrieren sie sich allerdings nach wie vor auf wenige Berufe und nutzen damit nur sehr eingeschränkt ihre breit angelegte Qualifikation. So verteilten sich im Ausbildungsjahr 2004 knapp 58% der weiblichen „Azubis“ auf nur zehn Berufe. Der am häufigsten gewählte Ausbildungsgang war Bürokauffrau

Auszubildende in den zehn von Frauen am häufigsten besetzten Ausbildungsberufen¹⁾ 2004


1) Nachgewiesen sind nur Ausbildungsverhältnisse im dualen System.

Studierende im Wintersemester 2005/06 nach Fächergruppen und Geschlecht


(2 912), gefolgt von Arzthelferin (2 475) und Friseurin (1 852). Die weiteren Plätze belegten die Berufe Zahnmedizinische Fachangestellte (1 832), Fachverkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk (1 663) und Industriekauffrau (1 506). Unter den zehn am häufigsten gewählten Berufen war kein

einzigster mit technischer Ausrichtung. Das Berufswahlverhalten der jungen Frauen hat sich insoweit in den letzten zehn Jahren nur unwesentlich verändert.

Das gleiche Bild zeigt sich auch beim akademischen Nachwuchs.

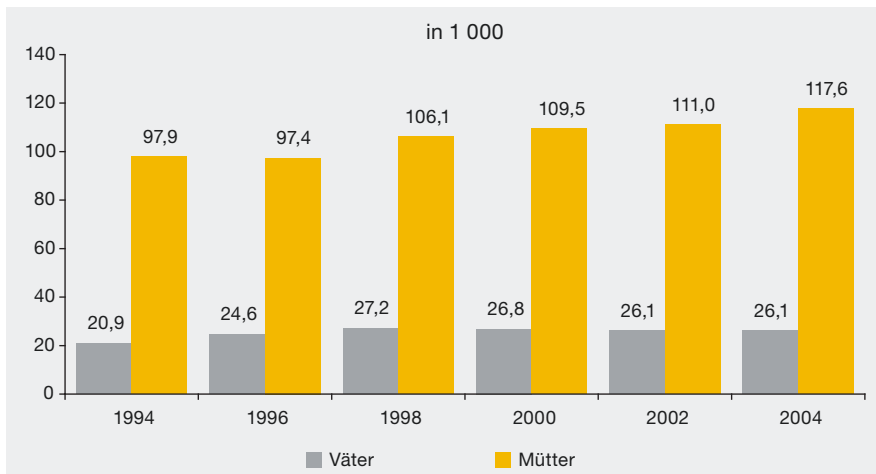
Zwar sind nach den Ergebnissen im Wintersemester 2005/06 die Hälfte der Studierenden an rheinland-pfälzischen Hochschulen Frauen, in technischen und naturwissenschaftlichen Studiengängen sind sie jedoch eindeutig unterrepräsentiert. 36% der rund 50 800 Studentinnen immatrikulierten sich in sprach- und kulturwissenschaftlich ausgerichteten Fächern; sie sind damit in diesem Bereich mit einem Anteil von 71% vertreten. 31% der Studentinnen wählten Studienfächer der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Der Frauenanteil liegt hier bei 47%. Lediglich 14 bzw. 7% der Studentinnen belegen mathematisch-naturwissenschaftliche bzw. ingenieurwissenschaftliche Disziplinen. Die Frauenanteile in diesen beiden Fächergruppen liegen damit bei 38 bzw. 28%.

**Wenn der Vater mit dem Sohne
Jeder fünfte Alleinerziehende
ist ein Mann**

Knapp 20% der 144 000 Alleinerziehenden in Rheinland-Pfalz sind Männer. Sie haben für die Erziehung von rund 35 000 Kindern zu sorgen. Die Gesamtzahl der Alleinerziehenden hat sich in Rheinland-Pfalz von 1994 bis 2004 um 21% erhöht. Damals wie heute kümmerten sich jedoch vorwiegend die Mütter um den Nachwuchs.

Während es 1994 knapp 21 000 allein erziehende Männer gab, hatten zehn Jahre später etwas mehr als 26 000

Allein erziehende Väter und Mütter 1994–2004



Väter ihre Kinder allein zu betreuen. Fast drei Viertel der allein erziehenden Väter kümmern sich heute um die Erziehung eines Kindes, gut 25% versorgen zwei oder mehr Kinder.

Im Jahr 2004 waren 43% der allein erziehenden Männer und Frauen im Land geschieden. 39% lebten von ihrem Partner getrennt oder waren verwitwet. 18% der Befragten, die mit ihren Kindern allein in einem Haushalt lebten, war ledig.

Weniger Frauen mit Kindern im Haushalt

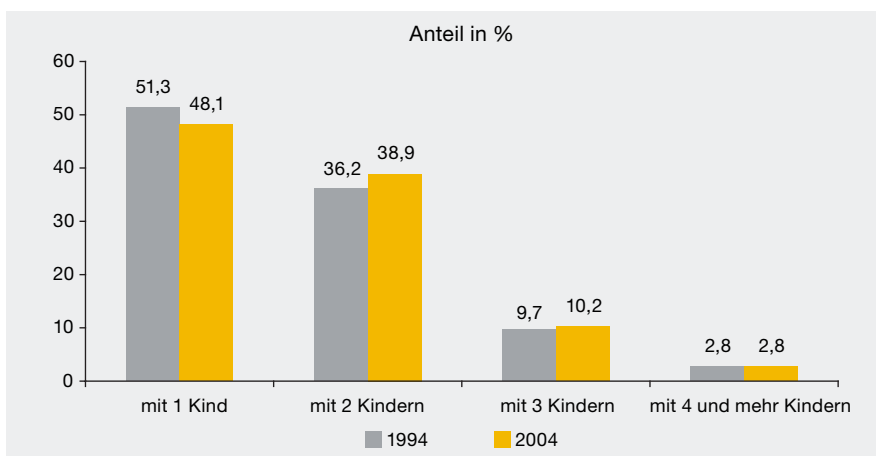
Im Jahr 2004 hatten sich rund 610 000 rheinland-pfälzische Mütter um insgesamt 1 030 600 Kinder zu kümmern. Damit gab es im Land fast 5% weniger Frauen mit Kindern als noch vor zehn Jahren. Damals hatten 641 500 Mütter noch 1 057 500 Kinder in ihrem Haushalt zu versorgen.

Der Anteil der Mütter, die mehr als ein Kind im Haushalt betreuen, hat allerdings zugenommen. Von den heutigen Müttern in Rheinland-Pfalz haben rund 48% ein Kind, drei Prozentpunkte weniger als zehn Jahre zuvor. Entsprechend stieg der Anteil der Mütter mit zwei Kindern von 36 auf nunmehr 39%. Wie vor zehn Jahren betreut auch heute nur noch jede siebte Mutter drei und mehr Kinder.

Immer mehr Mütter bringen familiäre und berufliche Verpflichtungen in Einklang. Während vor zehn Jahren der Anteil der erwerbstätigen Mütter an allen Müttern noch bei 49% lag, stehen heute immerhin 59% der Mütter auch im Beruf „ihren Mann“. Neun von zehn dieser Frauen haben dabei ein oder zwei Kinder zu versorgen.

Die Daten stammen aus den Mikrozensusbefragungen 1994 und 2004. Als Mütter gelten Frauen, die mit ihren eigenen Kindern sowie Stief-, Adoptiv- oder Pflegekindern in einem gemeinsamen Haushalt leben. In Rheinland-Pfalz werden im Rahmen des Mikrozensus jährlich 18 000 Haushalte befragt.

Mütter 1994 und 2004 nach der Zahl der Kinder



Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe seit Anfang der 1990er-Jahre nahezu halbiert

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz hat sich seit Anfang der 1990er-Jahre nahezu halbiert. Im Jahr 2005 gab es insgesamt 27 347 landwirtschaftliche Betriebe, 1991 waren es noch 51 506. Die Zahl der Haupterwerbsbetriebe

ist von 21 598 im Jahr 1991 auf 10 100 im Jahr 2005 gesunken. Ein Haupterwerbslandwirt bewirtschaftete im Jahr 2005 durchschnittlich 44,9 ha, 1991 waren es noch 24,3 ha.

Gesamtwirtschaftlich hat die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz weiter an Bedeutung verloren. Im Jahr 1991 trug sie noch 2,1% zur Bruttowertschöpfung bei, im Jahr 2005 lag dieser Anteil bei 1,2%. Auch in der Zahl der Arbeitsplätze wird der Wandel deutlich. Anfang der 1990er-Jahre hatten in der Landwirtschaft fast 106 000 Personen (ohne Saisonkräfte) eine Voll- oder Teilzeitbeschäftigung, im Jahr 2005 waren es noch knapp 59 000.

Ähnlich verlief die Entwicklung in dem für Rheinland-Pfalz bedeutenden Weinbau. Auch hier hat sich die Zahl aller Betriebe wie auch die der Haupterwerbswinzer seit Anfang der 1990er-Jahre halbiert.

Diese und zahlreiche andere Informationen rund um Landwirtschaft und Weinbau enthalten zwei der dieser Ausgabe der Statistischen Monatshefte beigelegten Faltblätter. Sie können auch kostenfrei aus dem Internetangebot des Statistischen Landesamtes (www.statistik.rlp.de) als PDF-Datei heruntergeladen werden. Solange der Vorrat reicht, können außerdem Printexemplare kostenfrei beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bezogen werden. Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

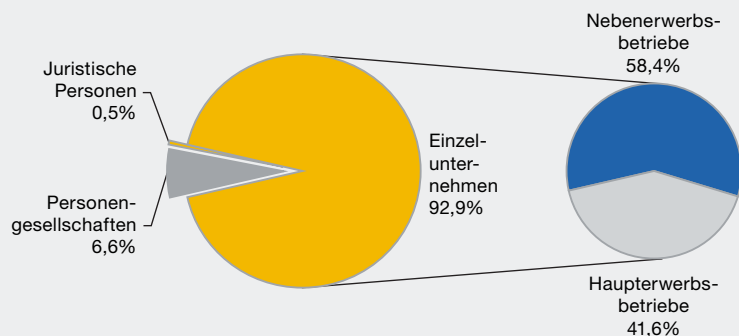
Landwirtschaft wird von Familienbetrieben dominiert Personengesellschaften bewirtschaften deutlich größere Flächen

Trotz des Trends zu immer größeren landwirtschaftlichen Betrieben wurden im Jahr 2005 noch 93% der 27 300 Betriebe in Rheinland-Pfalz als Familienbetrieb, d. h. als Einzelunternehmen, bewirtschaftet. Mit 1 800 blieb die Zahl der Betriebe, die im Jahr 2005 in Form einer Personengesellschaft geführt wurden, gegenüber 1999 nahezu konstant. Sie wiesen jedoch eine deutliche Zunahme der bewirtschafteten Fläche auf. Mittlerweile werden 90 000 Hektar oder 13% der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes (719 000 ha) von Personengesellschaften genutzt. Gegenüber 1999 stellt das eine Zunahme von 30% dar. Diese Betriebe waren darüber hinaus mit durchschnittlich 50 ha doppelt so groß wie die Familienbetriebe. Die Landwirte bevorzugen bei der Gründung einer Personengesellschaft die

Rechtsform einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR). Sonstige Rechtsformen, wie zum Beispiel eine GmbH oder Aktiengesellschaft, sind in der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft ohne Bedeutung.

Im Jahr 2005 wurden knapp 42% der Familienbetriebe im Haupteinzelbetrieb bewirtschaftet. Bundesweit wurden nach den vorläufigen Ergebnissen 44% der 365 000 Familienbetriebe als Haupteinzelbetrieb geführt. Seit 1999 nahm der Anteil der Haupteinzelbetriebe in Rheinland-Pfalz um knapp drei Prozentpunkte zu, da durch den anhaltenden Strukturwandel in der Landwirtschaft verstärkt Nebenerwerbsbetriebe aufgegeben wurden. Größere Unterschiede weisen Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe bei den durchschnittlich bewirtschafteten Flächen auf. Während ein Haupteinzelbetrieb 2005 im Durchschnitt über 45 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche verfügte, kamen die Nebenerwerbsbetriebe mit 12 ha nur auf gut ein Viertel dieser Flächenausstattung.

Landwirtschaftliche Betriebe 2005
nach Rechtsformen und sozialökonomischen Betriebstypen



Landtagswahl 2006: Der Einfluss von Geschlecht und Alter auf das Wahlverhalten

Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik

Von Dr. Ludwig Böckmann

Am 26. März 2006 fand die Wahl zum 15. rheinland-pfälzischen Aus der Landtagswahl am 26. März 2006 ist die SPD wieder als stärkste Partei hervorgegangen. Die Sozialdemokraten gewannen Landesstimmenanteile hinzu, während die CDU einen deutlichen Rückgang ihres Stimmenanteils hinnehmen musste. Nach dem amtlichen Endergebnis erhielt die SPD einen Anteil von 45,6% an den abgegebenen gültigen Landesstimmen, das waren 0,9 Prozentpunkte mehr als 2001. Die CDU kam auf 32,8%; ihr Anteilsergebnis sank um 2,5 Prozentpunkte. Damit ergab sich beim Stimmenanteil ein Vorsprung der SPD vor der CDU von über 13 Prozentpunkten. Von den kleineren Parteien kamen die FDP auf 8% der gültigen Stimmen (+0,4 Prozentpunkte) und die GRÜNEN auf nur noch 4,6% (-0,6 Prozentpunkte). Die sonstigen Parteien, Wählervereinigungen und Einzelbewerber brachten es zusammen auf 9%, unter ihnen die WASG mit 2,6%. Die Wahlbeteiligung belief sich auf lediglich 58,2%. Sie lag damit um 3,9 Prozentpunkte unter der Beteiligung von 2001. Für das Beteiligungs- und Abstimmungsverhalten der Wählerinnen und Wähler sind neben sozialen und ökonomischen Faktoren auch Geschlecht und Alter von Bedeutung. Der Einfluss dieser beiden demographischen Merkmale kann mithilfe der repräsentativen Wahlstatistik untersucht werden.

Etwa 157 000 Wahlberechtigte in die repräsentative Wahlstatistik einbezogen

In 198 von 4 944 Stimmbezirken wurden markierte Stimmzettel ausgegeben

Die repräsentative Stichprobe für die Untersuchung der Stimmabgabe der Wählerinnen und Wähler nach Geschlecht und Alter umfasste bei dieser Landtagswahl 198 von 4 944 Wahlbezirken. In den Stichprobenbezirken waren mehr als 157 000 Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt; das waren rund 5% aller Wahlberechtigten in Rheinland-Pfalz.

In einer Unterauswahl von 83 Stimmbezirken wurden darüber hinaus die Wählerverzeichnisse nach Geschlecht und zehn

Altersgruppen ausgewertet. Mit dieser Untersuchung können Erkenntnisse über das Wahlinteresse der Bürgerinnen und Bürger nach Geschlecht und Alter gewonnen werden. In den Wahlbezirken der Unterauswahl waren über 63 000 Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt, also rund 2% aller Wahlberechtigten.

In 83 Stimmbezirken wurden auch Wählerverzeichnisse ausgewertet

Wahlinteresse bei Männern und Frauen fast gleich hoch

Bei den ersten repräsentativen Auswertungen von Landtagswahlergebnissen in den Jahren 1967 und 1971 wurden bezüglich des Wahlinteresses noch erhebliche

Repräsentative Wahlstatistik

Bei der Landtagswahl am 26. März 2006 sind an Wählerinnen und Wähler in ausgewählten Stimmbezirken Stimmzettel mit einer Markierung zu Geschlecht und Geburtsjahr ausgegeben worden. Mit Hilfe der gekennzeichneten Stimmzettel können Erkenntnisse über das geschlechts- und altersspezifische Wählerverhalten gewonnen werden.

Das Wahlgeheimnis wird durch die Kennzeichnung der Stimmzettel nicht verletzt. Zum einen wurden die einzelnen Geburtsjahre zu fünf großen Altersgruppen zusammengefasst und an alle Wähler einer bestimmten Altersgruppe Stimmzettel mit der gleichen Kennzeichnung ausgegeben. Zum anderen sind für die repräsentative Stichprobe nur Stimmbezirke mit mehr als 400 Wahlberechtigten ausgewählt worden. Ein Rückschluss auf die Stimmabgabe eines einzelnen Wählers ist somit definitiv ausgeschlossen.

Rechtsgrundlage für diese so genannte „repräsentative Wahlstatistik“ ist § 54 a des Landeswahlgesetzes (LWahlG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. November 2004 (GVBl. S. 519), zuletzt geändert durch das Sechste Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes vom 31. Januar 2006 (GVBl. S. 35).

Zusätzlich zur Analyse der Stimmabgabe der Wählerinnen und Wähler wurde auch die Wahlbeteiligung der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger untersucht. Dazu wurden in einigen Stimmbezirken auch die Wählerverzeichnis nach Geschlecht und zehn Altersgruppen ausgewertet. Rechtsgrundlage für diese Auswertung ist § 54 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 LWahlG.

Wahlbeteiligung und Landesstimmenanteile der Parteien, die aus der Stichprobe ermittelt wurden, können geringfügig von dem amtlichen Endergebnis abweichen.

Unterschiede zwischen den Geschlechtern festgestellt. Der Vorsprung der Männer gegenüber den Frauen betrug damals fast 4 Prozentpunkte. Im Laufe der Zeit ist der Abstand jedoch immer kleiner geworden. Bei der aktuellen Wahl ergab sich nur noch eine Differenz von 0,8 Prozentpunkten; 58,2% der Männer und 57,4% der Frauen machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch.

Nur geringes Wahlinteresse bei jüngeren Wählerinnen und Wählern

Die Wahlbeteiligung ist bei der Landtagswahl 2006 gegenüber 2001 in allen Altersgruppen gesunken. Damit setzte sich eine Entwicklung fort, die bereits seit den 1980er-Jahren zu beobachten ist.

Es zeigt sich ferner, dass gerade bei jungen Wählerinnen und Wählern das Wahlinteresse relativ gering ist. Mit zunehmendem Alter steigt es dann stetig an, erreicht in der Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen ein Maximum und nimmt bei den höher Betagten wieder deutlich ab.

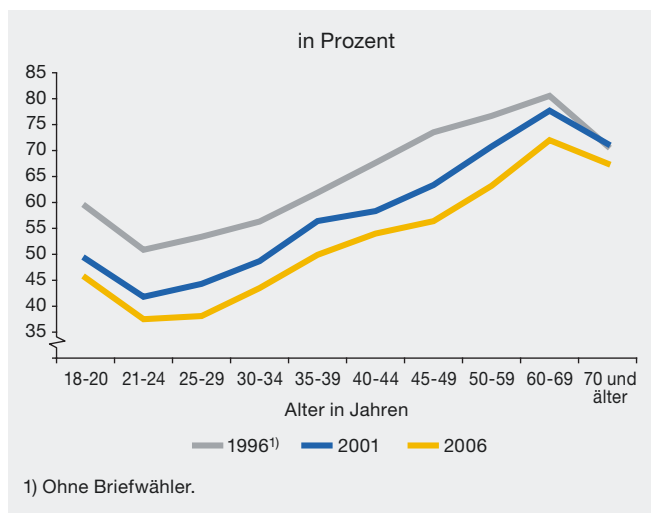
Das geringste Wahlinteresse gab es in allen bisherigen Untersuchungen bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern im Alter zwischen 21 und 24 Jahren. Bei der Landtagswahl 2006 haben in dieser Altersgruppe nur noch 37,5% der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Damit lagen die 21- bis 24-Jährigen um 20,7 Prozentpunkte unter der landesdurchschnittlichen Beteiligung und um 34,5 Prozentpunkte unter der Beteiligung der Altersgruppe mit dem höchsten Wahlinteresse. Das waren auch bei dieser Landtagswahl wieder die 60- bis 69-Jährigen. Von den wahlberechtigten Männern und Frauen in dieser Altersgruppe haben 72% von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht.

Geringstes
Wahlinteresse
bei den 21- bis
24-Jährigen

Die deutlich unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung der jüngeren Wahlberechtigten zwischen 18 und 29 Jahren wird oft mit der ausbildungs- und berufsbedingten hohen Mobilität erklärt. Die ausgeprägte Stimmenthaltung kann freilich auch als eine Form des Wahlverhaltens betrachtet werden, in der bestimmte Einstellungen, wie z. B. Pro-

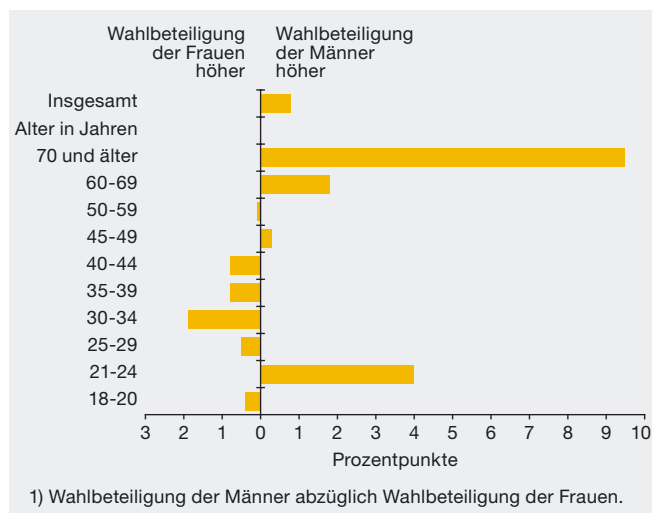
S 1

Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen 1996, 2001 und 2006 nach Altersgruppen



S 2

Differenz zwischen der Wahlbeteiligung der Männer und der Frauen¹⁾ bei der Landtagswahl 2006 nach Altersgruppen



test oder auch mangelndes Vertrauen der jüngeren Wähler in die Problemlösungskompetenz der Parteien, zum Ausdruck kommen.

In den Altersgruppen deutliche Unterschiede zwischen dem Wahlinteresse der Männer und der Frauen

Wahlbeteiligung der Frauen bei den 30- bis 34-Jährigen deutlich höher als die der Männer

Die Untersuchung der Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Altersgruppen zeigt nach wie vor noch erhebliche Differenzen zwischen dem Wahlinteresse der Männer und der Frauen. In sechs der zehn Altersgruppen war bei der aktuellen Landtagswahl das Wahlinteresse der Frauen höher als das der Männer. Den größten Vorsprung der Frauen gegenüber den Männern hinsichtlich der Wahlbeteiligung gab es – wie schon 2001 – bei den 30- bis 34-Jährigen. In dieser Altersgruppe lag die Wahlbeteiligung der Frauen um 1,9 Prozentpunkte über derjenigen der Männer. Im Vergleich zur vorherigen Landtagswahl ist bei den 30- bis 34-Jährigen der Abstand zugunsten der Frauen

jedoch deutlich kleiner geworden; 2001 lag er noch bei 3 Prozentpunkten.

Bei den 60-Jährigen und Älteren ist seit den ersten repräsentativen Untersuchungen bei Landtagswahlen eine im Vergleich zu den Frauen höhere Wahlbeteiligung der Männer zu beobachten. Bei dieser Wahl ist die Differenz zugunsten der Männer allerdings sowohl bei den 60- bis 69-Jährigen als auch bei den 70-Jährigen und Älteren kleiner geworden.

Höhere Wahlbeteiligung der Männer bei den 60-Jährigen und Älteren ...

In der Altersgruppe der 21- bis 24-Jährigen hatten ebenfalls die Männer ein größeres Wahlinteresse als die Frauen. Auch hier hat sich der Vorsprung der Männer im Vergleich zur vorangegangenen Landtagswahl 2001 verringert. Während er in dieser Altersgruppe 2001 noch bei 5,6 Prozentpunkten gelegen hatte, belief er sich bei der aktuellen Landtagswahl nur noch auf 4 Prozentpunkte.

... und bei den 21- bis 24-Jährigen

Das geringste Wahlinteresse zeigten wie schon bei der Landtagswahl vor fünf Jahren die 21- bis 24-jährigen Frauen. Nur 35,4%

Geringste Wahlbeteiligung bei den 21- bis 24-jährigen Frauen

der Frauen in dieser Altersgruppe machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch; 2001 waren es noch 39,1%.

Den stärksten Rückgang der Wahlbeteiligung gab es bei den 50- bis 59-jährigen Männern. In dieser Personengruppe nahm die Wahlbeteiligung um 7,8 Prozentpunkte ab. Aber auch bei den 50- bis 59-jährigen Frauen gab es mit einem Minus von 7,5 Prozentpunkten einen kräftigen Rückgang.

SPD schnitt sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen deutlich besser ab als die CDU

Vorsprung der SPD gegenüber der CDU bei den Männern 12,6 und bei den Frauen 13,9 Prozentpunkte

Sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen hat die SPD bei der Wahl 2006 einen wesentlich höheren Landesstimmenanteil erzielen können als die CDU. Bei den Männern belief sich der Vorsprung auf 12,6 und bei den Frauen auf 13,9 Prozentpunkte. Bei der Wahl 2001 hatte die SPD noch einen geringeren Vorsprung gegenüber der CDU, und zwar von 9,3 Prozentpunkten bei den männlichen Wählern und von 9,6 Prozentpunkten bei den Wählerinnen.

Hohe Anteilsverluste der CDU sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen

Im Vergleich zur Landtagswahl 2001 musste die CDU bei den Männern einen Rückgang ihres Stimmenanteils um 3,2 Prozentpunkte hinnehmen. Der Stimmenanteil der SPD blieb bei den Männern nahezu unverändert (+0,1 Prozentpunkte). Auch bei den Frauen verlor die Union, während die SPD ihren Anteil steigern konnte. Der Landesstimmenanteil, den die Sozialdemokraten von den Wählerinnen bekamen, stieg gegenüber 2001 um 1,8 Prozentpunkte, der Anteil der Christdemokraten sank dagegen um 2,5 Punkte.

Wie bei den vorangegangenen Landtagswahlen hat die Union auch bei der Wahl

T1 Ergebnisse¹⁾ der repräsentativen Wahlstatistik zur Landtagswahl am 26. März 2006

Alter in Jahren	Wahl- beteiligung	Landesstimmenanteile ausgewählter Parteien			
		SPD	CDU	FDP	GRÜNE
	%				
Männer und Frauen					
18 - 24	40,5	47,5	24,3	9,3	7,0
25 - 34	40,7	43,6	28,1	11,3	6,7
35 - 44	52,1	45,4	26,5	8,5	8,1
45 - 59	60,6	47,7	28,1	7,9	5,4
60 und älter	69,5	44,5	40,3	7,1	1,5
Insgesamt	57,8	45,7	32,4	8,1	4,5
Männer					
18 - 24	41,6	46,2	23,9	10,6	5,6
25 - 34	40,1	41,4	27,1	13,4	6,1
35 - 44	51,7	44,0	26,3	9,5	6,9
45 - 59	60,7	45,6	27,5	8,6	5,1
60 und älter	73,1	42,5	38,9	8,3	1,6
Zusammen	58,2	43,8	31,2	9,2	4,3
Frauen					
18 - 24	39,3	48,8	24,8	7,8	8,5
25 - 34	41,3	45,8	29,1	9,1	7,3
35 - 44	52,5	46,9	26,7	7,6	9,3
45 - 59	60,6	49,9	28,7	7,3	5,7
60 und älter	66,7	46,2	41,5	6,2	1,4
Zusammen	57,4	47,4	33,5	7,1	4,8

1) Wahlbeteiligung und Landesstimmenanteile der Parteien in der Stichprobe können geringfügig vom amtlichen Endergebnis abweichen.

2006 bei den Frauen besser abgeschnitten als bei den Männern. Von den gültigen Landesstimmen, die von Frauen abgegeben wurden, erhielt die CDU 33,5%. Bei den Männern kam die Union lediglich auf 31,2%. Der Unterschied belief sich also auf 2,3 Prozentpunkte. Bei der Wahl im Jahr 2001 hatte der Stimmenanteil, den die CDU bei den Frauen erzielen konnte, nur um 1,6 Prozentpunkte über dem Stimmenanteil gelegen, den die Partei von den Männern erhielt.

CDU bei den Frauen stärker als bei den Männern

Auch die Sozialdemokraten bekamen bei der aktuellen Wahl von den Wählerinnen mehr Stimmen als von den Wählern. Hier war der Unterschied hinsichtlich des Abstimmungsverhaltens zwischen den Frauen

Auch die SPD hatte mehr Wählerinnen als Wähler

und den Männern sogar noch ausgeprägter als bei der CDU; er erreichte 3,6 Prozentpunkte. Während die Sozialdemokraten bei den Männern auf einen Landesstimmenanteil von 43,8% kamen, betrug er bei den Frauen 47,4%. Bei der vorangegangenen Landtagswahl hatte sich der Unterschied nur auf 1,9 Prozentpunkte belaufen.

Unter den kleineren Parteien war die FDP bei Männern und Frauen am erfolgreichsten

Von den kleineren Parteien hat die FDP sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen am besten abgeschnitten. Dies war auch schon 2001 der Fall. Bei der aktuellen Wahl betrug der Vorsprung der FDP vor den GRÜNEN bei den Männern, 4,9 Prozentpunkte (2001: 3,2 Punkte) und bei den Frauen 2,3 Prozentpunkte (2001: 0,8 Punkte).

Die FDP hat sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen Landesstimmenanteile hinzugewonnen, während die GRÜNEN bei beiden Geschlechtern Anteile verloren haben.

FDP hatte mehr männliche als weibliche Wähler

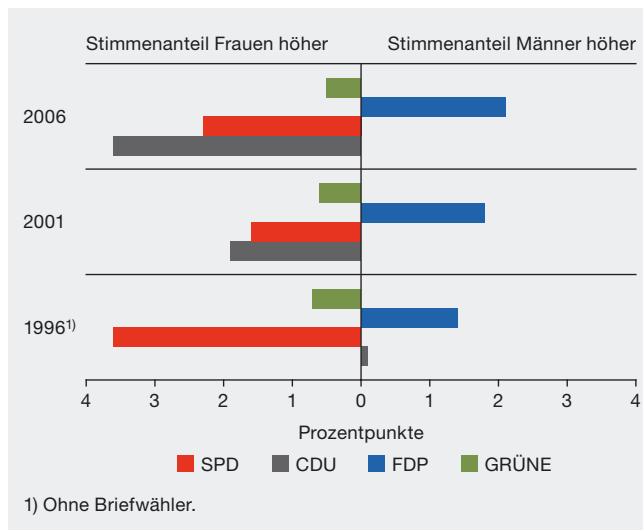
Für die Liberalen votierten bei dieser Wahl 9,2% der Männer, die zur Wahl gingen und eine gültige Stimme abgaben. Von den Wählerinnen erhielt die FDP 7,1%. Die Anteilsgewinne der liberalen Partei waren bei den Männern höher als bei den Frauen: Bei den Männern verbesserte sich die Partei um 0,7 und bei den Frauen um 0,4 Prozentpunkte.

GRÜNE bei den Wählerinnen stärker als bei den Wählern

Die GRÜNEN bekamen 2006 von den Wählerinnen 4,8% der gültigen Stimmen, während sie von den Männern nur 4,3% erhielten. Bereits vor fünf Jahren hatten

S 3

Differenz zwischen den Stimmenanteilen ausgewählter Parteien bei Frauen und Männern bei den Landtagswahlen 1996, 2001 und 2006



mehr Wählerinnen als Wähler den GRÜNEN ihre Stimme gegeben. Die Anteilsverluste, welche die GRÜNEN bei dieser Wahl hinnehmen mussten, waren bei den Frauen etwas größer als bei den Männern. Bei den Männern verlor die Partei 1 Prozentpunkt und bei den Frauen 1,1 Punkte.

Sozialdemokraten haben besonders stark bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern hinzugewonnen

Den stärksten Anteilszuwachs erzielte die SPD bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern. Bei den Frauen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren verbesserte sich die SPD bei der aktuellen Wahl um 10,4 Prozentpunkte auf 48,8%. Auch bei den Männern in dieser Altersgruppe erzielte die Partei im Vergleich zur vorangegangenen Landtagswahl einen sehr hohen Zuwachs; ihr Landesstimmenanteil stieg in dieser Personengruppe um 10,2 Prozentpunkte auf 46,2%.

Starke Gewinne der SPD bei den 18- bis 24-Jährigen

T2

Veränderung der Wahlbeteiligung sowie Gewinne und Verluste der Parteien bei der Landtagswahl 2006 nach Geschlecht und Altersgruppen

Alter in Jahren	Wahl- beteiligung	Landesstimmenanteile ausgewählter Parteien			
		SPD	CDU	FDP	GRÜNE
	Veränderung gegenüber 2001 in Prozentpunkten				
Männer und Frauen					
18 - 24	-4,1	10,4	-6,8	-0,9	-1,7
25 - 34	-6,2	1,0	-0,9	2,9	-2,8
35 - 44	-5,3	-1,9	-0,8	2,2	-2,4
45 - 59	-7,3	0,2	-4,4	0	0,1
60 und älter	-5,0	1,3	-3,4	-0,2	-0,1
Insgesamt	-5,1	1,0	-2,8	0,6	-1,1
Männer					
18 - 24	-5,7	10,2	-6,3	-0,7	-2,5
25 - 34	-6,0	0,1	-2,7	3,6	-2,0
35 - 44	-5,5	-2,6	-1,4	2,4	-2,3
45 - 59	-7,2	-1,0	-4,5	0,2	0
60 und älter	-5,3	0,5	-3,5	-0,1	0
Zusammen	-5,3	0,1	-3,2	0,7	-1,0
Frauen					
18 - 24	-2,6	10,4	-7,3	-1,1	-0,9
25 - 34	-6,5	1,9	0,9	2,2	-3,6
35 - 44	-5,1	-1,1	-0,2	2,1	-2,5
45 - 59	-7,4	1,5	-4,2	0	0,2
60 und älter	-4,9	2,0	-3,2	-0,2	-0,2
Zusammen	-5,0	1,8	-2,5	0,4	-1,1

Verluste musste die SPD dagegen in den mittleren Jahrgängen hinnehmen. Im Vergleich zu 2001 ging ihr Landesstimmenanteil bei den 35- bis 44-Jährigen um 1,9 Prozentpunkte zurück. Bei den Wählerinnen in dieser Altersgruppe verlor die SPD 1,1 Prozentpunkte. Bei den Männern im Alter von 35 bis 44 Jahren sank ihr Stimmenanteil um 2,6 Prozentpunkte.

Bei den Männern musste die SPD außerdem in der Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen einen Anteilsrückgang hinnehmen, und zwar um 1 Prozentpunkt.

CDU hat in fast allen Altersgruppen verloren

Die CDU musste den stärksten Einbruch ihrer Stimmenanteile bei den Wählerinnen

und Wählern zwischen 18 und 24 Jahren hinnehmen. Im Vergleich zur Landtagswahl 2001 verlor die Partei in dieser Altersgruppe 6,8 Prozentpunkte. Bei den Frauen im Alter von 18 bis 24 Jahren verringerte sich der Stimmenanteil der Union um 7,3 Prozentpunkte. Bei den Männern in diesem Alter belief sich der Anteilsverlust auf 6,3 Prozentpunkte. Sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen fiel der Stimmenanteil der Union dadurch deutlich unter 30%.

Bei den Wählerinnen und Wählern im Alter von 45 bis 59 Jahren büßten die Christdemokraten 4,4 Prozentpunkte ein. Von den Frauen dieses Alters erhielt die CDU 4,2 Prozentpunkte weniger, bei den Männern in diesem Alter verringerte sich der Stimmenanteil im Vergleich zu 2001 um 4,5 Prozentpunkte. Auch in dieser Altersgruppe sank der Stimmenanteil der Union auf weniger als 30%.

Leicht hinzugewinnen konnte die CDU nur bei den Frauen im Alter von 25 bis 34 Jahren. Von dieser Personengruppe erhielt die Union bei der aktuellen Wahl einen um 0,9 Prozentpunkte höheren Stimmenanteil als bei der vorangegangenen Landtagswahl.

FDP erzielte die Zugewinne bei den 25- bis 44-Jährigen

Die FDP konnte ihre Landesstimmenanteile bei den 25- bis 44-jährigen Wählerinnen und Wählern steigern. Bei den 45- bis 59-Jährigen blieb der Stimmenanteil konstant. Verluste mussten die Liberalen bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern im Alter von 18 bis 24 Jahren und bei den 60-Jährigen und Älteren hinnehmen.

Die stärksten Verluste gab es für die CDU bei den jungen Frauen

Hohe Verluste der CDU auch bei den älteren Wählerinnen und Wählern

Leichte Zugewinne der CDU bei den 25- bis 34-jährigen Frauen

Liberale
erzielten ihr
bestes Anteils-
ergebnis bei
den 25- bis
34-jährigen
Männern

Den stärksten Zuwachs erzielte die Partei bei den Männern im Alter von 25 bis 34 Jahren. Hier stieg ihr Stimmenanteil um 3,6 Prozentpunkte (Durchschnitt: +0,6 Prozentpunkte). Durch diesen starken Anstieg konnte die FDP in dieser Personengruppe mit 13,4% ihren höchsten Stimmenanteil verbuchen. Vergleichsweise schwach schnitt die Partei bei den 60-jährigen und älteren Wählerinnen ab. Bei dieser Personengruppe kam die FDP nur auf 6,2% der gültigen Stimmen.

GRÜNE verloren vor allem bei den Wählerinnen und Wählern jüngeren und mittleren Alters

Besonders
starke Verluste
der GRÜNEN
bei den 25- bis
34-jährigen
Wählerinnen
und Wählern

Die GRÜNEN haben bei den Wählerinnen im Alter zwischen 25 und 34 Jahren am stärksten verloren. In dieser Personengruppe büßten sie im Vergleich zur vorangegangenen Wahl 3,6 Prozentpunkte ein. Hohe Verluste gab es auch bei den jungen Männern im Alter zwischen 18 und 24 Jahren und bei den 35- bis 44-jährigen Frauen (jeweils -2,5 Prozentpunkte). Nur bei den 45- bis 59-jährigen Frauen konnte die Partei leichte Zugewinne verbuchen (+0,2 Prozentpunkte).

Ihr höchstes Anteilsergebnis bekamen die GRÜNEN mit 9,3% von den 35- bis 44-jährigen Frauen – es war mehr als doppelt so hoch wie das Gesamtergebnis der Partei (4,5%). Besonders schlecht schnitten die GRÜNEN bei den älteren Wählerinnen und Wählern ab. Von den 60-jährigen und älteren Frauen bekam die Partei nur 1,4% und von den Männern in diesem Alter nur 1,6% der abgegebenen gültigen Landestimmen.

CDU hat eine besonders alte Wählerschaft

Die mit Abstand älteste Wählerschaft hatte bei der aktuellen Wahl wiederum die CDU. Fast die Hälfte der Wählerinnen und Wähler der Union war 60 Jahre und älter. Von den Männern, die die Union wählten, waren es 45,6% und von den Frauen sogar 51,4%.

Ältere Frauen
besonders stark
in der Wähler-
schaft der Union
vertreten

Der Anteil der Älteren in der CDU-Wählerschaft lag beträchtlich über dem Anteil dieser Altersgruppe an den Wahlberechtigten. Bei den Frauen war der Anteil in der Unionswählerschaft um 15,2 Prozentpunkte und bei den Männern um 15,9 Prozentpunkte höher. Für beide Geschlechter ist im Vergleich zu 2001 eine weitere Zunahme der Diskrepanz feststellbar. Alle anderen Altersgruppen waren bei der aktuellen Landtagswahl in der Wählerschaft der CDU im Vergleich zu den Wahlberechtigten deutlich unterrepräsentiert.

In der Wählerschaft der SPD sind Ältere ebenfalls überrepräsentiert

Auch in der Wählerschaft der SPD stellen die Älteren die größte Gruppe. Gut 38% der Wählerinnen und Wähler dieser Partei waren 60 Jahre und älter. Von den Wählern der SPD gehörten 35,4% und von den Wählerinnen 40,4% zu dieser Altersgruppe.

Gut 38% der
SPD-Wähler-
schaft älter als
60 Jahre

Somit sind auch bei der SPD die älteren Wählerinnen und Wähler überrepräsentiert, allerdings bei weitem nicht so stark wie bei den Christdemokraten. Bei den Männern belief sich die Differenz zum Anteil der 60-Jährigen und Älteren an den Wahlberechtigten auf +5,7 Prozentpunkte und bei den Frauen auf +4,2 Prozentpunkte. Auch bei

der SPD sind die Diskrepanzen im Vergleich zu 2001 deutlich größer geworden.

Auch die 45- bis 59-Jährigen sind in der SPD-Wählerschaft überrepräsentiert

Überrepräsentiert sind in der Wählerschaft der SPD auch die 45- bis 59-Jährigen. Der Anteil dieser Altersgruppe in der Wählerschaft der Sozialdemokraten lag bei den Männern um 2,7 Prozentpunkte und bei den Frauen um 2,9 Prozentpunkte über dem entsprechenden Anteilswert bei den Wahlberechtigten.

In der Wählerschaft der FDP sind ältere Männer überrepräsentiert

60-jährige und ältere Männer sowie 45- bis 59-jährige Frauen überproportional stark in der Wählerschaft der FDP vertreten

In der Wählerschaft der FDP gibt es überproportional viele Männer im Alter von über 60 Jahren. Bei der aktuellen Wahl gehörten 32,8% der männlichen Wähler der Liberalen zu dieser Altersgruppe. Damit lag der Anteil der 60-jährigen und älteren Wähler in der Wählerschaft der FDP um 3,1 Prozentpunkte über dem Anteil dieser Personengruppe an den Wahlberechtigten insgesamt. Bei den Frauen waren dagegen die 45- bis 59-Jährigen überrepräsentiert: Von den Wählerinnen der Liberalen waren 27,9% in diesem Alter. Der Anteil der 45- bis 59-jährigen Frauen in der Wählerschaft der FDP lag damit um 2,2 Prozentpunkte über dem Anteil dieser Personengruppe an den Wahlberechtigten. Jüngere Wählerinnen und Wähler zwischen 18 und 34 Jahren hatten in der Wählerschaft der FDP im Vergleich zur Altersstruktur der Wahlberechtigten dagegen nur einen unterproportionalen Anteil.

Besonders markante Altersstruktur in der Wählerschaft der GRÜNEN

Von den Wählerinnen und Wählern der GRÜNEN waren bei der aktuellen Wahl fast zwei Drittel im Alter zwischen 35 und 59

Jahren. Bei den Männern waren mit einem Anteil von 35,1% die 45- bis 59-Jährigen am stärksten vertreten. Bei den Frauen bildeten die 35- bis 44-Jährigen mit einem Anteil von 33% die größte Gruppe.

Sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen war der Anteilsunterschied zu den Wahlberechtigten in der Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen am größten: Bei den Männern belief sich die Differenz der Anteilswerte auf +9,1 Prozentpunkte und bei den Frauen sogar auf +14,8 Prozentpunkte. Die GRÜNEN sprechen also vor allem die Wählerinnen und Wähler in den „mittleren“ Altersjahren an.

GRÜNE sprechen vor allem die mittleren Altersjahrgänge an

Ausgesprochen unterrepräsentiert sind in der Wählerschaft der GRÜNEN die älteren Menschen. Von den GRÜNEN-Wählern waren lediglich 13,5% älter als 60 Jahre; der Unterschied zum Anteil dieser Personengruppe an den Wahlberechtigten belief sich auf -16,2 Prozentpunkte. Von den GRÜNEN-Wählerinnen waren sogar nur 12,2% älter als 60 Jahre; die Differenz zum Anteil dieser Personengruppe an den Wahlberechtigten betrug -24 Prozentpunkte.

Wählerinnen und Wähler der beiden großen Parteien machten selten vom Stimmensplitting Gebrauch

Bei Landtagswahlen haben die Wählerinnen und Wähler zwei Stimmen. Die Wahlkreisstimme geht an einen Wahlkreisbewerber, die Landesstimme an eine Partei. Die Wählerinnen und Wähler können mit ihrer Wahlkreisstimme einen Bewerber gleich welcher Partei wählen und ihre Landesstimme einer anderen Partei geben, d. h. sie haben die Möglichkeit zum Stimmensplitting.

Wählerinnen und Wähler der CDU haben am wenigsten gesplittet

Wie bereits bei der vorangegangenen Landtagswahl 2001 hat auch bei dieser Wahl die Wählerschaft der CDU am wenigsten vom Stimmensplitting Gebrauch gemacht. Von 1 000 Wählerinnen und Wählern, die mit ihrer Landesstimme die Union gewählt haben, gaben lediglich 68 dem Bewerber einer anderen Partei ihre Wahlkreisstimme oder machten die Wahlkreisstimme ungültig (9 Wählerinnen und Wähler). Mit insgesamt 77 ist die Zahl der CDU-Wählerinnen und -Wähler, die ihre Stimmen gesplittet haben, gegenüber der Landtagswahl 2001 leicht gestiegen; damals waren es nur 69 Wählerinnen bzw. Wähler.

SPD-Wählerinnen und -Wähler haben etwas häufiger gesplittet als die CDU-Wählerinnen und -Wähler

Die Wählerschaft der SPD hat häufiger gesplittet als die CDU-Wählerinnen und -Wähler. Von 1 000 Landesstimmenwählerinnen und -wählern der SPD stimmten 159 für den Wahlkreisbewerber einer anderen Partei oder wählten mit der Wahlkreisstimme ungültig (10 Wählerinnen und Wähler). Auch von der SPD-Wählerschaft wurde diesmal also häufiger gesplittet als bei der Wahl vor fünf Jahren. Damals machten nur 148 Wählerinnen und Wähler von der Möglichkeit des Stimmensplittings Gebrauch.

Wählerinnen und Wähler der kleineren Parteien splitteten häufig ihre Stimmen

Die Wählerinnen und Wähler der GRÜNEN haben am häufigsten ihre Stimmen gesplittet

Wie bei der vorangegangenen Landtagswahl 2001 setzten die Wählerinnen und Wähler der GRÜNEN das Stimmensplitting am häufigsten ein. Von 1 000 Landesstimmenwählerinnen und -wählern der GRÜNEN gaben 462 dem Kandidaten einer anderen Partei ihre Wahlkreisstimme oder wählten mit dieser Stimme ungültig. Bei der Land-

tagswahl 2001 gab es von den Wählerinnen und Wählern der GRÜNEN nur 419 Splittingstimmen.

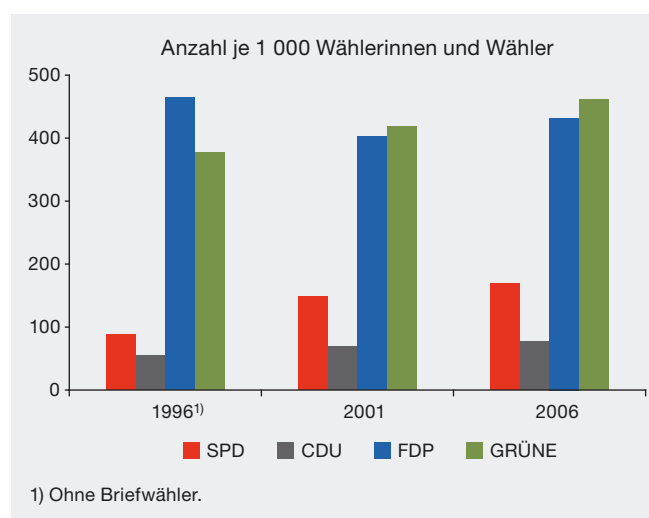
Vom Stimmensplitting der Wählerschaft der GRÜNEN profitierten am meisten die Wahlkreisbewerber der SPD, und zwar mit deutlichem Abstand vor den Bewerbern anderer Parteien. Von den 448 Wahlkreisstimmen, die – bezogen auf 1 000 GRÜNE-Wählerinnen und -Wähler – an Bewerber anderer Parteien gingen, erhielten sozialdemokratische Bewerber 337; Kandidaten der Union bekamen 52, Bewerber der FDP 25 und Kandidaten der WASG 17 Stimmen.

Vom Stimmensplitting der GRÜNE-Landesstimmenwählerschaft hat die SPD am stärksten profitiert

Von 1 000 Wählerinnen und Wählern, die sich mit ihrer Landesstimme für die Liberalen entschieden, haben 432 dem Kandidaten einer anderen Partei ihre Wahlkreisstimme gegeben oder ungültig gewählt. Auch in der FDP-Wählerschaft hat das Stimmensplitting im Vergleich zu 2001 zugenommen. Bei der Landtagswahl vor fünf Jahren hatten nur 402 Landesstimmenwählerinnen und -wäh-

S 4

Wählerinnen und Wähler ausgewählter Parteien, die bei den Landtagswahlen 1996, 2001 und 2006 mit ihrer Wahlkreisstimme den Bewerber einer anderen Partei gewählt haben



ler der FDP ihre Wahlkreisstimme an den Kandidaten einer anderen Partei gegeben oder ungültig gewählt.

Vom Stimmen-splitting der FDP-Landesstimmewählerschaft hat die CDU am stärksten profitiert

Wenn sie splitteten, dann vergaben die Wählerinnen und Wähler der FDP ihre Wahlkreisstimme am häufigsten an einen Direktkandidaten der Union. Von den 422 Splittingstimmen, die – bezogen auf 1 000 Landesstimmen der FDP-Wählerinnen und -Wähler – an Wahlkreiskandidaten anderer Parteien vergeben wurden, erhielten CDU-Kandidaten 259 und SPD-Bewerber 139 Stimmen.

Nutzen der repräsentativen Wahlstatistik

Repräsentative Wahlstatistik hat sehr breite Zahlenbasis

Bereits diese ausgewählten Ergebnisse zeigen, dass die repräsentative Wahlstatistik interessante und wichtige Einsichten in das Wählerverhalten liefert. Der Vorteil der repräsentativen Wahlstatistik der statistischen Ämter gegenüber den Wahluntersuchungen anderer Institute besteht zum einen in der sehr breiten Zahlenbasis: Bei der Landtagswahl 2006 waren in die Auswertung der Stimmzettel nach Geschlecht und Alter rund 90 000 Wählerinnen und Wähler einbezogen.

Zum anderen wird in der repräsentativen Wahlstatistik nicht nur das „beabsichtigte“ oder das nach dem Wahlvorgang „bekundete“ Wählerverhalten von Befragten untersucht, sondern es wird die tatsächliche Stimmabgabe der Wählerinnen und Wähler in den ausgewählten Wahlbezirken anhand der abgegebenen Stimmzettel nach dem Geschlecht und Altersgruppen festgestellt.

Die zuverlässigen Informationen über die Wahlbeteiligung und das Wählerverhalten sind für Bürger, Politik und Medien, aber auch für die Wahlforschungsinstitute von großem Interesse.

In der repräsentativen Wahlstatistik wird das tatsächliche Wählerverhalten untersucht

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Prognosen, Forschungsdaten.

Info

Übersichtstabellen zu den Ergebnissen finden sich in der Veröffentlichung „Landtagswahl Rheinland-Pfalz am 26. März 2006 – Teil 2: Repräsentative Wahlstatistik“, die im Internet kostenfrei heruntergeladen werden kann:

<http://www.statistik.rlp.de/analysen/wahlen/repraes-wahlstatistik-lw2006.pdf>

Landtagswahl 2006: Der Ungültigwähler



Von Romy Feldmann

Bei der Landtagswahl am 26. März 2006 gaben die rheinland-pfälzischen Wählerinnen und Wähler 58 664 ungültige Wahlkreisstimmen und 37 962 ungültige Landesstimmen ab. Dieser Beitrag geht der Frage nach, ob es sich bei der Abgabe von ungültigen Stimmen um ein Versehen handelt oder ob die Wählerinnen und Wähler ihre Stimme mit Absicht ungültig machen. Als Grundlage dienen dabei die ungültigen Stimmzettel der repräsentativen Wahlstatistik zur Landtagswahl 2006.

Zahl der ungültigen Stimmen rückläufig

Bei der Landtagswahl 2006 in Rheinland-Pfalz gaben 4% aller Wählerinnen und Wähler mindestens eine ungültige Stimme ab. Insgesamt 58 664 Wahlkreisstimmen wurden von den Wahlvorständen für ungültig erklärt. Im Jahr 2001 waren es noch 62 040. Da jedoch auch die Wahlbeteiligung zurückgegangen ist, blieb der Anteil ungültiger Wahlkreisstimmen mit 3,3% konstant. Der Anteil der ungültigen Landesstimmen ging dagegen von 2,5% bei der Wahl 2001 auf 2,1% zurück. Während bei der Landtagswahl 2001 noch 46 114 Wählerinnen und Wähler ungültige Landesstimmen abgegeben hatten, waren es 2006 lediglich 37 962. Seit Einführung des Zweistimmenwahlrechts gaben noch nie so wenige Wählerinnen und Wähler ungültige Landesstimmen ab. Allerdings wurde im Jahr 2006 mit lediglich 58,2% auch die mit Abstand

niedrigste Wahlbeteiligung bei einer rheinland-pfälzischen Landtagswahl gemessen.

Datenbasis: Repräsentative Wahlstatistik

Der Untersuchung liegt die repräsentative Wahlstatistik mit ihrer Zahlenbasis von rund 90 000 Stimmzetteln zugrunde. Diese waren mit einer Markierung zu Alter und Geschlecht der Wählerinnen und Wähler versehen. In der Stichprobe gab es 3 173 Stimmzettel mit insgesamt 4 420 ungültigen Wahlkreis- und Landesstimmen. Auf 1 249 dieser Stimmzettel waren beide Stimmen ungültig. Auf 1 410 Stimmzetteln gab es eine gültige Landesstimme in Verbindung mit einer ungültigen Wahlkreisstimme. Auf 514 Stimmzetteln war umgekehrt die Wahlkreisstimme gültig und die Landesstimme ungültig. Die Ungültigwähler sind in der repräsentativen Wahlstatistik damit leicht unterrepräsentiert. Während in allen Wahlkrei-

Etwa 40% aller Ungültigwähler gaben zwei ungültige Stimmen ab

Niedrigste Zahl ungültiger Landesstimmen seit Einführung des Zweistimmenwahlrechts

Info

Ungültige Stimmabgabe

Bei Landtagswahlen regelt das Landeswahlgesetz (LWahlG) die Gültigkeit von Stimmen. Nach § 48 Abs. 1 LWahlG sind Stimmen ungültig, wenn der Stimmzettel

1. nicht in einem amtlichen Wahlumschlag abgegeben worden ist,
2. in einem Wahlumschlag abgegeben worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält,
3. als nicht amtlich hergestellt erkennbar oder für einen anderen Wahlkreis gültig ist,
4. keine Kennzeichnung enthält,
5. den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lässt,
6. einen Zusatz oder Vorbehalt enthält.

In den Fällen der Nummern 1 bis 4 sind beide Stimmen ungültig.

Zweistimmenwahlrecht

Bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz gilt das Zweistimmenwahlrecht einer mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl. Dabei haben die stimmberechtigten Wählerinnen und Wähler zwei Stimmen, eine Stimme für die Wahl einer bzw. eines Wahlkreisabgeordneten (Wahlkreisstimme) und eine Stimme für die Wahl einer Landes- oder Bezirksliste (Landesstimme). Die Wählerinnen und Wähler entscheiden mit den Landesstimmen, wie sich der neue Landtag nach Parteien und Wählervereinigungen zahlenmäßig zusammensetzt, und mit den Wahlkreisstimmen, welche Abgeordneten in den Wahlkreisen direkt gewählt sind. Beide Stimmen werden auf einem Stimmzettel unabhängig voneinander abgegeben.

Repräsentative Wahlstatistik

Rechtsgrundlage für die so genannte „repräsentative Wahlstatistik“ ist § 54 a Landeswahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. November 2004 (GVBl. S. 519), zuletzt geändert durch das Sechste Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes vom 31. Januar 2006 (GVBl. S. 35).

sen 3,3% der Wählerinnen und Wähler mit ihrer Wahlkreisstimme und 2,1% mit ihrer Landesstimme ungültig gewählt haben, liegt der Anteil in den Stimmbezirken der repräsentativen Wahlstatistik für die Wahlkreisstimme bei 3% und für die Landesstimme bei 2%.

Formen der Ungültigkeit

Am häufigsten geben Wählerinnen und Wähler ihre Stimmen ungültig ab, indem sie die Stimmzettel leer lassen oder durchstreichen. Etwa 78% aller ungültigen Stimmen wurden in einer dieser beiden Varianten abgegeben. Gut 2% aller ungültigen Stimmzettel enthielten Kommentare. Es handelte sich meistens um Begründungen der Entscheidung, ungültig zu wählen, oder Beschimpfungen. In einigen Fällen haben die Wählerinnen und Wähler das Wort „ungültig“ vermerkt.

Darüber hinaus wurden auf den Wahlzetteln auch Zeichnungen angefertigt, Zeitungsartikel eingeklebt und eigene Wahlvorschläge unterbreitet. Dabei handelte es sich meistens um Comicfiguren. Einige Wahlzettel wurden auch einfach zerrissen. Manche Wählerinnen und Wähler kreuzten alle Wahlkreiskandidaten und Landeslisten an, andere machten mehr als zwei Kreuze. Etliche Stimmzettel waren lediglich mit einem Fragezeichen versehen.

Die Form der Ungültigkeit ist auch vom Geschlecht und Alter der Wähler abhängig. So geben ältere Wählerinnen und Wähler häufiger Bemerkungen ab, Männer häufiger als Frauen. Beschimpfungen gehen insbesondere von älteren Männern über 60 Jahren aus: Etwa die Hälfte aller Beschimpfungen

Der größte Teil der ungültigen Stimmen wird in Form von leeren Stimmzetteln abgegeben

Ungültige Stimmzettel mit Beschimpfungen wurden meistens von Männern abgegeben

kam aus dieser Personengruppe. Am häufigsten wurden die Politiker dabei als Lügner oder Betrüger bezeichnet.

In einigen Kommentaren wird auch explizit die Enttäuschung der jeweiligen Person als Grund für die ungültige Stimmabgabe genannt. So klagten einige Wähler, kein Vertrauen mehr in die Politik zu haben und von allen Parteien enttäuscht zu sein.

Nullrunde bei der Rente wird als Grund der ungültigen Stimmabgabe genannt

Es gibt bestimmte Themen, die die Wählerinnen und Wähler besonders beschäftigen. Am bedeutendsten sind die Nullrunden bei der Rente; dieses Thema wurde von den älteren Wählerinnen und Wählern – die davon unmittelbar betroffen sind – häufig angesprochen. Einige Wählerinnen und Wähler schrieben auf ihren Stimmzetteln, dass sie erst dann wieder bereit seien gültige Stimmen abzugeben, wenn die Rente erhöht werde.

Ein weiterer Schwerpunkt sind die finanziellen Verhältnisse der Politiker. Im Vordergrund stehen hier die Diäten. Besonders Diätenerhöhungen wurden von den Wählerinnen und Wählern sehr kritisch gesehen. Darüber hinaus wurden die Nebeneinkommen der Politiker und die Bundespolitik

als Ursachen dafür thematisiert, ungültige Stimmen abzugeben. So wurden die anstehende Erhöhung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer von 16 auf 19% oder der geplante Bundeswehreinsatz im Kongo als Grund für die ungültige Stimmabgabe genannt.

Die meisten ungültigen Stimmen werden absichtlich ungültig abgegeben

Die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler, die eine oder zwei ungültige Stimmen abgaben, wählte bewusst ungültig. Lediglich 279 der 3 173 in der Stichprobe erfassten Stimmzettel mit einer oder zwei ungültigen Stimmen lassen erkennen, dass es sich hier wohl um eine versehentliche Ungültigkeit handelt. Damit liegt der Anteil der absichtlich ungültig abgegebenen Stimmzettel bei gut 91%. Diese wurden leer, durchgestrichen oder mit entsprechenden Bemerkungen abgegeben. Da in Rheinland-Pfalz keine Wahlpflicht besteht, hätten diese Wählerinnen und Wähler auch der Wahlurne fernbleiben können. Sie haben sich aber bewusst entschieden, am demokratischen Prozess teilzunehmen und „ungültig“ zu wählen, um so ihren politischen Unmut zu dokumentieren.

91 % der ungültigen Stimmen wurden bewusst ungültig abgegeben

T1

Ungültige Wahlkreis- und Landesstimmen bei der Landtagswahl 2006 nach Formen der Ungültigkeit

Form der Ungültigkeit	Wahlkreisstimmen	Landesstimmen
	Anteil in %	
Leer	69,2	47,8
Durchgestrichen	14,8	20,4
Alle angekreuzt	2,5	3,3
Zwei und mehr Kreuze, aber nicht alle	11,1	25,5
Beschimpfung/Scherz/Begründung	1,2	1,6
Eigener Wahlvorschlag	0,2	0,2
Nur die Bemerkung „Ungültig“	0,4	0,4
Zeichnung	0,4	0,6
Sonstiges	0,2	0,2
Insgesamt	100	100

Bei 279 der untersuchten Stimmzettel, das sind knapp 9% der ungültigen Stimmen in der repräsentativen Wahlstatistik, handelt es sich wahrscheinlich um unabsichtliche Ungültigkeit. Der überwiegende Teil (236 Stimmen) wurde ungültig, weil zwar zwei Stimmen abgegeben wurden, es sich dabei jedoch um zwei Wahlkreis- oder zwei Landesstimmen handelte. Dabei ergaben sich die Kombinationen SPD/CDU (24%), SPD/FDP (15%), CDU/FDP (13%), SPD/GRÜNE

Nur etwa 9% aller ungültigen Stimmen wurden unbeabsichtigt ungültig abgegeben

(11%) oder Kombinationen mit sonstigen Parteien (37%).

Mit den Daten der repräsentativen Wahlstatistik lässt sich in diesen Fällen nicht klären, ob die Wählerinnen und Wähler sich bewusst für eine ungültige Stimmabgabe entschieden haben. Wahrscheinlich war ihnen bekannt, dass sie zwei Stimmen zu vergeben haben, jedoch nicht, dass es sich dabei jeweils um eine Wahlkreis- und eine Landesstimme handeln muss. Auffällig ist hier der hohe Anteil der älteren Wählerschaft über 60 Jahren, insbesondere der Frauen. Von allen Stimmzetteln, auf denen entweder zwei Wahlkreiskandidaten oder zwei Landeslisten gewählt wurden, gehen 26% auf ältere Männer und gut 53% auf Wählerinnen über 60 Jahren zurück. Dabei gab jede Dritte dieser Wählerinnen die Kombination SPD/CDU ab.

Drei Viertel der Stimmzettel mit zwei Wahlkreis- oder zwei Landesstimmen stammten von Wählerinnen und Wählern über 60 Jahren

Diese Erkenntnis kann als Ansatzpunkt für die Verhinderung der versehentlichen ungültigen Stimmabgabe dienen. Hier scheint die gezielte Ansprache besonders älterer Wählerinnen und Wähler erforderlich.

Auf gut 1% der Stimmzettel mit mindestens einer ungültigen Stimme waren neben den Stimmen entweder Korrekturen oder Zusätze vermerkt, so dass diese Stimmen – trotz eindeutiger Wahlentscheidung – nach dem Landeswahlgesetz für ungültig erklärt werden mussten. In den Zusätzen wurden die gewählten Wahlkreiskandidaten und/oder Parteien gelobt oder ihre Kontrahenten beschimpft. Ein Wähler aus der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen vergab seine beiden Stimmen in Form von Smileys. Hier ist nicht eindeutig erkennbar, ob es sich um positive Zustimmung oder um eine lächerliche Darstellung zu dem Wahlkreiskandidaten und

T2

Kombinationen von Wahlkreis- und Landesstimmen bei der Landtagswahl 2006

Landesstimme Partei	Von 100 Wählern, die mit ihrer Landesstimme die in der Vorspalte genannte Partei oder ungültig gewählt haben, wählten mit ihrer Wahlkreisstimme ...					
	SPD	CDU	FDP	GRÜNE	Sonstige	ungültig
SPD	83	8	3	3	1	1
CDU	3	92	2	0	0	1
FDP	14	26	57	1	1	1
GRÜNE	34	5	3	54	3	1
Sonstige	16	14	8	6	49	7
Ungültig	10	14	2	1	2	71

zu seiner Partei handelt. Daher mussten beide Stimmen für ungültig erklärt werden.

Den Wählerinnen und Wählern scheint in diesen Fällen die Konsequenz ihrer Kennzeichnung nicht bewusst gewesen zu sein. Es fehlt diesen Wählerinnen und Wählern offenbar die Information, dass die Stimmen durch solche Markierungen ungültig werden, sowie die Kenntnis, dass sie bei Bedarf von den ehrenamtlichen Wahlhelferinnen und -helfern einen neuen Stimmzettel auf Nachfrage bekommen können.

Männer liegen beim Stimmensplitting mit ungültiger Wahlkreis- und gültiger Landesstimme deutlich vor den Frauen

Das Stimmensplitting mit einer gültigen und einer ungültigen Stimme wird hauptsächlich genutzt, um eine Landesliste zu wählen, ohne einen Wahlkreiskandidaten auszusuchen. Ein möglicher Grund für diese Wahlentscheidung kann die Unbekanntheit mancher Wahlkreiskandidaten sein. So vergeben einige Wählerinnen und Wähler lieber keine Wahlkreisstimme, als eine Person zu wählen, die sie nicht kennen.

Hierbei gibt es spürbare Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Während von den

Häufigste Form war die Kombination von gültiger Landesstimme mit ungültiger Wahlkreisstimme

Männern, die mit mindestens einer Stimme ungültig wählten, 47% eine gültige Landesstimme in Verbindung mit einer ungültigen Wahlkreisstimme abgegeben haben, lag dieser Anteil bei den Frauen bei 42%. Umgekehrt entschieden sich Wählerinnen häufiger für einen Wahlkreiskandidaten und gaben gleichzeitig eine ungültige Landesstimme ab. Mit einem Anteil von 18% an den Stimmzetteln, auf denen wenigstens eine Stimme ungültig war, lagen sie mit dieser „Wahlstrategie“ deutlich vor den Männern, die hier auf knapp 14% kamen. Der Anteil der Stimmzettel mit zwei ungültigen Stimmen war bei Männern und Frauen mit 39 bzw. 40% etwa gleich hoch.

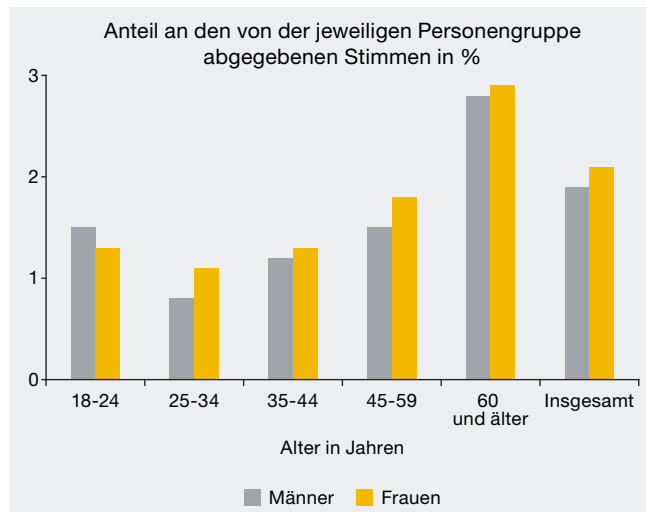
Vom Stimmensplitting mit einer gültigen Landesstimme und einer ungültigen Wahlkreisstimme profitierten besonders die sonstigen Parteien. Sie bekamen von den Wählerinnen und Wählern, die so gesplittet haben, gut 43% der Stimmen. Ursache hierfür mag sein, dass diese Parteien häufig keinen Wahlkreiskandidaten aufgestellt haben. Vor allem Männer zeigten dieses Wählerverhalten: Gut 55% der Wähler, die eine ungültige Wahlkreisstimme abgaben, wählten mit ihrer Landesstimme eine der sonstigen Parteien. Die Landesstimmenanteile der SPD und der CDU waren mit 22 bzw. 14% bei diesen Wählern eher niedrig.

Hingegen wählten von den Frauen, die diese Variante des Stimmensplittings anwandten, lediglich 31% eine der sonstigen Parteien. Frauen, die mit ihrer Wahlkreisstimme ungültig wählten und dabei eine gültige Landesstimme abgaben, entschieden sich mit fast 36% am häufigsten für die SPD. Bei den jungen Wählerinnen zwischen 18 und 24 Jahren kam die SPD hier sogar auf einen Landesstimmenanteil von fast 43%. Die

Wählerinnen, die eine ungültige Wahlkreisstimme abgaben, wählten mit ihrer Landesstimme häufig SPD

S 1

Ungültige Stimmabgabe (Landesstimmen) bei der Landtagswahl 2006 nach Altersgruppen und Geschlecht



CDU erreichte bei diesen Wählerinnen über alle Altersgruppen lediglich knapp 24%, wobei sie mit 31% den höchsten Anteil bei den über 60-jährigen Wählerinnen errang.

Die FDP kam bei den Wählerinnen und Wählern, die auf die Abgabe einer gültigen Wahlkreisstimme verzichteten, auf unterdurchschnittliche 5,2%, wobei Frauen diese Wahlentscheidung mit 5,8% deutlich häufiger getroffen haben als Männer mit 4,6%. Die GRÜNEN lagen bei den Wählerinnen und den Wählern mit jeweils etwa 4% gleichauf.

Ältere Wählerinnen und Wähler entscheiden sich häufiger für ungültige Stimmabgabe

Je älter die Wählerschaft ist, desto höher ist der Anteil der ungültigen Stimmen. Während von 100 Wählerinnen und Wählern im Alter zwischen 18 und 34 Jahren 98 mit beiden Stimmen gültig wählten, waren es bei den Wählerinnen und Wählern über 35 Jahren nur 95.

Junge Wählerinnen und Wähler zwischen 18 und 34 Jahren gaben am seltensten ungültige Stimmen ab

T3

Gültige und ungültige Stimmabgabe bei der Landtagswahl 2006 nach Altersgruppen

Alter in Jahren	Kombination Wahlkreisstimme/Landesstimme			
	gültig/ gültig	ungültig/ gültig	gültig/ ungültig	ungültig/ ungültig
	Anteil an den abgegebenen Stimmen in %			
18 - 24	97,5	1,1	0,3	1,1
25 - 34	98,0	1,0	0,2	0,8
35 - 44	97,4	1,4	0,3	0,9
45 - 59	96,9	1,5	0,5	1,1
60 und älter	95,2	1,9	0,9	2,0
Insgesamt	96,4	1,6	0,6	1,4

Der Anteil der Stimmzettel mit zwei ungültigen Stimmen steigt von der jüngsten zur ältesten Altersgruppe von 1 auf 2% an. Genauso verhält es sich bei den Stimmzetteln, mit denen eine gültige Landesstimme und eine ungültige Wahlkreisstimme abgegeben wurde. Auch der Anteil der Stimmzettel, bei denen eine gültige Wahlkreisstimme zusammen mit einer ungültigen Landesstimme abgegeben wurde, steigt mit dem Alter der Wählerschaft an. Lag er bei der jüngsten

Altersgruppe nahezu bei null, so gab von 100 Wählerinnen und Wählern über 60 Jahren eine(r) den Stimmzettel mit dieser Variante ab.

Wählerinnen und Wähler, die älter als 45 Jahre sind, nutzten bei dieser Landtagswahl am häufigsten die Splittingvariante mit einer ungültigen Wahlkreisstimme und einer gültigen Landesstimme. Davon profitierten neben den sonstigen Parteien vor allem die beiden großen Parteien SPD und CDU. Gut 28% dieser Wählerinnen und Wähler gaben ihre Landesstimme der SPD, 22% der CDU und 5% der FDP. Die GRÜNEN kamen bei dieser Personengruppe lediglich auf 3%.

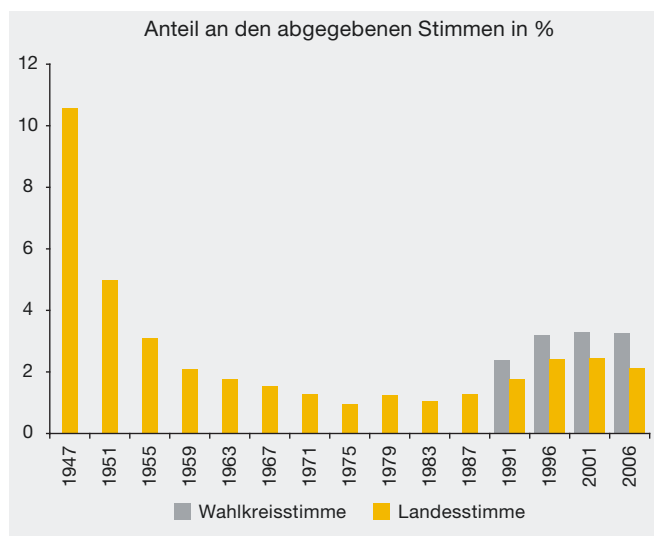
Ungültigwähler bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz

Bei der ersten Landtagswahl in Rheinland-Pfalz im Jahr 1947 erreichte der Anteil der Ungültigwähler mit fast 11% seinen höchsten Stand. Danach ging der Anteil der ungültigen Stimmen bis zur Wahl 1975 kontinuierlich auf lediglich 1% zurück. Im Jahr 1991 wurde das Einstimmenwahlrecht von dem Zweistimmenwahlrecht abgelöst. Mit Einführung des neuen Wahlsystems stieg auch der Anteil der ungültigen Stimmen wieder an. Das mag auch daran liegen, dass die Wählerinnen und Wähler sich seitdem bewusst entscheiden können, ihre Stimme nur zur Wahl eines Wahlkreiskandidaten oder einer Landesliste zu nutzen.

Strategische Wahl mit einer ungültigen Stimme in Rheinland-Pfalz seit 1991 möglich

S 2

Ungültige Wahlkreis- und Landesstimmen bei den Landtagswahlen 1947–2006



Rheinland-Pfalz im Ländervergleich mit hohem Anteil an Ungültigwählern

Im Vergleich zu den anderen Bundesländern geben die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer bei den Landtags-

T4

Ungültige Stimmen bei den Landtagswahlen, der Bundestagswahl 2005 und der Europawahl 2004 nach Ländern

Land	Landtagswahl			Bundestagswahl 2005		Europawahl 2004
	Wahljahr	ungültige Wahlkreisstimmen	ungültige Landesstimmen	ungültige Erststimmen	ungültige Zweitstimmen	ungültige Stimmen
		Anteil an den abgegebenen Stimmen in %				
Baden-Württemberg	2006	x	1,3	1,9	1,7	3,7
Bayern	2003	x	1,5	1,6	1,2	1,1
Berlin	2001	2,0	1,3	1,9	1,6	2,2
Brandenburg	2004	2,9	2,1	1,9	1,7	2,0
Bremen	2003	x	1,2	1,6	1,5	1,4
Hamburg	2004	x	1,3	1,3	1,1	1,8
Hessen	2003	3,0	2,3	2,3	2,3	2,9
Mecklenburg-Vorpommern	2002	2,8	2,4	2,0	1,9	5,3
Niedersachsen	2003	1,5	1,3	1,4	1,3	1,6
Nordrhein-Westfalen	2005	x	1,1	1,4	1,3	1,6
Rheinland-Pfalz	2006	3,3	2,1	2,4	2,1	4,5
Saarland	2004	x	2,5	2,7	2,5	6,6
Sachsen	2004	3,1	1,8	1,8	1,8	4,9
Sachsen-Anhalt	2006	3,0	2,3	2,3	2,1	6,7
Schleswig-Holstein	2005	2,9	1,4	1,5	1,4	1,8
Thüringen	2004	5,1	4,1	2,0	1,8	3,4

Bundestags- und Europawahlen häufiger ungültige Stimmen ab.

Zu den Landtagswahlen gibt es in den einzelnen Ländern unterschiedliche Wahlsysteme. Während die Wählerinnen und Wähler in Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland nur über eine Stimme verfügen, können in Rheinland-Pfalz und den übrigen Bundesländern – wie bei der Bundestagswahl – zwei Stimmen abgegeben werden.

nach dem System des Zweistimmenwahlrechts gewählt werden, hat Rheinland-Pfalz einen verhältnismäßig hohen Anteil an Ungültigwählern bei der Wahlkreisstimme und einen durchschnittlichen Anteil der Ungültigwähler bei der Landesstimme. Nur die Thüringer gaben mit 5,1% öfter ungültige Wahlkreisstimmen ab als die Rheinland-Pfälzer mit 3,3%. Bei den ungültigen Landesstimmen liegt Rheinland-Pfalz mit 2,1% im Mittelfeld.

Niedrige Anteile an Ungültigwählern zu Landtagswahlen bei Einstimmenwahlrecht

Die Länder mit einem Einstimmenwahlrecht weisen in der Regel die geringsten Anteile an Ungültigwählern auf. In diesen Ländern entfällt die strategische Möglichkeit, mit einer Stimme gültig und einer Stimme ungültig zu wählen. Es ist somit denkbar, dass hier Wahlberechtigte der Wahlurne von vornherein fernbleiben. Beim Vergleich der jeweils letzten Wahl zum Landtag in den Bundesländern, deren Landesparlamente

Auch bei der Bundestagswahl 2005 hatte Rheinland-Pfalz unter den Ländern einen relativ hohen Anteil von Ungültigwählern. Nur die Saarländer wählten mit 2,7% öfter mit ihrer Erststimme ungültig als die Rheinland-Pfälzer (2,4%). Der Anteil der ungültigen Zweitstimmen lag in Rheinland-Pfalz bei 2,1%; häufiger gaben wiederum nur die Saarländer (2,5%) und die Hessen (2,3%) ungültige Zweitstimmen ab.

Vergleichsweise hoher Anteil von Ungültigwählern in Rheinland-Pfalz bei der Bundestagswahl 2005

Anteil der ungültigen Stimmen bei der Europawahl am größten

In allen Ländern – bis auf Bayern und Bremen – war der Anteil der ungültigen Stimmen bei der Europawahl 2004 gegenüber der Bundestagswahl 2005 wesentlich höher. Auch gegenüber den Landtagswahlen wiesen die meisten Länder bei der Europawahl höhere Anteile an ungültigen Stimmen auf. Ausnahmen bildeten Bayern, Brandenburg und Thüringen. Während in Rheinland-Pfalz der Anteil der ungültigen Landes- bzw. Zweitstimmen bei den Landtags- und Bundestagswahlen in den letzten zehn Jahren zwischen 1,5 und 2,5% lag, war der Anteil der ungültigen Stimmen bei der Europawahl 2004 mit 4,5% außerordentlich hoch.

Das von der Landtags- und Bundestagswahl abweichende Einstimmenwahlrecht kann diesen hohen Anteil nicht erklären, denn der Anteil der ungültigen Stimmen lag bei der Europawahl 1999 lediglich bei 2,5%. Wahrscheinlicher ist, dass die Wähler mit ihrer ungültigen Stimme Protest ausdrücken wollten. Im Zeitraum zwischen den beiden Wahlen lag im Jahr 2002 die Einführung des Euro-Bargeldes und im Jahr 2004 die Erweiterung der Europäischen Union von 15 auf 25 Mitgliedstaaten. In einigen anderen Bundesländern lag der Anteil der ungültigen Stimmen bei der Europawahl 2004 sogar noch höher als in Rheinland-Pfalz. Am häufigsten entschieden sich die Wählerinnen und Wähler in Sachsen-Anhalt mit 6,7% für eine ungültige Stimmabgabe.

Fazit

Die Analyse der Stimmzettel hat gezeigt, dass die Abgabe von ungültigen Stimmen in den meisten Fällen bewusst geschieht. Die Wählerinnen und Wähler, die eine oder beide Stimmen ungültig abgeben, sind nicht politisch desinteressiert. Das Gegenteil ist der Fall; sie haben wohl überlegt ihre Stimme ungültig abgegeben und sind nur bereit, denjenigen Wahlkreiskandidaten und diejenige Partei zu wählen, denen sie vertrauen. Insofern stellen sie ein Wählerpotenzial dar, das bei einer anderen Politik gültige Stimmen abgeben wird.

Romy Feldmann, Diplom-Kauffrau, ist Referentin im Referat Analysen und Prognosen, Forschungsdaten.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

ifo Index im Mai rückläufig

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich 7 000 Unternehmen.

Leichte Eintrübung der Stimmung in der deutschen Wirtschaft

Im Mai war der ifo Geschäftsklimaindex erstmals seit November 2005 wieder rückläufig. Der Rückgang fiel allerdings geringer aus, als viele Experten erwartet hatten. Der Indexwert sank nur leicht von 105,9 auf 105,6 Punkte. Nach Einschätzung des ifo Instituts hat sich an den insgesamt positiven Konjunkturaussichten für Deutschland nichts geändert.

Lageeinschätzung besser, Erwartungen schlechter als im April

Die befragten Unternehmen zeigten sich auch im Mai mit ihrer gegenwärtigen Geschäftslage zufrieden. Die Lageeinschätzung verbesserte sich von 106,4 auf 107,3 Punkte. Weiter eingetrübt haben sich dagegen die Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate. Der Erwartungsindex sank von 105,5 auf 104 Punkte. Dies ist allerdings keine Überraschung: Der hohe Ölpreis und der starke Euro verstärken den Wettbewerbsdruck für die deutschen Unternehmen.

Bessere Lageeinschätzung in allen vier Wirtschaftsbereichen

Die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage hat sich in allen vier Wirtschaftsbereichen, in denen Unternehmen befragt werden (Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel), verbessert. Dies spricht für eine gute Konjunktur-entwicklung. Zugleich haben sich aber die Geschäftserwartungen in den vier Bereichen verschlechtert.

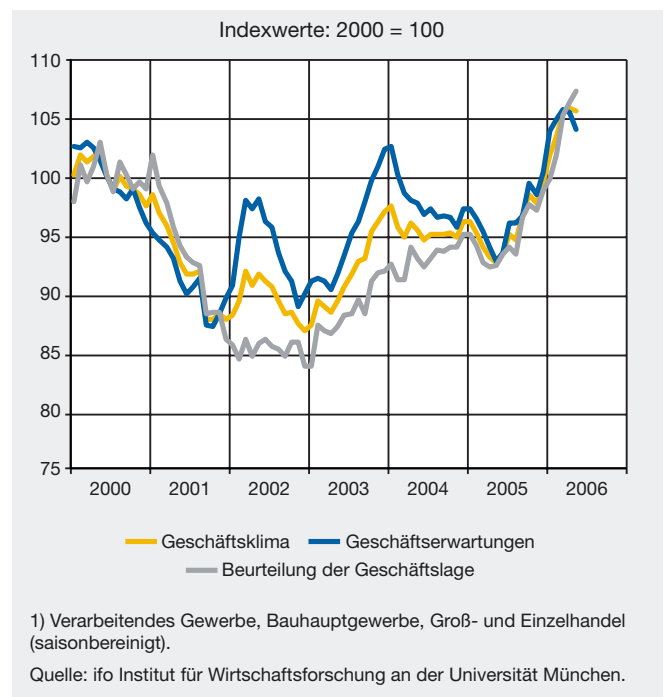
Höhere Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe – starker Anstieg im Baugewerbe

Die Auftragseingänge sind quantitative Frühindikatoren der Konjunktur-entwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Stand:
Mai
2006

ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹⁾



Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes im Februar 2006 gegenüber dem Vorjahr um 10,9% gestiegen

Im rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbe markierte der Anstieg der Auftragseingänge gegenüber dem Vorjahr im Februar 2006 den höchsten Monatswert, der in den letzten Jahren beobachtet wurde. Nachdem bereits in den letzten drei Monaten hohe Steigerungsraten von über 9% registriert worden waren (9,1 bzw. 9,7% im November und Dezember 2005 sowie 9,3% im Januar 2006), belief sich der preisbereinigte Zuwachs im Februar 2006 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat auf 10,9%.

Deutliche Steigerung der Auftragseingänge sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland

Die Auftragsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe wurde im Februar 2006 erneut von Zuwächsen sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland getragen. Wie schon zum Jahreswechsel im Dezember 2005 und Januar 2006 stieg die heimische Nachfrage im Drei-Monats-Durchschnitt auch im Februar stärker als die Auslandsnachfrage. Bei den Bestellungen aus dem Inland wurde gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat ein Plus von 12,7% registriert. Die Bestellungen aus dem Ausland erhöhten sich im Februar um 9,5%. Im Januar hatte der Zuwachs an Aufträgen aus dem Inland bei 11,7% und an Auslandsaufträgen bei 7,1% gelegen.

Steigende Auftragseingänge aus dem In- und Ausland in der chemischen Industrie

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 32%) erhöhten sich im Februar 2006 die Auftragseingänge lediglich um 6,3% gegenüber dem Februar des Vorjahres. Damit lag der Zuwachs auf dem niedrigsten Stand seit April 2004. Im Januar 2006 war bei den Auftragseingängen in der chemischen Industrie noch ein Plus von 9,9% zu verzeichnen, nach 10,4% im Dezember. Während die Bestellungen aus dem Inland nur wenig schwächer zunahmen als im Vormonat, bestimmte die deutlich geringere Steigerung bei den Auslandsaufträgen die Gesamtentwicklung

in dieser Branche. Die Inlandsnachfrage erhöhte sich im Februar um 8,5%, nach 8,9% im Januar. Die Zuwachsrate bei den Aufträgen aus dem Ausland erreichte im Februar nur 5,2%, nach 10,3% im Vormonat.

Der Fahrzeugbau, der etwa 16% zum Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes beisteuert, verbuchte im Februar 2006 dagegen ein stärkeres Auftragsplus. Die Bestellungen nahmen gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat real um 10,6% zu. Zuvor hatte es im Januar mit +6,3% einen niedrigeren Zuwachs gegeben. Der Anstieg ist allein auf die Inlandsaufträge zurückzuführen. Die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten aus der heimischen Produktion stieg im Vergleich zum Vorjahresmonat um 29,5%. Im Januar hatte der Zuwachs sogar noch bei 36,7% gelegen. Dagegen sind die Auftragseingänge aus dem Ausland weiter rückläufig; im Vorjahresvergleich sanken sie im Februar 2006 allerdings lediglich um 1,2%, nach einem deutlichen Minus von 12,1% im Vormonat.

Bestellungen aus dem Inland füllten die Auftragsbücher im Fahrzeugbau

In der Metallerzeugung und -verarbeitung (Umsatzanteil im verarbeitenden Gewerbe: 11%) stiegen die Auftragseingänge im Februar 2006 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 11,8%; der Zuwachs lag damit weiterhin im zweistelligen Bereich. Zwar kam die Zuwachsrate nicht ganz an die 12,3% vom Dezember 2005 heran; sie war aber wieder höher als im Januar. Bei den Inlandsbestellungen kam es im Februar 2006 zu einem Auftragsplus von 9,1%, nach 5,8% im Vormonat. Gleichzeitig stiegen die Auslandsaufträge im Vorjahresvergleich mit +15,4% etwas schwächer als im Januar (+16,7%). Im Jahr 2005 hatten die Steigerungsraten von Oktober bis Dezember sogar jeweils über 20% betragen.

Nachfragesteigerung in der Metallerzeugung und -verarbeitung weiterhin im zweistelligen Bereich

Auftragseingänge im Maschinenbau vor allem wegen des Auslandsgeschäfts deutlich im Plus

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 9%) stieg die Nachfrage im Februar 2006 im Vorjahresvergleich um 20,8%. Nachdem es bereits seit September 2005 zweistellige Zuwachsraten gegeben hatte, war dies das mit deutlichem Abstand höchste Auftragsplus der letzten Jahre. Zuvor hatte der Anstieg von 14,9% im Januar 2006 diesen Spitzenplatz inne. Die Inlandsaufträge nahmen im Februar gegenüber dem Vorjahresmonat um 8,8% zu, nach 4,3% im Januar. Die Auftragszahlen aus dem Ausland haben im Vorjahresvergleich – nach den deutlichen Zuwächsen von Oktober 2005 bis Januar 2006 – noch einmal angezogen. Im Februar wurde hier ein Plus von 28,2% erreicht.

Stark steigende Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

Im Bauhauptgewerbe ist der Drei-Monats-Durchschnitt des Auftragseingangs im Februar 2006 gegenüber dem Vorjahresmonat um 21,3% gestiegen. Der Zuwachs fiel zwar geringer aus als noch im Januar mit +24,9%, lag aber nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau. Der gleitende Durchschnittswert wird allerdings – wie bereits im Vormonat – durch einige Großaufträge im Berichtsmonat Februar geprägt. Inwieweit sich die positive Entwicklung der letzten Monate – seit August 2005 gab es im Bauhauptgewerbe Auftragssteigerungen gegenüber dem Vorjahr – fortsetzt, muss sich daher in den nächsten Monaten noch zeigen.

Weiterhin deutliche Zunahme bei den Baugenehmigungen

Die Entwicklung bei den Baugenehmigungen im Wohnungsbau wurde zum Jahreswechsel 2005/2006 durch die Abschaffung der Eigenheimzulage offensichtlich stark beeinflusst, die vor Jahresende die Zahl der Bauanträge nochmals anschwellen ließ. Der deutliche Anstieg der Genehmigungen im Dezember 2005 (+42%) und Januar 2006 (+46,5%) wurde im Februar mit einer Steigerung um 50,4% gegenüber dem Vorjahresmonat noch einmal übertroffen.

Leichte Umsatzsteigerung im Einzelhandel – Einbußen im Großhandel und im Gastgewerbe

Die Handelsumsätze – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

Die Einzelhandelsumsätze weisen seit April vergangenen Jahres reale Zuwächse zwischen 0,5% im November und 2,2% im September auf. Im Februar 2006 zeigte sich ein Plus von 0,7% gegenüber dem Vorjahresmonat. Damit war die Zunahme etwas geringer als in den beiden Vormonaten. Im Dezember 2005 und Januar 2006 war es noch zu Umsatzsteigerungen von 1% bzw. 0,9% gekommen. Allerdings wurde die positive Entwicklung des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts ausschließlich von der deutlichen Umsatzsteigerung im Berichtsmonat Januar bestimmt. In den Berichtsmonaten Februar und März zeigten sich dagegen leichte Umsatzrückgänge im Vorjahresvergleich.

Zuwächse im Einzelhandel

Im Großhandel sanken die realen Umsätze im Februar 2006 mit –0,3% nicht mehr so stark wie in den vier Vormonaten. Von Oktober bis Januar hatten die Rückgänge noch zwischen 1,9 und 2,7% gelegen. In den Monaten zuvor war es nur zu geringfügigen Umsatzveränderungen gekommen.

Umsatzrückgang im Großhandel

Im Gastgewerbe ist der Abwärtstrend ungebrochen. Die Umsätze in Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. verringerten sich im Februar 2006 gegenüber dem Februar des Vorjahres real um 3,8%. Der Rückgang war damit wieder stärker als im Januar (–2,8%) und lag auch noch über dem Umsatzverlust vom Dezember 2005 (–3,7%). Mitte vergan-

Anhaltender Abwärtstrend im Gastgewerbe

genen Jahres waren die Umsätze im Gastgewerbe noch schwächer gesunken und im August sogar leicht gestiegen.

Verbraucherpreisindex im Mai 1,8% höher als vor einem Jahr

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungskennzeichen, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex erreichte im Mai 2006 einen Wert von 109,9. Im Vergleich zum Vormonat stieg er um 0,2 Prozentpunkte. Gegenüber dem Mai des Vorjahres hat sich der Verbraucherpreisindex um 1,8% erhöht. Damit ist die Teuerungsrate im Jahresvergleich genauso hoch wie im Mai 2005. In den Monaten seither wurde die 2%-Marke zweimal erreicht und achtmal übertroffen. Lediglich im März 2006 war der Preisanstieg mit +1,7% etwas geringer ausgefallen. Im Bereich „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ zogen die Preise gegenüber Mai 2005 um 4,2% an. Weitere überproportionale Steigerungen gab es vor allem in den Bereichen „Verkehr“ (+4%) sowie „Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe“ (+3,4%). Ohne die Verteuerung der Haushaltsenergie wäre der Verbraucherpreisindex binnen Jahresfrist lediglich um 1% gestiegen. Rückläufige Preise im Jahresvergleich waren dagegen für „Bekleidung und Schuhe“ mit –0,7%, im Bereich „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ mit –2% sowie insbesondere im Bereich „Nachrichtenübermittlung“ mit –3,3% zu verzeichnen.

Starker Rückgang der Arbeitslosigkeit im Mai

Die Zahl der Arbeitslosen ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt,

dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in Rheinland-Pfalz auch als Folge einer verspäteten Frühjahrsbelebung weiter deutlich verringert. Mitte Mai waren im Land rund 163 800 Frauen und Männer ohne Arbeit. Das waren knapp 9 800 oder 5,6% weniger als im April. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat sank die Zahl der Arbeitslosen um fast 15 100 Personen oder 8,4%.

Die Arbeitslosenquote, die den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen angibt, belief sich im Mai 2006 auf 8% und ist damit im Vergleich zum April um 0,6 Prozentpunkte gesunken. Vor einem Jahr hatte die Quote bei 8,9% gelegen.

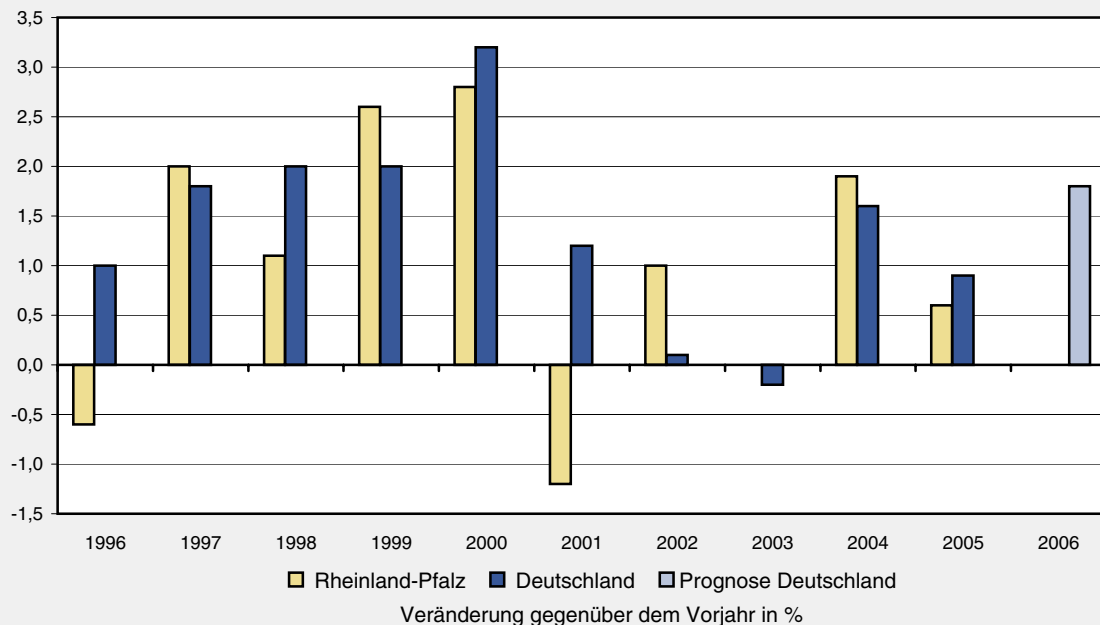
Diese erfreuliche Entwicklung am Arbeitsmarkt ist aber nicht mehr nur auf jahreszeitlich bedingte Einflüsse zurückzuführen, sondern liegt nach Einschätzung der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit auch darin begründet, dass viele Unternehmen wieder zu Einstellungen bereit sind. Allerdings profitierten von der positiven Entwicklung in erster Linie die Kurzarbeitslosen, deren Zahl gegenüber Mai 2005 um 8 600 sank. Die berufliche Integration der Langzeitarbeitslosen bleibt dagegen nach wie vor schwierig. Besonders kräftig war mit –17,3% der Rückgang bei den unter 25-jährigen Arbeitslosen, während in der Altersgruppe der 55-Jährigen und Älteren die Veränderung gegenüber dem Vorjahr mit –3,6% deutlich niedriger ausfiel.

Zahl der Arbeitslosen im Mai deutlich gesunken

Vor allem Kurzarbeitslose profitierten von positiver Entwicklung am Arbeitsmarkt

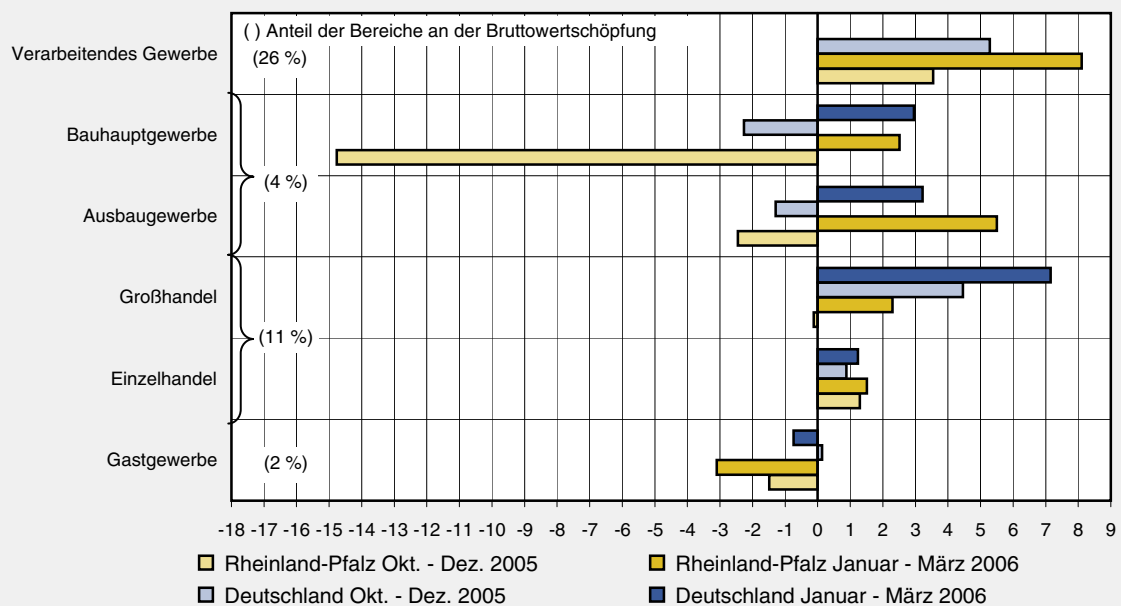
Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Prognosen, Forschungsdaten; Thomas Kirsche, Diplom-Volkswirt, ist in diesem Bereich als Referent tätig.

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹⁾ (Berechnungsstand: März 2006)



1) Nächster Fortschreibungstermin für das 1. Halbjahr 2006 im September 2006. - Quelle Prognosewert 2006: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.; Gemeinschaftsdiagnose vom April 2006.

Umsatz (nominal) nach ausgewählten Bereichen in Rheinland-Pfalz und Deutschland

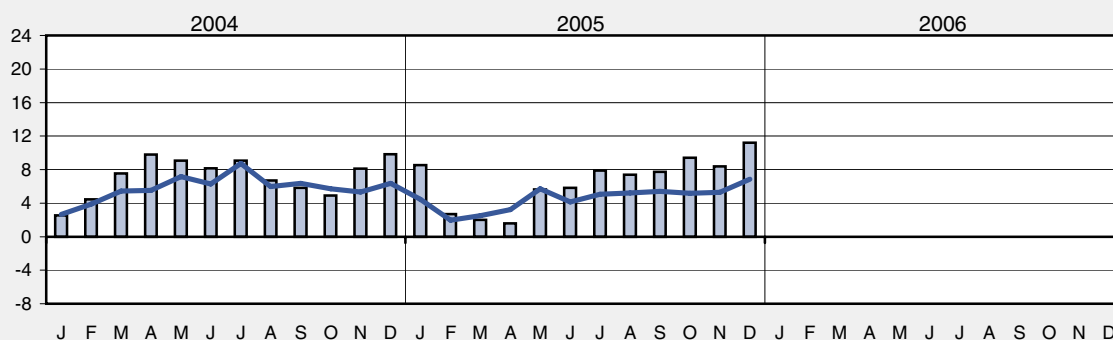


1) Ausbaugewerbe: Quartale.; - Deutschland: Verarbeitendes Gewerbe Jan - März 2006 liegt noch nicht vor.

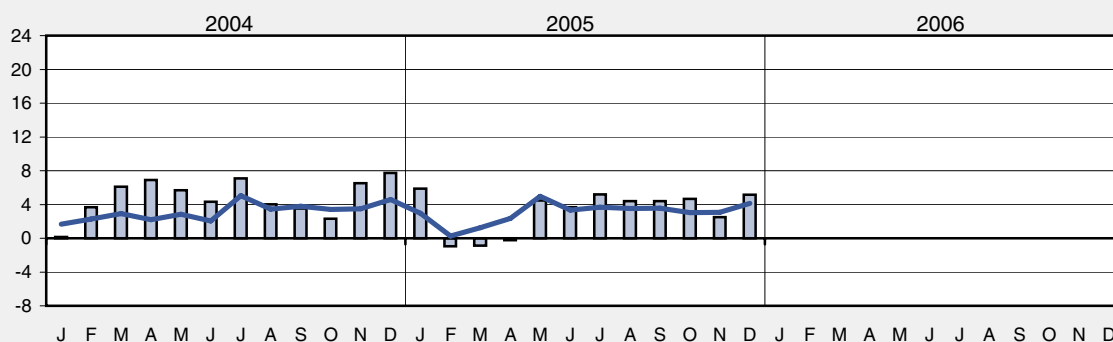
Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

Deutschland

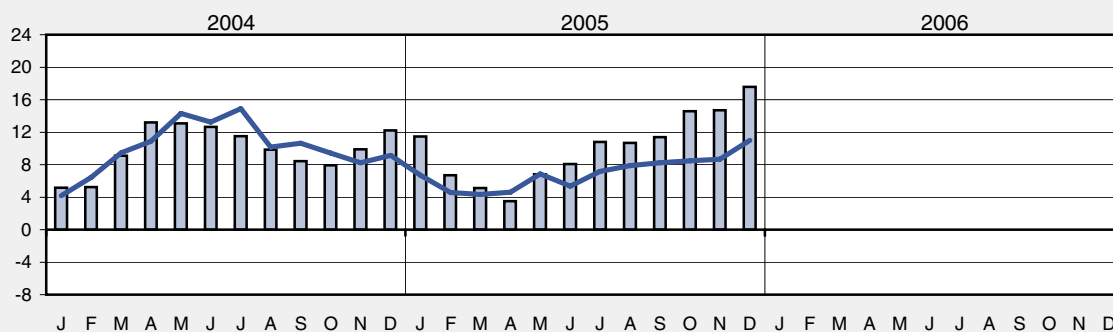
Insgesamt



Inland



Ausland



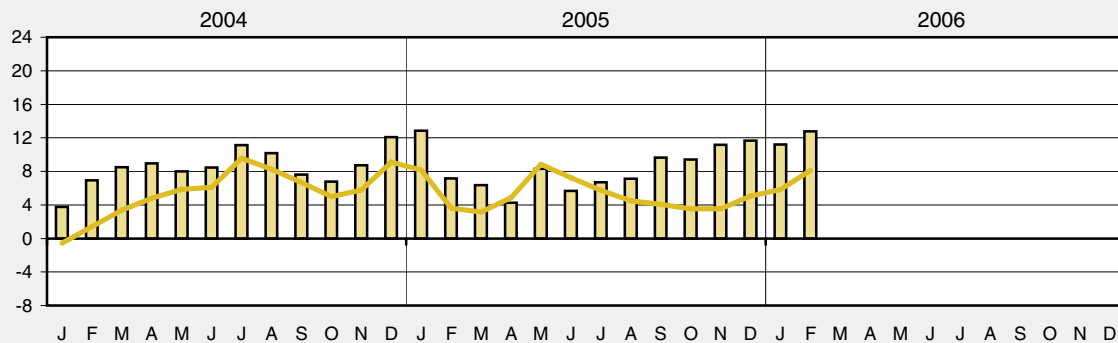
■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

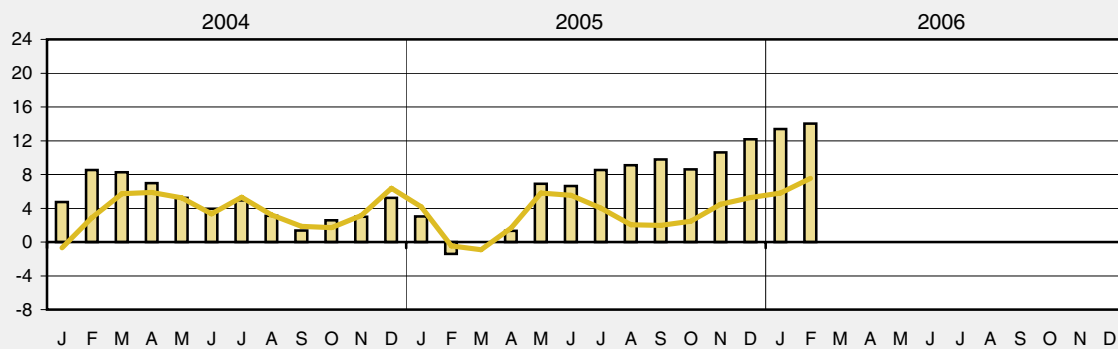
Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

Rheinland-Pfalz

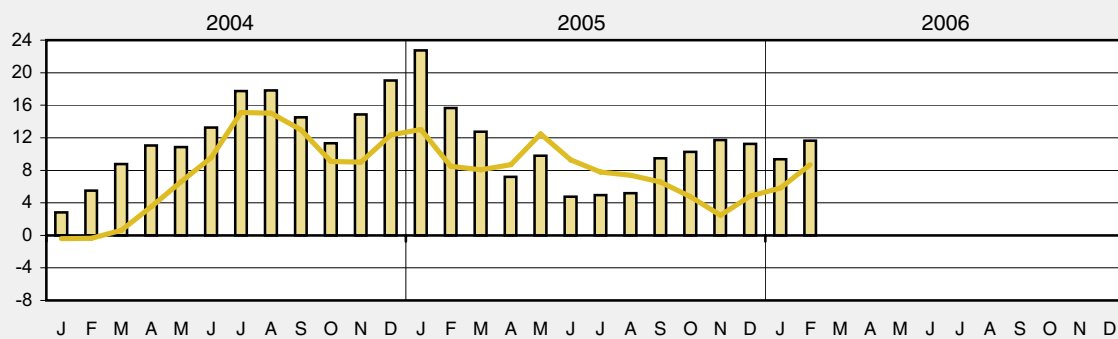
Insgesamt



Inland



Ausland

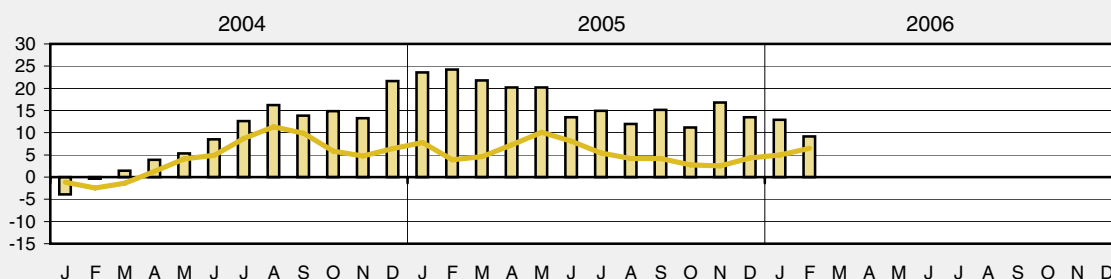


■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

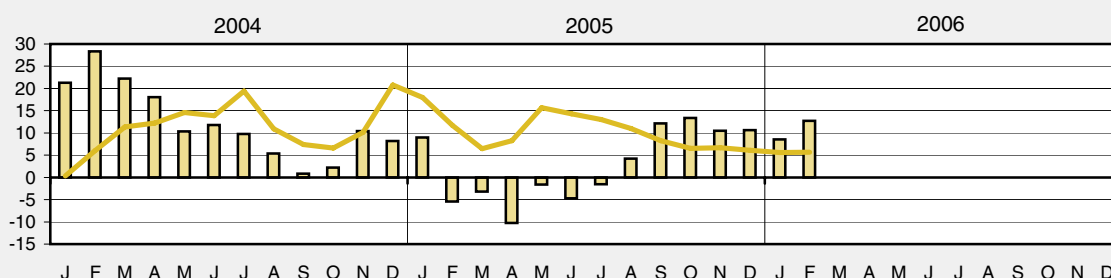
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

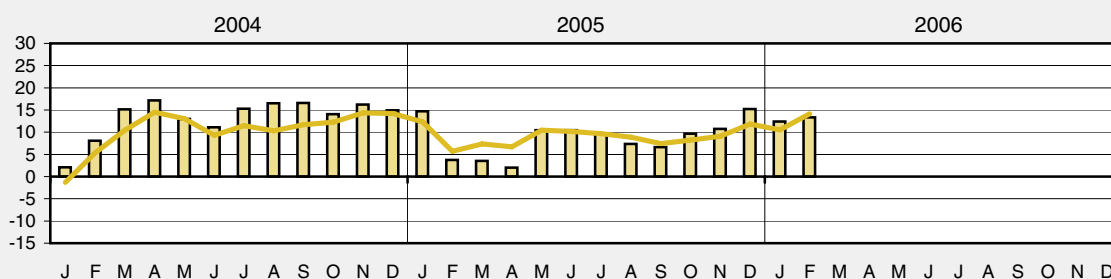
Chemische Erzeugnisse (Anteil am Gesamtumsatz 2005: 32%)



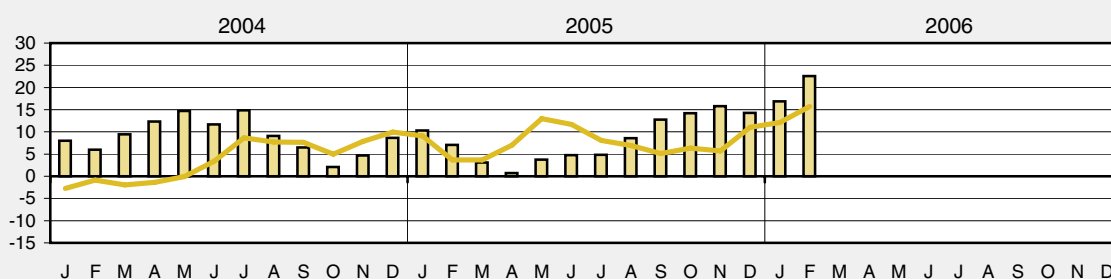
Fahrzeugbau (Anteil am Gesamtumsatz 2005: 16%)



Metallerzeugung und -verarbeitung (Anteil am Gesamtumsatz 2005: 11%)



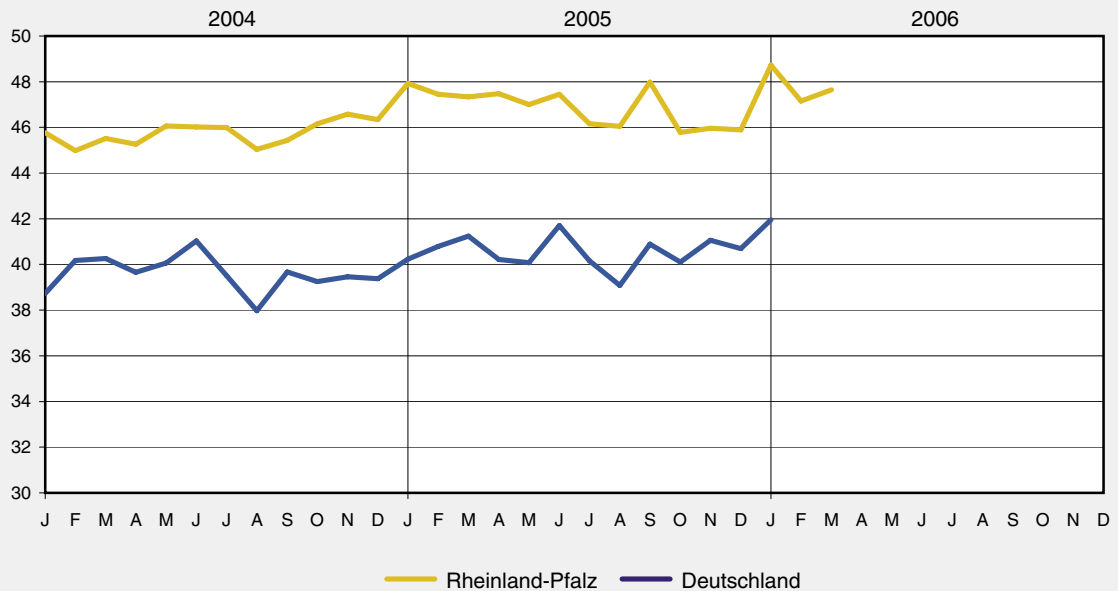
Maschinenbau (Anteil am Gesamtumsatz 2005: 9%)



Auftragseingang Gesamtumsatz

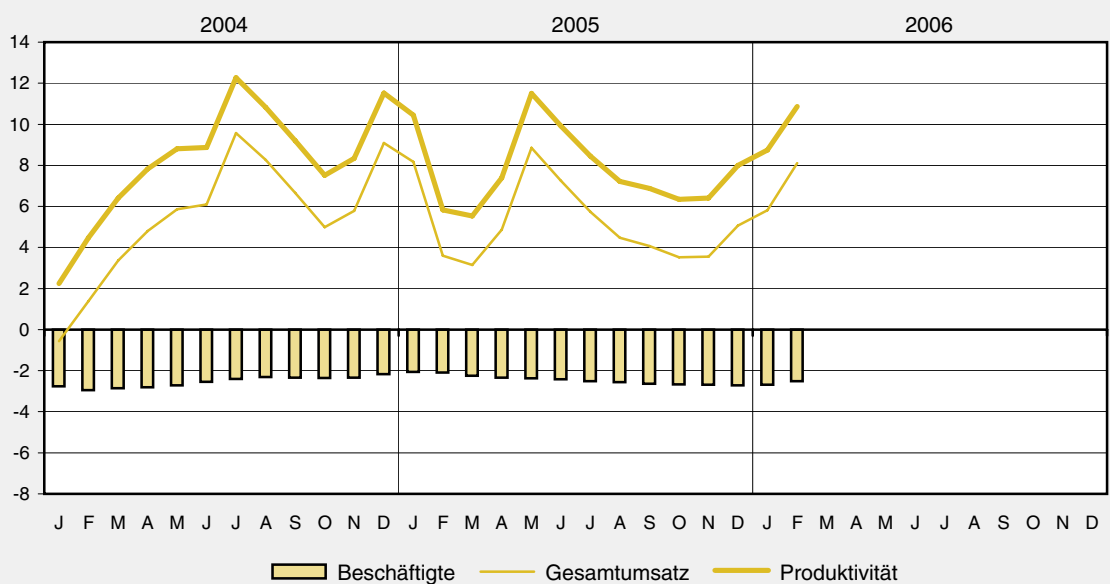
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Exportquote: Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %.

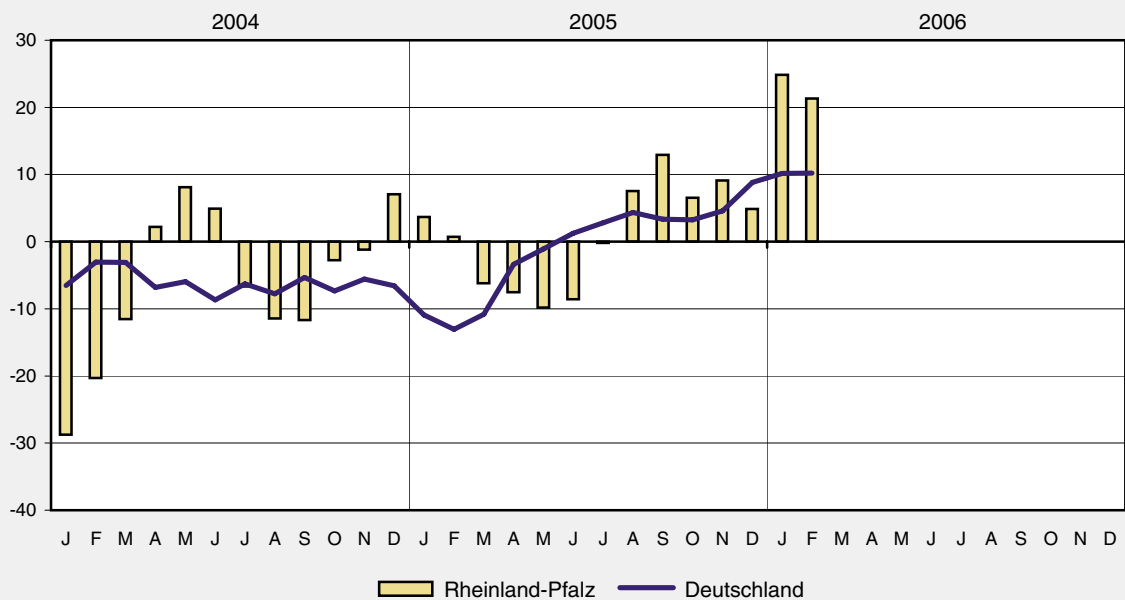
Beschäftigte, Umsatz und Produktivität im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

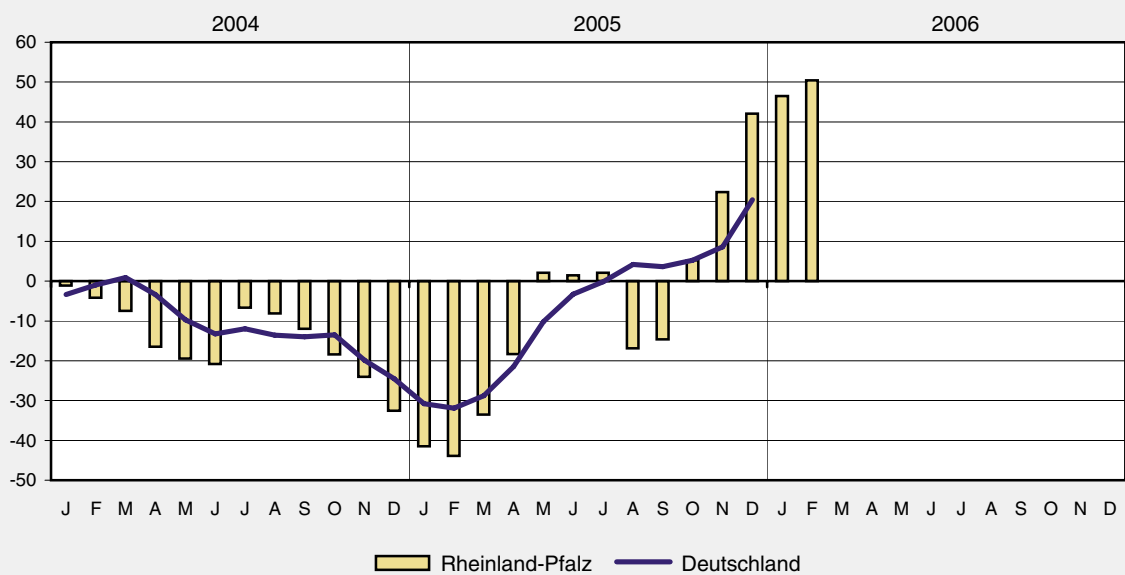
Produktivität: Umsatz je Beschäftigten.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



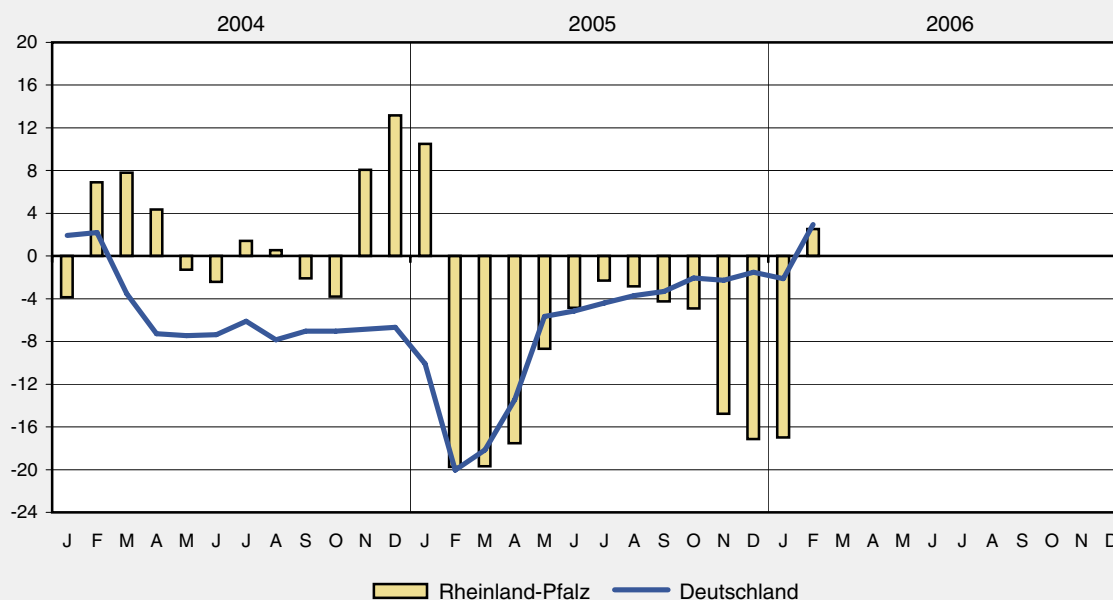
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugenehmigungen Wohnungen in neuerrichteten Wohngebäuden in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

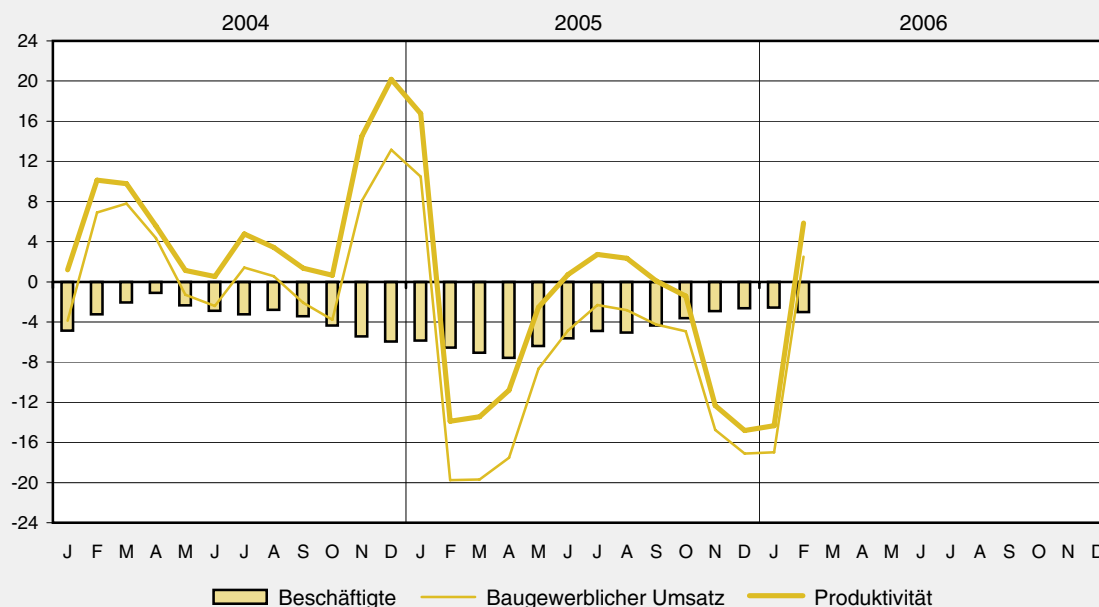
Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugewerblicher Umsatz: Ohne Umsätze aus sonstigen Leistungen.

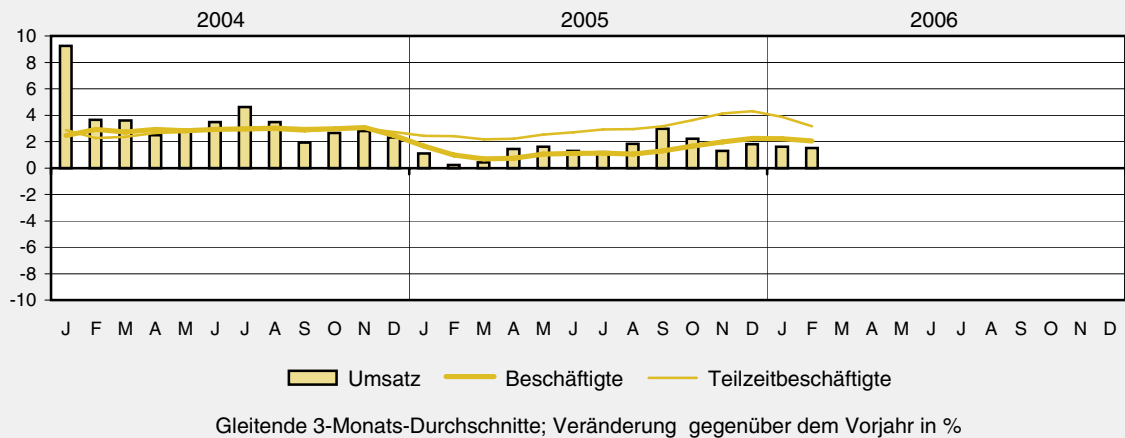
Beschäftigte, baugewerblicher Umsatz und Produktivität im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz



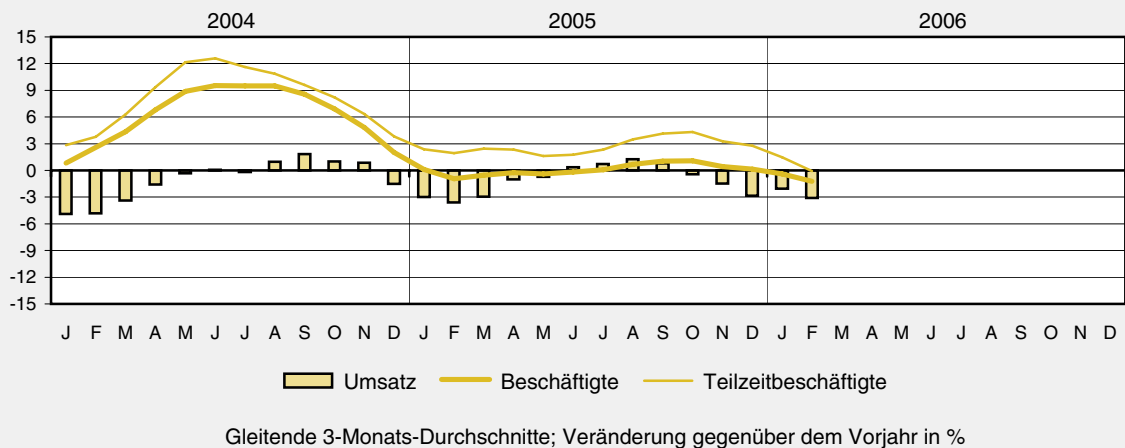
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Produktivität: Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten.

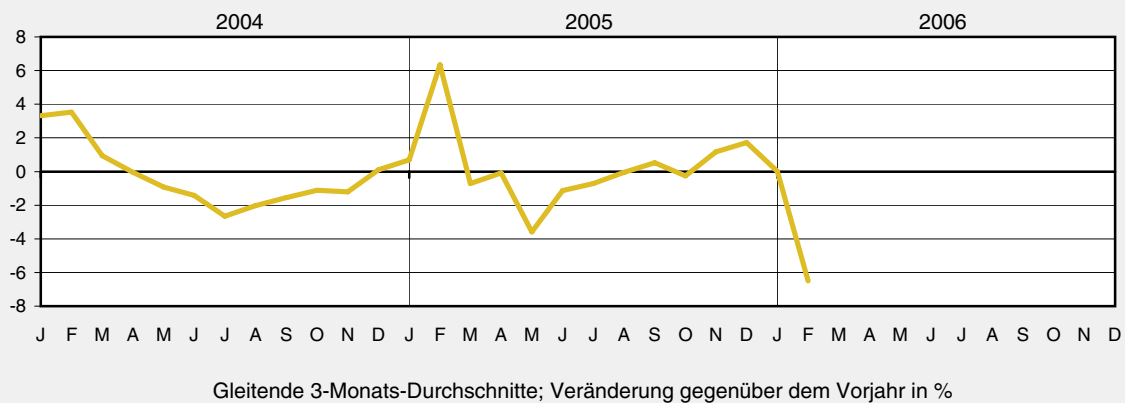
Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Einzelhandel (2003=100) in Rheinland-Pfalz



Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Gastgewerbe (2003=100) in Rheinland-Pfalz



Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz

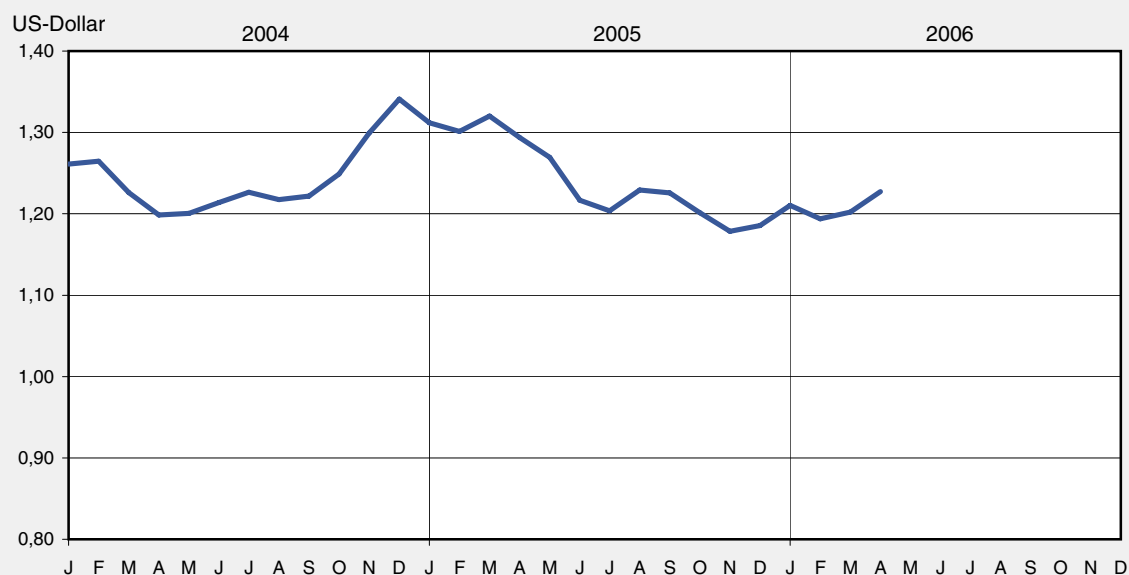


Außenhandel (nominal) in Rheinland-Pfalz
(Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland)



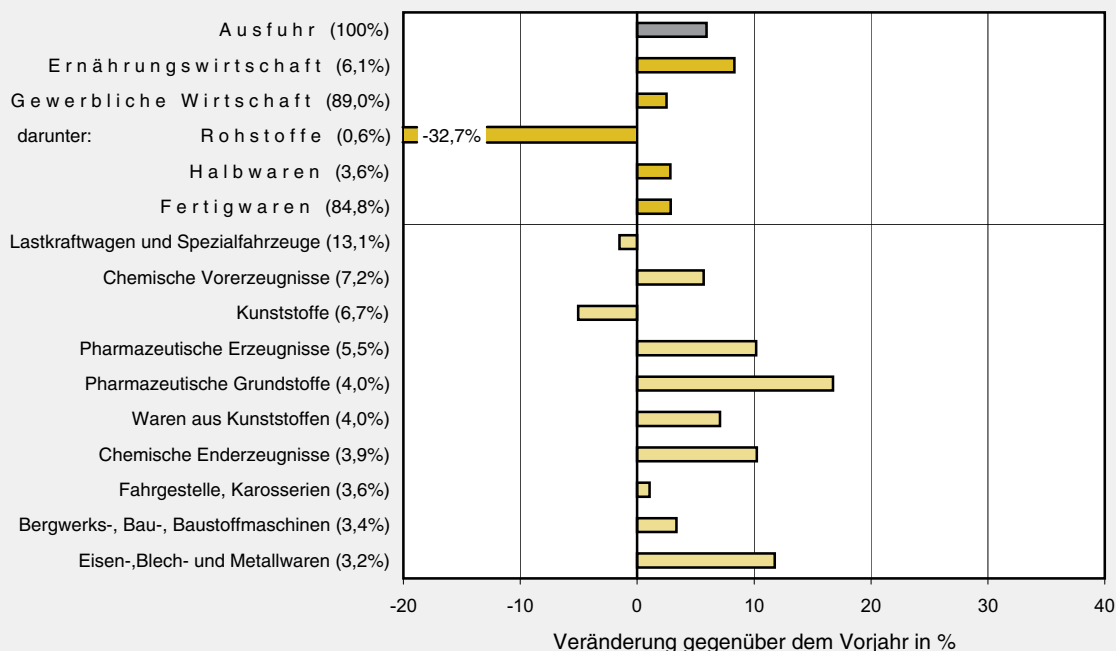
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank
1 EUR = ... US-Dollar
(Monatsdurchschnitt)

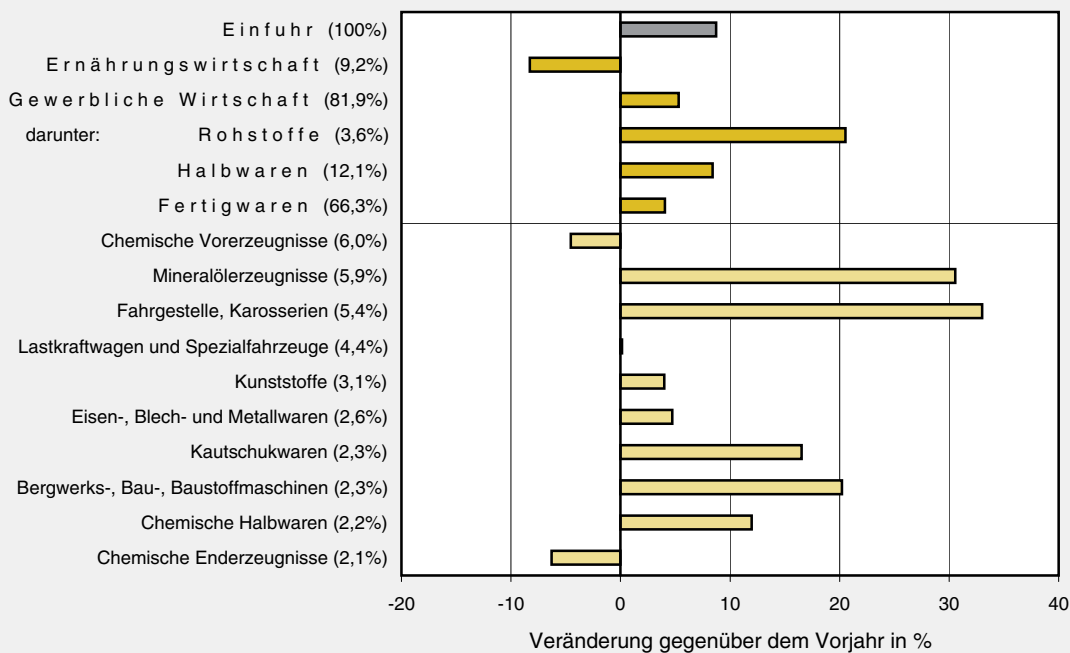


Quelle: Europäische Zentralbank.

Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Warengruppen¹⁾
(März 2005 - Februar 2006)

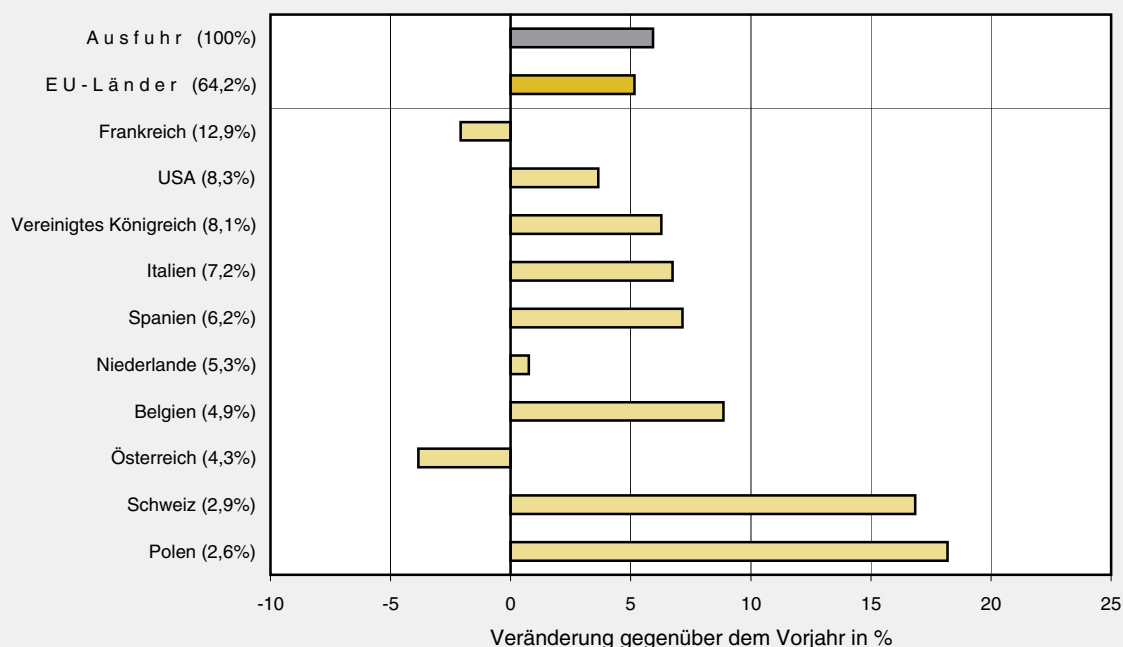


Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Warengruppen¹⁾
(März 2005 - Februar 2006)

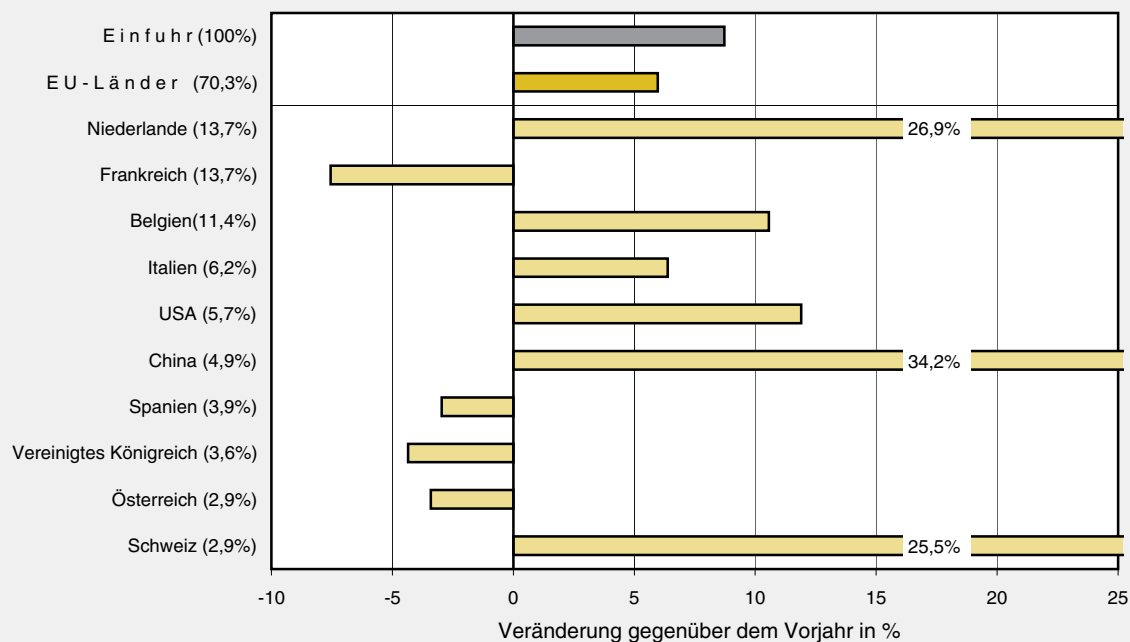


1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Warenuntergruppen erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2005.

Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Bestimmungsländer¹⁾
(März 2005 - Februar 2006)

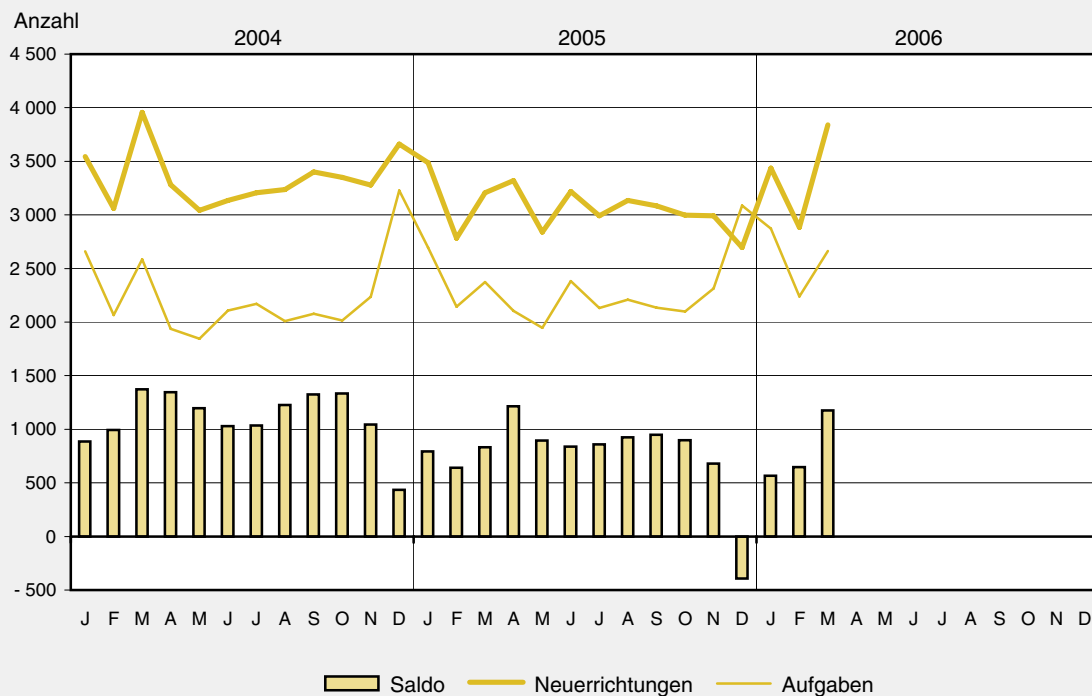


Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Herkunftsländer¹⁾
(März 2005 - Februar 2006)

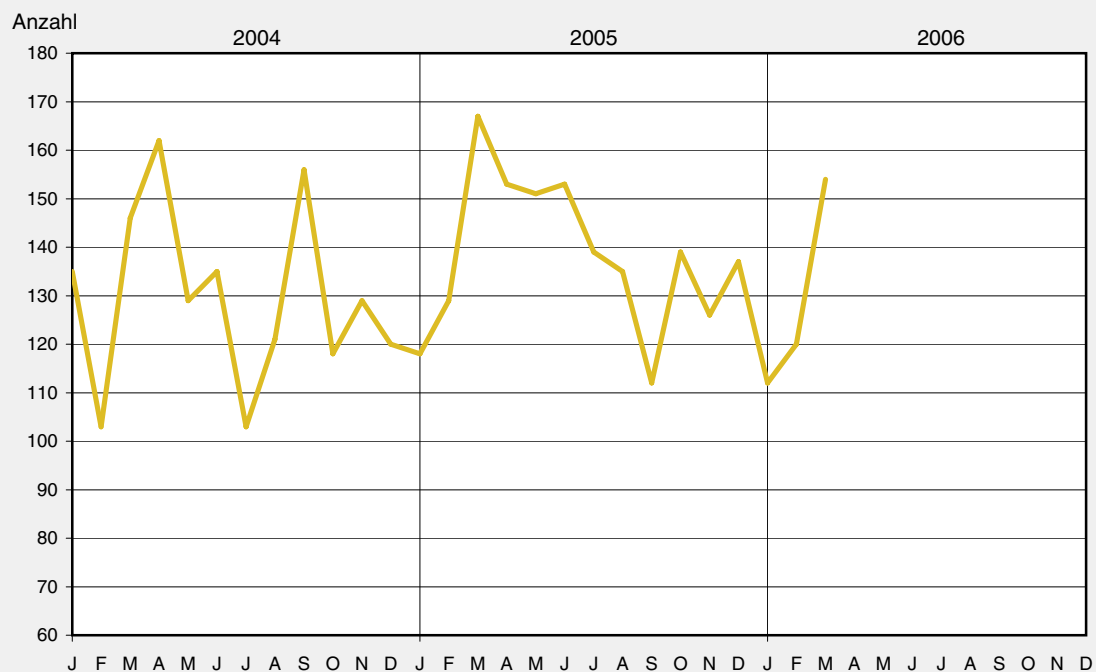


1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Länder erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2005.

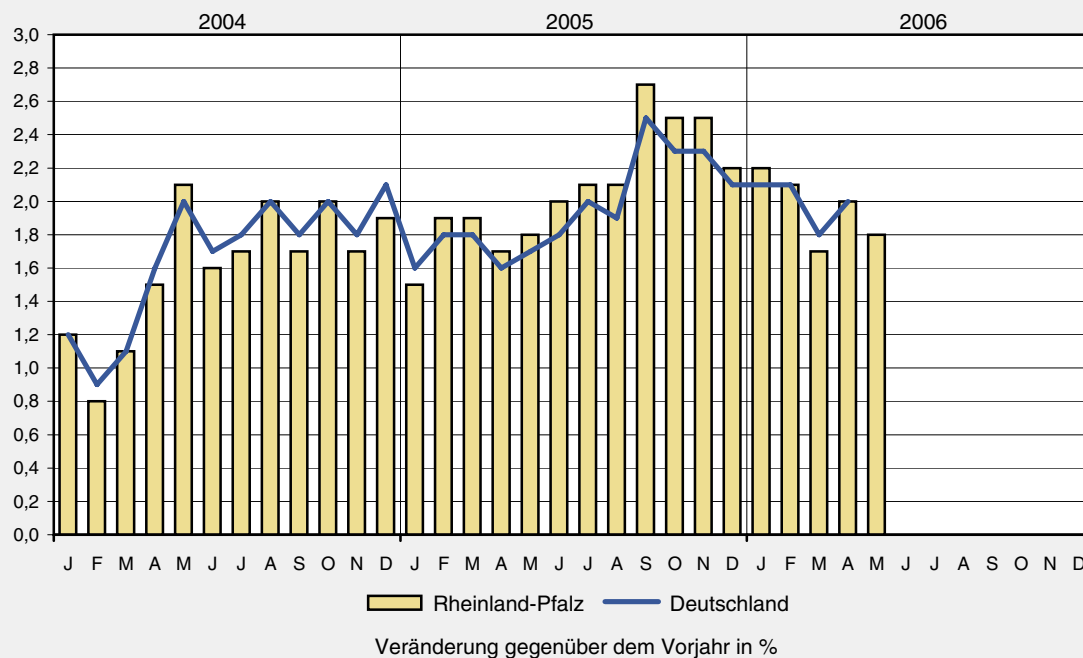
Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz



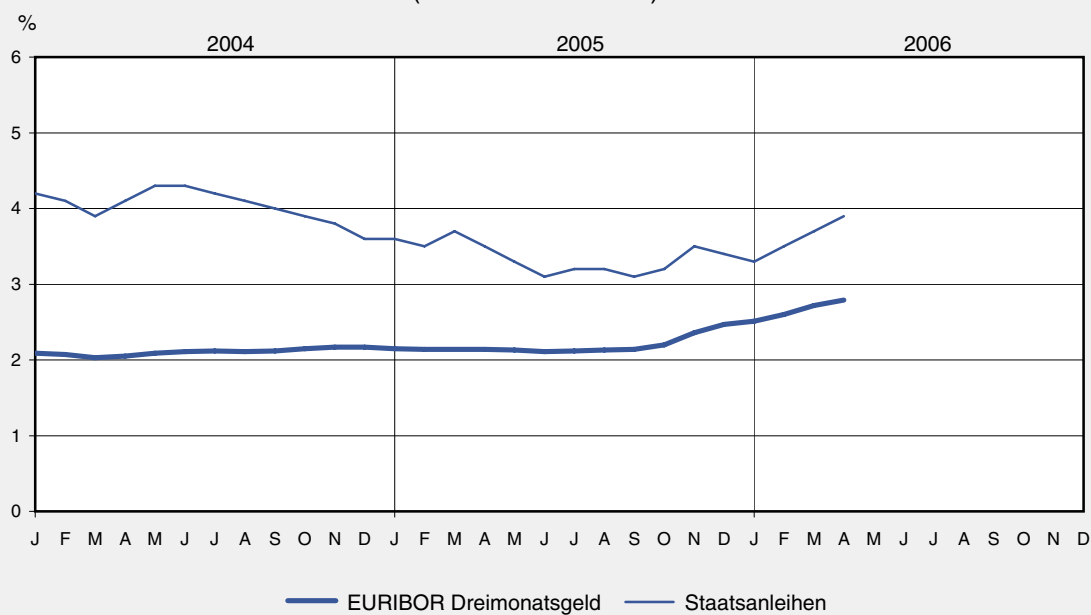
Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz



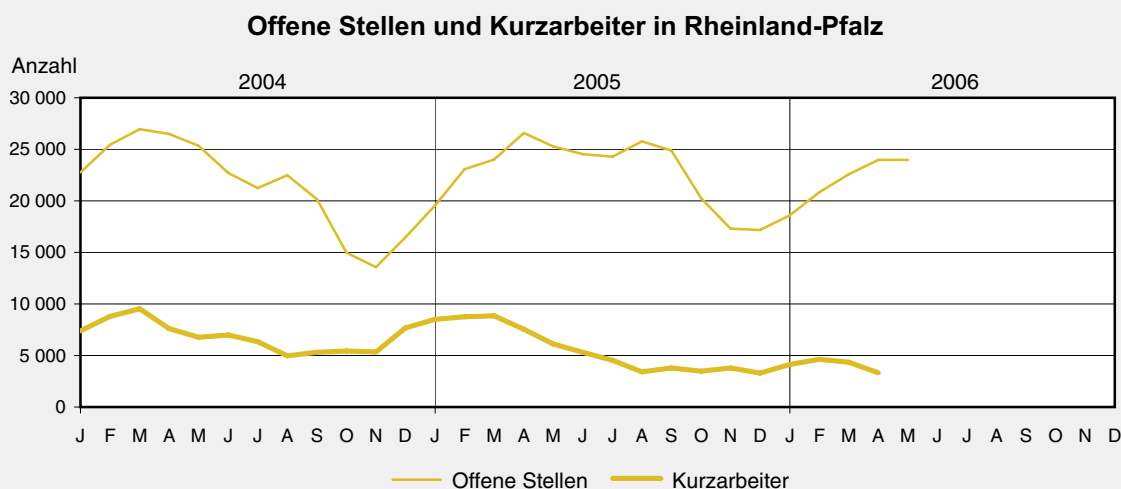
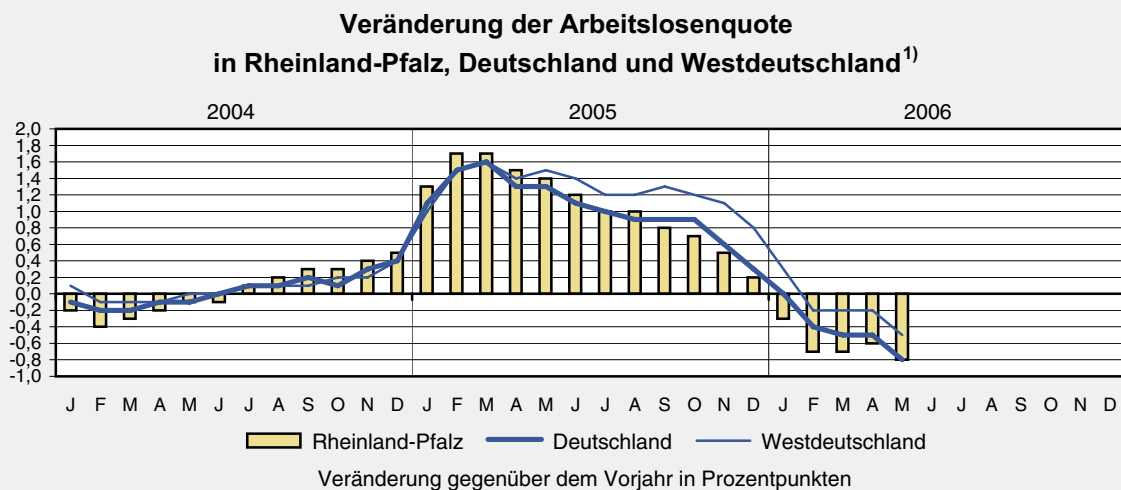
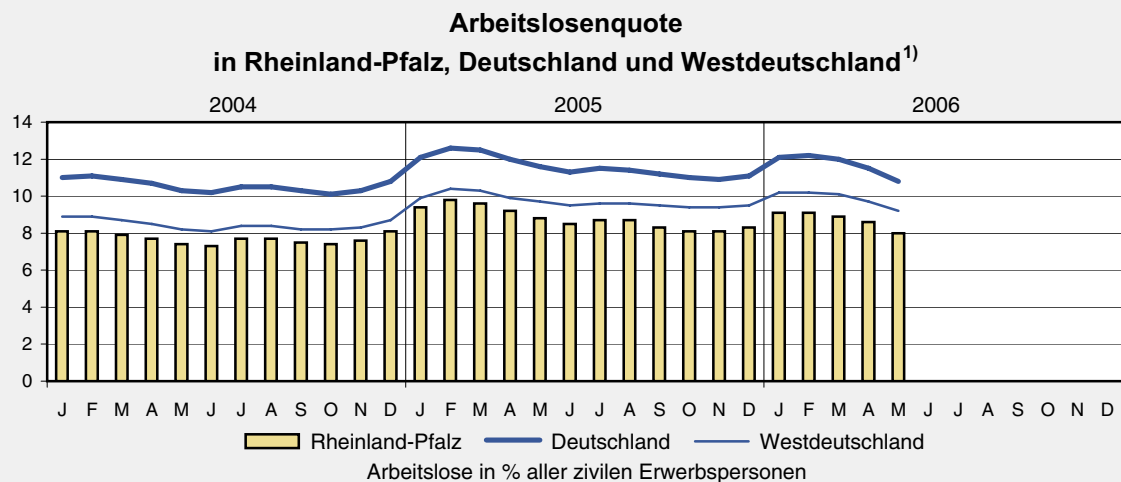
Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Geldmarktsätze EURIBOR Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit (Monatsdurchschnitt)

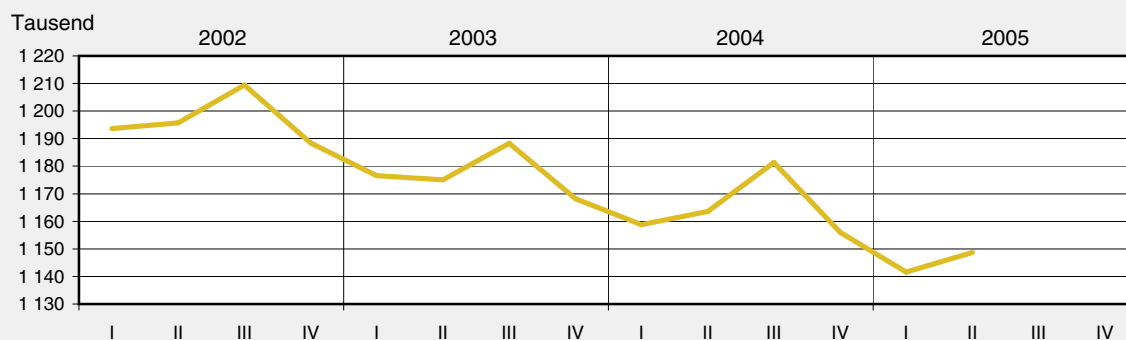


Quelle: Deutsche Bundesbank.

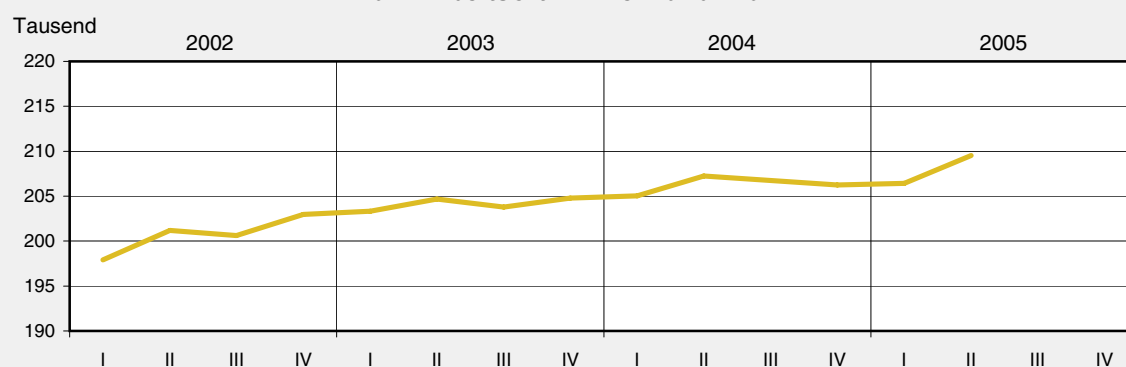


1) Vergleiche mit den Vorjahreszeiträumen sind wegen gesetzlicher Änderungen nur eingeschränkt möglich.

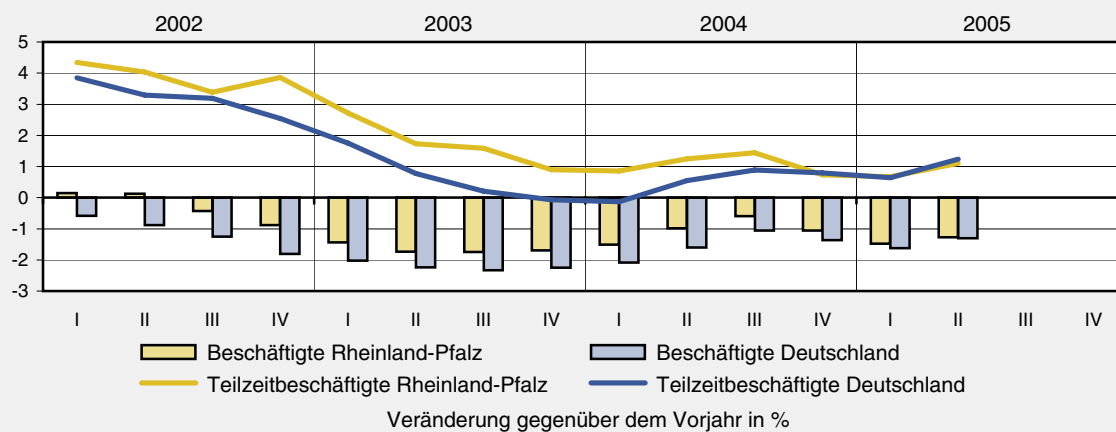
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz



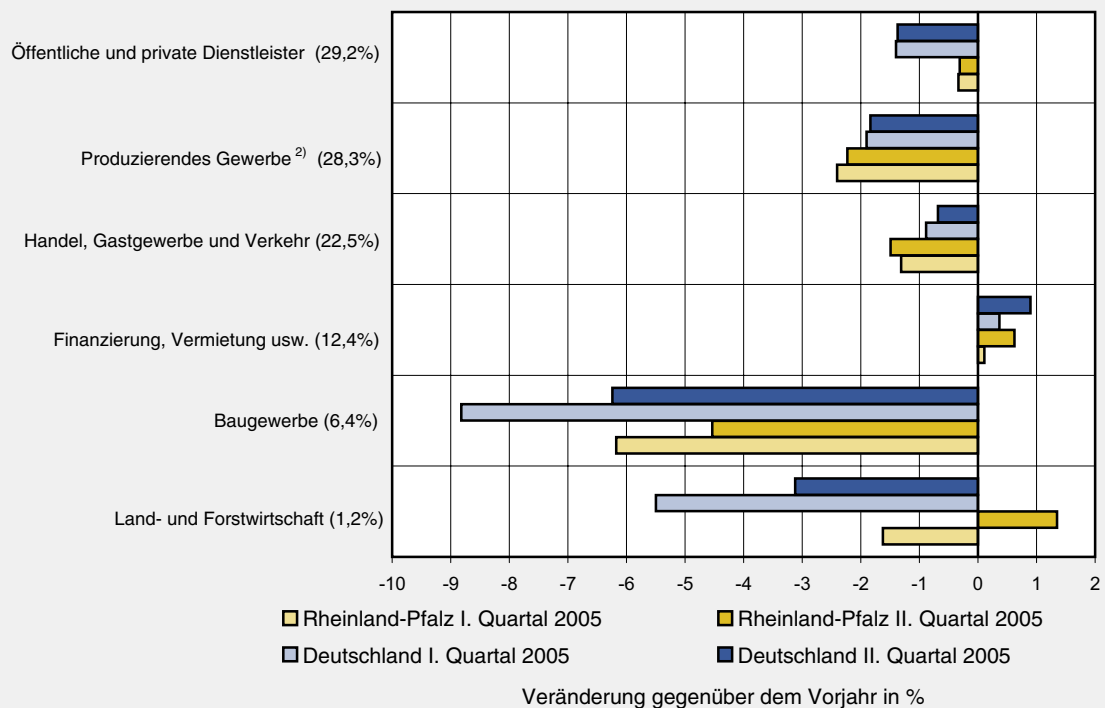
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort (Veränderungsraten)



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾



1) Die Abstufung der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2005. - 2) Ohne Baugewerbe.

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 31. Mai 2006.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den abhängigen Erwerbspersonen oder alternativ allen zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials und damit für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Volkswirtschaft.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang versteht man alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird in einem Wertindex (zu jeweiligen Preisen) auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. 2000 = 100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerber, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten, wie z. B. deutsche Freihäfen, einschließlich Umsatz aus Nachunternehmertätigkeit und Vergabe von Teilleistungen an Nachunternehmer.

Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten (einschließlich Fertigteilbauten) errichten, Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in erster Linie ein Produktionsindikator.

Bruttoinlandsprodukt

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter), die Selbständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

Erwerbspersonen

Die EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

EURIBOR

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Euro-Referenzkurs

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenum-

Exportquote

satz gesetzt. Sie ist ein Indikator für den Exporterfolg, aber auch für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Zu den (Gewerbe-)Aufgaben zählen die Abmeldungen von Gewerbebetrieben wegen Aufgabe von Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen bzw. unselbständigen Zweigstellen.

Bei den (Gewerbe-)Neuerrichtungen handelt es sich um erstmalige Anmeldungen von Gewerbebetrieben als Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen oder unselbständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklima-Index ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Aus diesen Meldungen wird ein Index berechnet. Bei einer durchschnittlichen neutralen Einschätzung des Geschäftsklimas nimmt dieser „Stimmungsindex“ den Wert 100 an, bei einer schlechteren Einschätzung Werte darunter und bei einer besseren Einschätzung Werte darüber.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für namentlich nicht benannte Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Aus den Ergebnissen des Monatsberichts im verarbeitenden Gewerbe bzw. im Bauhauptgewerbe lassen sich hilfsweise allgemeine Aussagen über die Produktivität ableiten, indem etwa der Umsatz in Bezug zu den Beschäftigten gesetzt wird. Bei der Ermittlung einer solchen Produktivitätskennziffer lässt sich somit keine rein mengenmäßige Relation darstellen.

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit ökonomischer Aktivitäten und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Grundsätzlich liegt Teilzeitbeschäftigung vor, wenn die Arbeitszeit weniger als 18 Stunden beträgt. Eine Teilzeitbeschäftigung kann aber auch bei einer Beschäftigung von 18 Stunden und mehr vorliegen, soweit es sich um keine Vollbeschäftigung handelt.

Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerechneten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer) einschließlich der steu-

erfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Einzubeziehende sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen.

Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

Unternehmensinsolvenzen

Als Insolvenz wird die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eines Schuldners bezeichnet, wobei ein Gericht um Regelung zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger bemüht wird.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex (früher: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex ist ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.



Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



7	1.210.261	19.517.898	3.697.000
37	1.279.036	20.053.663	3.771.194
47	1.355.127	21.034.439	3.991.804
81	1.474.661	22.438.521	4.397.829
	1.589.099	21.687.249	4.092.465

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2003	2004		2005				2006	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 059 ¹⁾	4 061 ¹⁾	4 061	4 061	4 060	4 060	4 060
darunter Ausländer ²⁾	1 000	313 ¹⁾	312 ¹⁾	318	312	312	318	318
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾										
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 677	1 753	1 197	2 818	556	1 385	1 184
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 840	2 785	2 634	2 731	2 109	2 671	2 659
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,4	8,2	7,9	7,9	6,1	7,7	8,0
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 661	3 464	3 339	3 710	3 496	3 236	3 456
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,8	10,2	10,0	10,8	10,1	9,4	10,4
* darunter im 1. Lebensjahr										
Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	14	12	9	10	10	9	18
je 1 000 Lebendgeborene ⁷⁾	Anzahl	4,9	4,1	3,7	3,5	4,7	3,4	6,8
* Überschuss der Geborenen (+)										
bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 821	- 679	- 705	- 979	- 1 387	- 565	- 797
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,4	- 2,0	- 2,1	- 2,8	- 4,0	- 1,6	- 2,4
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 406	8 107	8 209	7 670	7 124	9 243	7 932
* darunter aus dem Ausland ⁸⁾	Anzahl	2 346	2 218	2 215	1 729	2 076	2 618	2 204
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 505	7 237	7 532	7 078	7 236	8 796	7 521
* darunter in das Ausland ⁸⁾	Anzahl	1 849	2 114	2 715	2 321	2 054	2 035	2 143
* Wanderungsgewinn (+)										
bzw. -verlust (-)	Anzahl	900	870	677	592	- 112	447	411
* Innerhalb des Landes										
Umgezogene ⁹⁾	Anzahl	12 821	12 969	13 941	15 711	11 758	13 012	13 642
ERWERBSTÄTIGKEIT										
Beschäftigte	Einheit	2002	2003	2004			2005			
		30.6.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	
* Sozialversicherungspflichtig										
Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 196	1 175	1 168	1 159	1 164	1 181	1 156	1 142	1 149
* Frauen	1 000	532	527	527	524	522	530	523	519	519
* Ausländer/-innen	1 000	76	72	69	69	70	71	66	66	68
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	201	205	205	205	207	207	206	206	210
* darunter Frauen	1 000	176	179	179	179	181	181	180	181	183
davon nach Wirtschaftsbereichen										
* Land- und Forstwirtschaft,										
Fischerei	1 000	14	13	11	12	13	13	12	12	13
* produzierendes Gewerbe										
ohne Baugewerbe	1 000	351	340	338	334	333	335	330	326	325
* Baugewerbe	1 000	85	80	77	74	77	79	74	70	74
* Handel, Gastgewerbe										
und Verkehr	1 000	271	265	262	260	262	268	259	256	258
* Finanzierung, Vermietung und										
Unternehmensdienstleistungen	1 000	141	141	141	141	142	145	142	141	143
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	334	335	338	337	336	340	339	336	335

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) 2005 vorläufige Ergebnisse. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 8) Ohne ungeklärte Fälle und Fälle ohne Angabe. – 9) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 10) Insgesamt einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Arbeitsmarkt ¹⁾	Einheit	2004	2005				2006			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Arbeitslose	Anzahl	155 111	178 514	197 023	193 821	184 656	184 851	185 218	180 781	173 593
* Frauen	Anzahl	66 311	82 718	86 010	85 378	83 625	83 908	83 199	81 989	81 359
Männer	Anzahl	88 800	95 796	111 013	108 443	101 031	100 943	102 019	98 792	92 234
darunter										
Bauberufe	Anzahl	8 265	8 896	12 335	12 104	9 913	10 607	10 846	10 260	8 318
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	44 605	50 308	57 434	56 660	53 741	51 169	52 413	50 944	48 080
* Arbeitslosenquote ²⁾	%	8,6	9,9	10,9	10,7	10,2	10,2	10,2	10,0	9,6
* Frauen	%	7,8	9,7	10,1	10,0	9,8	9,8	9,7	9,6	9,5
* Männer	%	9,2	10,0	11,6	11,3	10,5	10,5	10,6	10,3	9,6
* Ausländer/-innen	%	17,7	21,6	23,8	23,7	23,0	22,4	22,5	22,3	21,7
* Jüngere unter 25 Jahren	%	8,3	10,8	12,7	12,0	11,0	10,0	10,5	10,1	9,5
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	6 844	5 613	8 760	8 840	7 547	4 144	4 626	4 361	3 333
* Gemeldete Stellen	Anzahl	21 679	23 752	23 081	23 999	26 573	18 617	20 835	22 572	23 969
darunter										
Bauberufe	Anzahl	299	995	548	833	1 235	1 024	1 124	1 234	1 285
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	4 429	5 372	4 336	4 994	5 789	4 849	5 063	5 460	5 535
BAUTÄTIGKEIT										
(Baugenehmigungen)										
Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2004	2005				2006			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	828	727	950	618	704	997	1 625	1 043	891
davon mit ...										
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	790	700	923	593	679	960	1 592	1 012	846
3 und mehr Wohnungen ³⁾	Anzahl	38	27	27	25	25	37	33	31	45
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	1	2	1	3	...	1	3	-
Unternehmen	Anzahl	97	116	58	66	104	126	128	61	100
private Haushalte	Anzahl	729	610	890	551	597	871	1 496	979	791
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 154	971	1 207	797	1 024	1 313	2 006	1 371	1 177
* Umbauter Raum	1 000 m³	810	672	913	599	668	938	1 467	993	881
* Wohnfläche	1 000 m²	147	125	163	109	123	172	267	181	162
Wohnräume	Anzahl	6 416	5 494	7 049	4 727	5 217	7 383	11 608	7 824	6 838
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	184	154	209	137	155	217	335	222	203
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	130	118	80	99	112	98	93	100	126
davon										
öffentl. Bauherren und Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	16	16	11	18	17	18	6	11	7
Unternehmen	Anzahl	105	97	69	78	92	74	82	85	113
private Haushalte	Anzahl	10	5	...	3	3	6	5	4	6
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	15	14	8	21	8	4	10	14	195
* Umbauter Raum	1 000 m³	662	597	442	478	714	309	1 160	983	603
* Nutzfläche	1 000 m²	98	90	64	82	95	51	116	151	82
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	67	64	37	68	70	34	51	88	61
Genehmigte Wohnungen										
(Wohn- u. Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-										
nahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 314	1 099	1 329	912	1 243	1 430	2 171	1 566	1 543
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	7 421	6 276	7 802	5 591	6 171	8 046	12 535	8 888	8 068

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 3) Einschließlich Wohnheime.

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 3) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2004	2005					2006		
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 830	10 678	10 624	10 096	11 022	11 033	11 102	9 685	11 496
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 752	2 696	2 517	2 589	2 772	3 233	3 019	2 453	3 080
* Kälber	t	20	16	12	11	27	39	12	11	15
* Schweine	t	7 968	7 865	7 966	7 438	8 104	7 635	7 941	7 162	8 317
* Eiererzeugung ²⁾	1 000	9 535	10 264	9 721	11 068	11 585	10 198	10 257	10 125	10 487
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	63 617	63 728	65 212	59 280	65 777	61 121	62 216	56 799	63 281
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
* Betriebe	Anzahl	2 184	2 112	2 127	2 126	2 116	2 090	2 059	2 050	2 050
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	281 120	274 294	277 034	275 439	274 577	271 663	269 334	268 223	268 719
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	35 893	35 075	35 392	34 375	35 387	33 097	35 288	33 825	37 291
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	884	880	819	805	824	858	814	804	825
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	5 508	5 790	5 179	5 354	5 923	5 976	5 481	5 664	6 644
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵⁾	Mill. EUR	2 953	3 042	2 781	2 873	3 172	2 921	2 977	3 037	3 521
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 477	1 624	1 368	1 435	1 608	1 856	1 429	1 518	1 857
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	115	113	108	113	111	118	105	117	137
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	962	1 010	922	933	1 032	1 082	970	991	1 129
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 735	1 825	1 658	1 769	1 953	1 863	1 757	1 851	2 121
Fahrzeugbau	Mill. EUR	829	922	771	821	910	1 032	766	842	1 037
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 521	2 714	2 482	2 541	2 803	2 743	2 671	2 671	3 166
Exportquote ⁶⁾	%	45,8	46,9	47,9	47,5	47,3	45,9	48,7	47,2	47,6
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2000=100	106,8	112,9	113,3	112,9	115,5	117,9	122,8	119,0	137,3
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2000=100	104,2	110,8	112,3	107,5	116,7	105,9	117,8	114,0	129,0
Investitionsgüterproduzenten	2000=100	111,4	115,7	113,8	122,6	112,9	136,6	128,3	125,0	144,2
Gebrauchsgüterproduzenten	2000=100	98,2	99,4	106,3	93,7	101,1	109,2	99,9	121,9	149,2
Verbrauchsgüterproduzenten	2000=100	108,1	120,7	120,4	117,0	123,7	125,1	143,3	127,0	160,3
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2000=100	109,4	124,1	132,8	122,2	134,6	123,0	134,5	130,3	149,4
Fahrzeugbau	2000=100	119,1	119,6	118,6	136,8	116,5	140,6	136,3	130,0	145,1
Energie- und Wasser- versorgung										
* Betriebe ³⁾	Anzahl	86	87	86	86	86	86	86	86	86
* Beschäftigte ^{3) 4)}	Anzahl	10 377	10 204	10 390	10 279	10 243	10 154	10 091	10 052	10 034
* Geleistete Arbeitsstunden ³⁾	1 000 h	1 329	1 296	1 335	1 245	1 317	1 261	1 340	1 243	1 388
* Bruttolohn- und -gehaltsumme ³⁾	Mill. EUR	33	33	30	33	30	31	31	33	30
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen ⁷⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	668	595	762	653	704	804	641	534	584
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	651	590	748	642	688	783	623	518	568

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. –

2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. –

7) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. –
2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Betriebe von Unternehmen mit
im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. –
7) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Baugewerbe**Bauhauptgewerbe**
(Vorbereitende Baustellen-
arbeiten, Hoch- und Tief-
bau) ¹⁾

Baugewerbe	Einheit	2004	2005					2006		
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tief- bau) ¹⁾										
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	38 163	36 159	35 498	34 635	35 738	35 639	34 695	33 789	34 212
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 780	3 435	2 358	2 055	2 918	2 803	1 937	2 148	3 060
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 543	1 394	979	863	1 209	1 065	779	933	1 245
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	931	824	666	591	737	762	595	597	823
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 305	1 217	713	601	972	976	563	618	992
darunter Straßenbau	1 000 h	599	587	268	230	434	465	197	231	456
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	85	79	70	60	70	80	68	60	67
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	63	58	50	40	50	59	48	41	48
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	22	21	20	20	20	21	20	19	19
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	343	305	198	170	229	386	180	186	246
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	116	98	64	58	76	110	51	69	79
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	86	80	54	47	70	107	56	54	72
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	140	128	80	65	84	169	74	63	95
darunter Straßenbau	Mill. EUR	57	56	34	17	30	74	23	20	34

**Ausbaugewerbe/
Bauinstallation und sons-
tiges Ausbaugewerbe ^{4) 5)}**

	Einheit	2004	2005	2004		2005				2006
		Durchschnitt		3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal
Betriebe ⁶⁾	Anzahl	332	319	334	331	319	320	319	319	307
* Beschäftigte ^{2) 6)}	Anzahl	11 708	11 350	11 999	11 767	11 207	11 488	11 350	11 353	10 880
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 558	3 557	3 681	3 636	3 330	3 652	3 632	3 615	3 311
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	77	76	78	83	72	77	76	81	70
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	55	54	56	59	51	55	54	57	50
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	22	22	22	24	20	21	22	24	20
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	263	251	281	335	183	240	253	327	193

HANDEL**Großhandel ^{p 7)}**

Großhandel ^{2 7)}	Einheit	2004	2005					2006		
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Beschäftigte	2003=100	98,7	95,9	95,7	95,4	95,3	95,8	95,6	95,6	95,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	104,2	105,5	102,4	103,0	102,0	107,9	104,6	105,4	104,7
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	103,6	104,2	89,8	90,3	103,2	102,0	91,4	90,4	108,0
* Umsatz real ⁸⁾	2003=100	101,6	99,4	87,6	87,4	99,1	97,0	86,3	85,3	101,8

Einzelhandel ^{p 9)}

* Beschäftigte	2003=100	102,9	104,2	103,3	102,6	102,8	107,3	105,4	104,9	104,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	102,7	105,8	103,7	103,3	103,7	110,3	107,2	106,7	106,6
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	103,2	104,5	93,3	90,2	106,9	123,0	96,7	90,6	107,5
* Umsatz real ⁸⁾	2003=100	103,1	103,7	93,3	89,9	106,0	122,2	95,9	89,5	105,9

Kfz-Handel u. Tankstellen ^{p 10)}

* Beschäftigte	2003=100	98,2	99,5	98,7	98,7	99,9	99,2	99,6	98,8	99,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	92,3	95,5	93,9	96,2	94,8	93,0	95,8	93,8	95,4
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	102,5	111,0	91,2	97,4	118,4	111,5	93,3	95,7	121,2
* Umsatz real ⁸⁾	2003=100	101,3	109,0	90,3	96,3	116,8	108,5	90,5	92,7	117,3

GASTGEWERBE ^p

* Beschäftigte	2003=100	106,5	106,4	98,7	100,0	103,4	102,5	99,0	98,9	100,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	108,3	111,1	101,2	104,1	108,1	107,3	104,1	103,7	105,4
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	99,3	98,3	80,5	78,7	89,5	93,5	77,5	78,0	85,5
* Umsatz real ⁸⁾	2003=100	98,6	96,4	79,5	77,4	88,2	90,6	76,0	76,1	83,6

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Werte. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 5) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 6) Am Ende des Berichtszeitraums. – 7) Einschließlich Handelsvermittlung. – 8) Ohne Umsatzsteuer. – 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 10) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS ¹⁾										
	Einheit	2004	2005				2006			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Gästeankünfte	1 000	580	595	299	341	435	381	308	334	421
* darunter von Auslandsgästen	1 000	130	137	64	84	86	98	60	82	81
* Gästeübernachtungen	1 000	1 652	1 660	827	928	1 229	1 027	846	900	1 078
* darunter von Auslandsgästen	1 000	376	394	161	230	218	252	156	216	199
VERKEHR										
Straßenverkehrsunfälle										
	Einheit	2003	2004	2005			2006			
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	2 357	2 262	2 218	2 015	1 765	2 073	2 167	1 764	1 671
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 540	1 447	1 265	1 177	976	1 292	1 255	985	946
* Getötete Personen	Anzahl	30	24	17	27	15	24	16	10	16
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	17	13	7	19	8	17	10	10	13
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	5	1	-	-	2	-	-	-
Radfahrer	Anzahl	2	1	-	2	-	-	1	-	-
Fußgänger	Anzahl	3	3	8	5	6	3	5	-	-
* Verletzte Personen	Anzahl	2 042	1 881	1 666	1 548	1 310	1 722	1 694	1 291	1 203
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	409	376	305	255	220	333	301	231	231
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	203	191	208	170	131	189	192	157	134
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	95	84	22	24	16	55	24	12	23
Radfahrer	Anzahl	51	45	16	15	17	26	20	16	24
Fußgänger	Anzahl	40	38	47	34	30	47	53	37	39
Kraftfahrzeuge ³⁾										
	Einheit	2004	2005				2006			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 587	13 674	10 203	10 294	17 429	11 361	10 873	8 038	20 158
darunter										
Krafträder	Anzahl	865	801	299	405	1 635	142	210	304	1 635
* Personenkraftwagen ⁴⁾	Anzahl	11 583	11 752	8 812	8 933	14 373	10 203	9 599	7 025	16 828
* Lastkraftwagen	Anzahl	738	787	738	563	786	757	742	494	1 138
Zugmaschinen	Anzahl	239	268	256	248	366	184	260	174	466
Personenbeförderung										
	Einheit	2004	2005	2004		2005			2006	
		Durchschnitt		3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	69 121	62 432	62 460	72 451	66 493	65 026	54 394	63 816	...
Personenkilometer ⁵⁾	Mill.	643	574	517	776	573	570	493	660	...
Binnenschifffahrt										
	Einheit	2003	2004	2005			2006			
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Gütereingang	1 000 t	1 125	1 185	1 200	1 274	1 198	996	1 034	1 039	967
* Güterversand	1 000 t	756	808	754	774	816	703	630	780	642
AUSSENHANDEL ⁶⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	2 383	2 644	2 748	2 756	2 689	2 790	2 660	2 900	2 706
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	162	166	142	141	135	211	178	179	157
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	2 157	2 439	2 575	2 480	2 425	2 432	2 353	2 580	2 417
* Rohstoffe	Mill. EUR	19	23	29	21	15	18	15	16	14
* Halbwaren	Mill. EUR	83	106	134	110	92	100	98	113	131
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 055	2 309	2 412	2 349	2 318	2 314	2 239	2 450	2 272
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	669	702	758	655	693	729	641	753	750
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 387	1 607	1 654	1 694	1 625	1 585	1 598	1 698	1 522

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. – 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz, ab Oktober 2005 einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 5) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 6) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel)	Einheit	2003	2004		2005				2006	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	1 780	1 938	1 803	1 961	1 906	2 155	1 956	2 118	1 970
* darunter in EU-Länder ²⁾	Mill. EUR	1 590	1 726	1 556	1 758	1 689	1 916	1 693	1 837	1 720
Belgien	Mill. EUR	142	129	132	133	137	138	137	150	156
Luxemburg	Mill. EUR	31	38	43	29	32	40	51	46	47
Dänemark	Mill. EUR	33	33	28	46	33	39	38	40	35
Finnland	Mill. EUR	20	20	18	24	19	19	18	20	20
Frankreich	Mill. EUR	317	356	326	402	362	348	322	348	310
Griechenland	Mill. EUR	23	29	28	40	43	31	36	50	29
Großbritannien	Mill. EUR	190	213	189	216	212	231	207	223	210
Irland	Mill. EUR	11	12	8	13	12	12	11	15	19
Italien	Mill. EUR	186	196	160	187	190	239	187	230	217
Niederlande	Mill. EUR	154	154	155	150	133	164	141	162	136
Österreich	Mill. EUR	114	128	122	110	109	125	135	126	102
Schweden	Mill. EUR	44	55	47	46	69	55	49	52	54
Spanien	Mill. EUR	153	164	133	175	157	208	147	179	168
Portugal	Mill. EUR	19	19	12	19	15	23	14	17	15
* Afrika	Mill. EUR	50	61	76	67	65	56	61	63	62
* Amerika	Mill. EUR	260	300	482	358	366	276	305	366	344
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	201	227	411	281	278	196	236	290	267
* Asien	Mill. EUR	271	319	360	328	323	283	309	323	302
darunter nach Japan	Mill. EUR	50	50	60	63	55	48	47	47	51
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	22	25	27	41	29	20	29	30	28
Einfuhr (Generalhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 558	1 625	1 548	1 618	1 626	1 961	1 793	1 842	1 900
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	157	177	164	161	153	171	153	168	135
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 328	1 392	1 313	1 314	1 326	1 618	1 487	1 513	1 604
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	37	51	72	56	60	71	83	29	121
* Halbwaren	Mill. EUR	165	192	156	195	199	215	214	221	214
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 126	1 149	1 085	1 062	1 067	1 333	1 190	1 263	1 270
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	275	303	307	304	283	316	299	324	304
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	851	845	778	758	784	1 016	891	940	966
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 244	1 291	1 241	1 275	1 306	1 526	1 402	1 415	1 517
* darunter aus EU-Ländern ²⁾	Mill. EUR	1 133	1 163	1 116	1 135	1 163	1 335	1 220	1 262	1 272
Belgien	Mill. EUR	163	186	190	185	186	201	214	239	211
Luxemburg	Mill. EUR	26	28	21	27	39	37	25	49	24
Dänemark	Mill. EUR	31	28	36	30	36	51	49	14	40
Finnland	Mill. EUR	8	7	7	8	7	6	13	6	7
Frankreich	Mill. EUR	240	253	238	238	250	264	210	203	256
Griechenland	Mill. EUR	4	5	6	3	4	4	5	5	2
Großbritannien	Mill. EUR	70	63	63	65	57	68	49	60	47
Irland	Mill. EUR	20	14	9	20	6	24	24	25	7
Italien	Mill. EUR	111	106	106	99	95	126	109	130	118
Niederlande	Mill. EUR	174	182	160	204	214	213	246	198	256
Österreich	Mill. EUR	50	53	58	53	49	51	50	66	52
Schweden	Mill. EUR	37	36	38	25	37	99	18	60	57
Spanien	Mill. EUR	69	72	62	69	65	61	74	76	69
Portugal	Mill. EUR	14	10	8	8	9	8	12	12	9
* Afrika	Mill. EUR	24	31	29	30	33	39	37	42	28
* Amerika	Mill. EUR	138	133	125	145	127	162	156	159	157
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	111	104	98	114	93	127	123	131	122
* Asien	Mill. EUR	147	165	149	165	158	228	195	222	196
darunter aus Japan	Mill. EUR	31	27	21	26	23	30	29	25	23
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	5	4	3	2	5	3	4	3
GEWERBEANZEIGEN ³⁾										
	Einheit	2004	2005				2006			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 879	3 630	4 247	3 281	3 764	3 323	4 208	3 509	4 487
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 798	2 883	3 479	2 703	2 944	3 792	3 687	2 796	3 341

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Ab Januar 2004 einschließlich der im Mai 2004 beigetretenen Länder. – 3) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Ab Januar 2004 einschließlich der im Mai 2004 beigetretenen Länder. – 3) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

INSOLVENZEN										
	Einheit	2004		2005				2006		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Insgesamt	Anzahl	456	548	455	476	619	593	550	543	705
davon										
* Unternehmen	Anzahl	130	138	118	129	167	137	112	120	154
* Verbraucher	Anzahl	201	264	206	214	287	305	289	274	379
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	113	130	115	121	143	137	137	135	156
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾										
Nachlässe	Anzahl	13	15	16	12	22	14	12	14	16
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	118	116	80	105	224	115	155	116	121
HANDWERK ²⁾										
	Einheit	2004	2005	2004		2005				2006
		Durchschnitt		3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal
* Beschäftigte ³⁾	2003=100 ⁴⁾	93,6	91,2	95,4	93,0	90,4	90,8	92,6	91,1	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2003=100 ⁵⁾	96,7	94,7	98,4	104,9	79,2	96,3	98,2	105,2	...
PREISE										
	Einheit	2004	2005				2006			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Verbraucherpreisindex	2000=100	106,0	108,2	107,6	107,6	108,0	109,4	109,4	109,7	109,9
VERDIENSTE ⁶⁾										
	Einheit	2003	2004		2005				2006	
		Durchschnitt		Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.
* Bruttonomatsverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	2 531	2 571	2 578	2 575	2 502	2 576	2 608	2 641	2 555
* Männer	EUR	2 602	2 643	2 651	2 645	2 566	2 646	2 677	2 713	2 622
* Frauen	EUR	1 909	1 935	1 933	1 950	1 936	1 950	1 968	1 975	1 960
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
Gewerbe	EUR	15,38	15,55	15,53	15,53	15,59	15,62	15,70	15,80	15,78
* Männer	EUR	15,79	15,95	15,92	15,91	15,99	16,01	16,09	16,20	16,20
darunter										
Facharbeiter	EUR	16,96	17,05	16,99	17,02	17,05	17,12	17,23	17,36	17,27
angelernte Arbeiter	EUR	15,12	15,45	15,45	15,40	15,44	15,42	15,51	15,60	15,58
Hilfsarbeiter	EUR	12,60	12,66	12,69	12,64	12,66	12,74	12,77	12,85	12,85
* Frauen	EUR	11,78	11,95	11,96	12,03	12,01	12,04	12,10	12,05	12,05
darunter Hilfsarbeiterinnen	EUR	10,97	11,09	11,11	11,15	11,11	11,31	11,30	11,20	11,20
Bezahlte Wochenarbeitszeit	h	37,9	38,0	38,2	38,2	36,9	38,0	38,2	38,5	37,3
Arbeiter	h	37,9	38,1	38,3	38,3	36,9	38,0	38,3	38,5	37,3
Arbeiterinnen	h	37,3	37,3	37,2	37,3	37,1	37,3	37,4	37,7	37,4
* Bruttonomatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe	EUR	3 686	3 775	3 779	3 769	3 788	3 815	3 843	3 855	3 852
* Männer	EUR	3 957	4 056	4 059	4 048	4 058	4 085	4 121	4 135	4 123
* Frauen	EUR	2 888	2 955	2 963	2 966	2 990	3 016	3 031	3 039	3 057
* kaufmännische Angestellte	EUR	3 394	3 474	3 486	3 479	3 508	3 538	3 559	3 575	3 569
Männer	EUR	3 882	3 976	3 991	3 974	3 998	4 024	4 060	4 084	4 052
Frauen	EUR	2 821	2 879	2 885	2 891	2 915	2 941	2 954	2 960	2 980
* technische Angestellte	EUR	3 909	4 013	4 012	4 002	4 009	4 037	4 072	4 080	4 076
Männer	EUR	3 991	4 094	4 091	4 083	4 087	4 115	4 152	4 161	4 158
Frauen	EUR	3 136	3 245	3 259	3 250	3 275	3 301	3 322	3 331	3 335
* Bruttonomatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 780	2 878	2 871	2 900	2 911	2 921	2 929	2 944	2 964
* Männer	EUR	3 068	3 169	3 162	3 197	3 199	3 204	3 217	3 239	3 261
* Frauen	EUR	2 393	2 484	2 475	2 500	2 517	2 527	2 528	2 531	2 552
* kaufmännische Angestellte	EUR	2 791	2 902	2 895	2 925	2 935	2 944	2 951	2 966	2 986
Männer	EUR	3 133	3 251	3 242	3 278	3 283	3 285	3 296	3 319	3 340
Frauen	EUR	2 401	2 495	2 486	2 512	2 524	2 534	2 533	2 536	2 559
* Bruttonomatsverdienste aller Angestellten im produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	3 246	3 329	3 327	3 336	3 355	3 372	3 392	3 406	3 415

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u.Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsentschädigungen, Auslösungen usw.

GELD UND KREDIT ¹⁾

GELD UND KREDIT ¹⁾	Einheit	2003	2004			2005				2006
		Durchschnitt		30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	112 290	113 247	113 075	114 728	115 919	116 079	116 272	116 611	...
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	13 598	12 465	12 154	12 506	12 650	12 259	12 162	12 031	...
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 550	9 938	9 817	9 525	9 438	9 491	9 205	9 188	...
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	88 142	90 844	91 104	92 697	93 831	94 329	94 905	95 392	...
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	106 069	107 347	107 220	109 173	110 271	110 514	111 055	110 993	...
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	92 487	93 937	94 260	94 486	95 392	96 140	96 722	96 569	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	13 582	13 408	12 960	14 687	14 879	14 374	14 333	14 424	...
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	6 221	5 899	5 855	5 555	5 648	5 565	5 217	5 618	...

**Einlagen u. aufgenommene
Kredite von Nichtbanken**

Sichteinlagen	Mill. EUR	22 733	24 185	24 049	24 721	25 589	26 843	27 329	28 055	...
Termineinlagen	Mill. EUR	25 982	27 994	28 049	28 883	29 961	29 618	30 524	30 766	...
Sparbriefe	Mill. EUR	5 215	5 159	5 182	5 349	5 371	5 342	5 260	5 293	...
Spareinlagen	Mill. EUR	30 243	30 246	30 000	30 517	31 788	31 477	31 119	31 398	...
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	81 610	84 868	84 568	86 930	89 707	90 189	90 625	92 115	...
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	79 251	82 935	82 700	84 934	88 014	88 483	89 040	90 405	...
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	2 360	1 933	1 868	1 996	1 693	1 706	1 585	1 710	...
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 563	2 716	2 712	2 540	3 002	3 091	3 607	3 397	...

STEUERN

	Einheit	2004	2005			2006			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 119	2 208	2 263	1 564	1 693	2 134	2 403	1 910	1 985
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	720	753	832	332	315	601	854	518	441
Lohnsteuer	Mill. EUR	601	582	809	409	424	456	790	411	423
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	115	110	364	-	-	-	355	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	7	49	- 38	- 209	- 57	95	- 24	- 116	- 30
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	51	36	13	12	34	26	13	17	31
Zinsabschlag	Mill. EUR	20	26	32	10	9	74	31	8	12
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	9	9	24	-	-	-	24	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	41	60	17	110	- 96	- 50	44	198	5
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer- zerlegung	Mill. EUR	2	10	13	-	-	-	24	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 400	1 455	1 431	1 232	1 379	1 532	1 549	1 392	1 544
Umsatzsteuer	Mill. EUR	365	374	463	274	299	382	413	277	326
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 035	1 081	968	958	1 080	1 151	1 135	1 115	1 217
Zölle	Mill. EUR	113	130	117	117	123	126	159	147	150
Bundessteuern	Mill. EUR	92	86	57	105	72	35	53	92	56
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	51	43	12	55	49	- 4	9	33	26
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	32	34	22	41	15	32	23	50	22

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch STEUERN

noch STEUERN	Einheit	2004	2005				2006			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
Landessteuern	Mill. EUR	99	92	84	94	79	107	100	112	62
Vermögensteuer	Mill. EUR	0	0	0	- 0	0	0	0	0	0
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	30	20	11	18	9	11	19	15	11
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	16	16	19	14	13	21	27	24	14
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	35	38	35	42	42	68	33	46	28
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	14	13	16	14	12	4	18	20	6
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	1	2	0	4	0	0	0	4	0
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	3	2	3	3	3	3	3

	Einheit	2004	2005	2004			2005			2006
		Durchschnitt		3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal
Gemeindesteuern	Mill. EUR	404	434	367	445	438	415	406	477	532
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	4	5	5	5	4	4
Grundsteuer B	Mill. EUR	99	102	107	90	92	110	112	93	95
Gewerbsteuer (brutto)	Mill. EUR	291	319	245	346	333	288	280	373	423
sonstige Gemeindesteuern 1)	Mill. EUR	9	9	9	6	8	13	8	8	11

Steuerverteilung

Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.	Mill. EUR	600	626	546	777	543	569	621	769r	653
Gewerbsteuer (netto) 2)	Mill. EUR	230	250	173	257	291	220	216	273	376
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	230	232	222	379	130	193	251	354r	150
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	28	28	29	41	17	28	28	38	16

		2004	2005				2006			
Einheit		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
Steuereinnahmen des Landes										
Landessteuern	Mill. EUR	598	597	631	347	376	607	657	532	452
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	99	92	84	94	79	107	100	112	62
Lohnsteuer	Mill. EUR	261	272	303	97	77	253	314	182	137
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	205	196	293	124	130	194	283	123	128
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	3	21	- 16	- 89	- 24	40	- 10	- 50	- 13
Zinsabschlag	Mill. EUR	22	13	3	2	15	11	5	6	14
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	11	11	14	4	4	32	14	4	5
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	19	30	8	55	- 48	- 25	22	99	3
Umsatzsteuer	Mill. EUR	224	216	227	156	175	242	230	237	204
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	160	158	191	106	123	168	182	168	144
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	64	57	36	50	51	74	48	70	60
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	Mill. EUR	5	6	5	- 0	14	1	4	0	14
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	2	2	2	- 0	6	1	2	0	6
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	7	8	8	- 0	21	2	6	0	25
	Mill. EUR	1	2	2	- 0	4	0	1	0	5
Steuereinnahmen des Bundes										
Bundessteuern	Mill. EUR	1 078	1 189	1 163	901	1 034	1 084	1 224	1 052	1 061
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	92	86	57	105	72	35	53	92	56
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	314	336	356	150	225	254	367	236	190
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	667	761	745	646	723	793	800	724	802
	Mill. EUR	5	6	5	- 0	14	1	4	0	14

1) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Mai

Bauüberhang am 31. Dezember 2005
BestellNr.: F2063 200500

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Januar 2006
BestellNr.: Z1013 200601

STATISTISCHE BERICHTE

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im Februar 2006
BestellNr.: D1023 200602

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2005
BestellNr.: E1013 200500

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im März 2006
BestellNr.: E1033 200603

Elektrizitäts- und Wärmeenergieerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im Februar 2006
BestellNr.: E4023 200602

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Jahr 2005
BestellNr.: F2023 200500

Baugenehmigungen im März 2006
BestellNr.: F2033 200603

Aus- und Einfuhr im Februar 2006
BestellNr.: G3023 200602

Verkehr

Straßen des überörtlichen Verkehrs am 1. Januar 2006
BestellNr.: H1113 200600

Güterkraftverkehr deutscher Lastkraftfahrzeuge 2005
BestellNr.: H1123 200500

Straßenverkehrsunfälle 2005
BestellNr.: H1013 200500

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und Deutschland im April 2006
BestellNr.: M1013 200604

Umwelt

Öffentliche Wasserversorgung 2004
BestellNr.: Q1023 200401

Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz 2004
BestellNr.: Q3023 200400

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Faltblätter

- Fremdenverkehr 2005/2006
- Landwirtschaft 2005/2006
- Weinbau 2005/2006
- Wirtschaft 2005/2006

(kostenfreier Download unter www.statistik.rlp.de)

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

E-Mail-Versand (kostenfrei):
Erwerbstätige in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2004 – Ergebnisse der Revision 2005 – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 1 Erwerbstätige
BestellNr.: A6015E 200400


E-Mail-Versand:
Verzeichnis der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Deutschland – Krankenhausverzeichnis – Stand: 31.12.2004

Verzeichnis der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Deutschland

Mit Stand vom 31.12.2004 steht ein aktualisiertes „Verzeichnis der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Deutschland“ in digitaler Form als ZIP-Datei zur Verfügung. Das Dateiformat Excel ermöglicht den Nutzern eine vielfältige, auf die individuellen Bedürfnisse abgestimmte Recherche auf dem Gebiet der stationären Gesundheitsversorgung.

Das Verzeichnis enthält Informationen zu Name und Adresse, Telefon- und Telefaxnummer, E-Mail- und Internetadresse der Einrichtungen, Name und Art des Trägers sowie Anzahl der aufgestellten Betten nach Fachabteilungen (bei Krankenhäusern zusätzlich Anzahl der Tages- und Nachtklinikenplätze). Diese Informationen basieren auf den Meldungen zur amtlichen Krankenhausstatistik für das Berichtsjahr 2004.

Die Veröffentlichung kann zum Preis von 49 Euro per E-Mail bezogen werden.



Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de steht die überwiegende Zahl der aktuellen Statistischen Berichte zum kostenlosen Download zur Verfügung. Zudem sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Impressum

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

Bestellnummer: Z 2201

ISSN: 0174-2914

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

56128 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Dr. Birgit Hübbers

Layout, Satz und Vertrieb:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Fotos: Achim Steinhäuser und Manfred Riege

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Erscheinungsfolge: monatlich

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:

Printausgabe: 60,00 EUR

PDF-Datei: 30,00 EUR (E-Mail-Versand)

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Bad Ems · 2006

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.